

Luis Caballero und Stefan Diehl

Politische Partizipation und Migrationshintergrund in Rheinland-Pfalz

Eine Untersuchung von kommunalpolitisch Handelnden



Impressum:

Herausgeberin:

Landeszentrale für politische Bildung Rheinland-Pfalz

Am Kronberger Hof 6 • 55116 Mainz

Tel.: 0 61 31 - 16 29 70

E-Mail: lpb.zentrale@politische-bildung-rlp.de

Homepage: www.politische-bildung-rlp.de



Verantwortlich:

Bernhard Kukatzki

Autoren:

Luis Caballero

Stefan Diehl

Grafik, Layout:

Druckstudio Gallé GmbH, 55270 Klein-Winternheim

Fotografien und Abbildungen:

Siehe Abbildungsnachweise unter den verwendeten Fotos

Druck:

Druckstudio Gallé GmbH, 55270 Klein-Winternheim

ISBN 978-3-89289-047-8

Mainz 2020

Luis Caballero und Stefan Diehl

Politische Partizipation und Migrationshintergrund in Rheinland-Pfalz

Eine Untersuchung von kommunalpolitisch Handelnden



1. Auflage 2020

Die Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung der LpB Rheinland-Pfalz dar.
Für inhaltliche Aussagen tragen die Autoren die Verantwortung.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort Bernhard Kukatzki	4
Vorwort Miguel Vicente	7
Danksagung der Autoren	10
1. Einleitung, Fragestellung und Methode	11
1.1. Zwei Herausforderungen für die Demokratie in der Gesellschaft	11
1.2. Methode der vorliegenden Untersuchung	14
2. Politische Partizipation und Migration	20
2.1. Politische Partizipation	20
2.1.1. Begriffsbestimmung	20
2.1.2. Grundlegende Erkenntnisse zur Politischen Partizipation	23
2.1.3. Einflussgrößen Politischer Partizipation	26
2.2. Migration	30
2.2.1. Zum Begriff der Migration	30
2.2.2. Geschichte der Migration in Rheinland-Pfalz	31
2.2.3. Daten zu den Personen mit Migrationshintergrund in Rheinland-Pfalz	35
2.3. Politische Partizipation bei Menschen mit Migrationshintergrund	47
2.3.1. Über die Besonderheit migrantischer Politischer Partizipation	47
2.3.2. Ausgewählte Befunde	48
2.3.2.1 Determinanten Politischer Partizipation	48
2.3.2.2 Politische Partizipation	51
2.3.3. Ausübung politischer Ämter	54
3. Erfahrungen von kommunalpolitisch Aktiven mit Migrationshintergrund	60
3.1. Biographische Skizzen und politische Sozialisationsmuster	60
3.2. Interaktion mit anderen Akteuren	67
3.3. Integration und Diskriminierung	73
3.4. Migrantische Netzwerke und Beiräte für Migration und Integration	83
3.5 Politische Partizipation	90
3.6. Zusammenfassung der Forschungsergebnisse	98
4. Empfehlungen	102
5. Literatur	111

Vorwort



Bernhard Kukatzki

Direktor der Landeszentrale
für politische Bildung Rheinland-Pfalz

Migration, also die räumliche Verlagerung des Lebensmittelpunktes, ist so alt wie die Menschheit selbst. Nicht nur Armut, Verfolgung und Vertreibung, auch die Sehnsucht nach einem Neuanfang haben Menschen dazu bewogen, sich eine neue Heimat zu suchen. Schon die Bibel erzählt viele solcher Migrationsgeschichten. Von Menschen, die aufbrechen müssen und eigentlich die Hoffnung haben, zurückkehren zu können. Und dann doch bleiben. Beim Propheten Jeremia klingt es fast wie ein früher Aufruf zur politischen Partizipation, wenn er schreibt: „Seid um das Wohl der Städte besorgt, in die ich euch verbannt habe und betet für sie! Denn wenn es ihnen gut geht, dann geht es auch euch gut.“ Hier werden Menschen ermuntert, sich am neuen Ort für das Wohlergehen ihrer neuen Heimat einzusetzen. Neubürger unter Alteingesessenen zu werden. Sich nicht abseits halten, wenn es um das Gemeinwohl geht, sondern aktiv am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen und es mitzugestalten.

Und eine weitere Jahrtausende alte biblische Erkenntnis fordert von den Alteingesessenen, Verantwortung für das gemeinsame Wohl zu übernehmen: „Der Fremde, der sich bei euch aufhält, soll euch wie ein Einheimischer gelten und du sollst ihn lieben wie dich selbst; denn ihr seid selbst Fremde in Ägypten gewesen.“ (Levitikus)

Beide Gruppen tragen also Verantwortung, die Lebensumstände ihres gemeinsamen Lebensmittelpunktes miteinander zu gestalten. Migration ist hierbei immer ein vorläufiger Zustand. Aus Neubürgern werden im Laufe der Zeit Altbürger. Ein Blick auf die modernen Gesellschaften offenbart, dass nahezu alle Menschen zu irgendeinem Zeitpunkt einen Migrationshintergrund besaßen oder besitzen. Gesellschaften unterliegen einem stetigen Wandel, der gleichzeitig die Voraussetzung für die Weiterentwicklung und den Fortschritt der Menschheit bildet. Nur im Austausch entstehen

neue Erkenntnisse und werden Fertigkeiten dauerhaft weiterentwickelt und weitergegeben.

So beschreibt die Mainzer Autorin Anna Seghers in ihrem Roman „Das siebte Kreuz“ den Schmelztiegel ihrer Heimatregion Rheinhessen und dass sich die Gegenwart nur aus dem Zusammenspiel der Entwicklungen in der Vergangenheit begreifen lässt: „Hier lagerten die Legionen und mit ihnen alle Götter der Welt, städtische und bäuerliche, Judengott und Christengott, Astarte und Isis, Mithras und Orpheus. [...] In dem Tal in seinem Rücken, in der weichen verdunsteten Sonne, sind die Völker gargekocht worden. Norden und Süden, Osten und Westen haben ineinander gebrodelt, aber das Land wurde nichts von alledem und behielt doch von allem etwas.“ Die vielfältigen Einflüsse vieler unterschiedlicher Menschen haben im Lauf der Jahrhunderte die Gegenwart hervorgebracht.

Ein wichtiges Kriterium für ein friedliches Miteinander und ein erfolgreiches Zusammenleben ist das Maß der sozialen Integration, das heißt, in welchem Umfang alle eine Gesellschaft konstituierenden Gruppen an deren Einrichtungen (wie beispielsweise am Bildungssystem, Wohnungs- oder Arbeitsmarkt) teilhaben (können). Hierzu liefert die zeitgenössische Migrationsforschung zahlreiche Erkenntnisse. Ein wesentlicher Aspekt dabei ist die Mitsprachemöglichkeit bei der gesellschaftlichen Ausgestaltung. Zu einem fairen und gerechten Zusammenleben gehört, dass alle Menschen, die dauerhaft in einer Gesellschaft leben, an politischen Entscheidungen teilnehmen können und eine Chance auf Gehör erhalten. Damit ist die politische Integration angesprochen, die wiederum mit der politischen Partizipation abgebildet werden kann, also dem Versuch der Bürgerinnen und Bürger, freiwillig Entscheidungen des politischen Systems mitzugestalten.

Rund ein Viertel der Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland besitzt einen Migrationshintergrund, stellt jedoch nur ein Zehntel der Wahlberechtigten. In Rheinland-Pfalz lag 2018 der Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund mit 24,4 % sogar noch darüber: 16,7 % mit eigener Migrationserfahrung (Zugewanderte), 7,7 % ohne eigene Migrationserfahrung (in Deutschland Geborene). Für 2019 errechnete das ZDF für die Bundesrepublik einen Anteil von 26% und für Rheinland-Pfalz von 26,7% für Menschen mit Migrationshintergrund (basierend auf den Daten des Mikrozensus 2019). Schon rechtlich manifestieren sich so Differenzen hinsichtlich der politischen Partizipation.

Der „Migrationshintergrund“ ist damit eine zwiespältige Zuschreibung und Einschätzung. Einerseits wird Deutschen, die damit auch wählen können, ein Migrationshintergrund zugeschrieben, andererseits sind damit auch „Geflüchtete“ gemeint. In den USA, z. B. vor der Präsidentschaft von Do-

nald Trump gab es nur „Amerikaner“, ob mit oder ohne Migrationshintergrund. D.h. auch die Begrifflichkeiten bedürfen in Zukunft der weiteren Diskussion.

Der relativ niedrige Anteil an den Wahlberechtigten verweist auf ein noch nicht vollständig ausgeschöpftes Potenzial eines relevanten Bevölkerungsteiles bei der demokratischen Mitgestaltung des gesellschaftlichen Zusammenlebens. Dieses Potenzial zu aktivieren und politisch in die gesellschaftlichen Aushandlungsprozesse zu integrieren ist Chance und Herausforderung zugleich. Politische Akteure wie Parteien oder Verbände sollten sich diesem Themenfeld öffnen und Belange wie die Einbeziehung von Menschen mit Migrationshintergrund ernst nehmen.

Der politischen Bildung kommen dabei gleich mehrere Aufgaben zu: Erkenntnisse liefern, Diskussionen und Debatten befördern und zielgruppenspezifisch Personen (mit und ohne Migrationshintergrund) ansprechen, sensibilisieren, aufklären und aktivieren. Im Blickfeld von migrationspezifischen Untersuchungen und Überlegungen sollte also nicht nur die soziale, sondern darüber hinaus die politische Integration stehen. Die wissenschaftliche, gesellschaftliche und politische Beschäftigung mit der politischen Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund steht dabei jedoch erst am Anfang.

Die vorliegende Studie unternimmt den Versuch, einen kleinen Beitrag zum Verständnis dieses Themas und zur konkreten Situation in Rheinland-Pfalz zu leisten. Der Schwerpunkt der Analyse liegt hierbei auf den Erfahrungen von Menschen mit Migrationshintergrund im kommunalpolitischen Handlungsfeld. Auf diese Weise kommen die Betroffenen zu Wort. Die Studie soll politische Akteure und Institutionen sensibilisieren und grundlegende Faktoren benennen, die die politische Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund fördern beziehungsweise hemmen. Die Landeszentrale für politische Bildung möchte mit dieser Veröffentlichung zweckdienliche Erkenntnisse bereitstellen und Anregungen für die weitere Diskussion liefern.

Vorwort



Miguel Vicente

Beauftragter der Landesregierung
für Migration und Integration

Deutschland ist seit Jahrzehnten von Einwanderung geprägt und erlebt seit einigen Jahren eine besonders hohe Zuwanderung. Alleine in den Jahren 2015 bis 2017 reisten rund zwei Mio. Menschen mehr ein, als Personen ausreisen. Was dabei kaum beachtet wird: nicht Asylsuchende waren die größte Gruppe der Zugewanderten, sondern Personen aus anderen EU-Staaten. So stammten 53 Prozent der im Jahr 2017 Eingereisten aus einem Land der Europäischen Union, weitere 14 Prozent kamen aus anderen europäischen Staaten.

Die öffentliche und politische Aufmerksamkeit in den vergangenen Jahren war jedoch überwiegend, um nicht zu sagen ausschließlich, auf die in Deutschland schutzsuchenden Flüchtlinge fokussiert. Der öffentliche Diskurs hat sich im Laufe der Jahre zunehmend auf Aspekte verschoben, die eher von Fragen der Gefahrenabwehr und von Belastungsgrenzen geprägt ist.

Es sind dabei jene Entwicklungen aus dem Blickfeld geraten, die für eine Gesamtbewertung aber bedeutend sind. Denn vieles deutet darauf hin, dass die Herausforderungen in der Flüchtlingsaufnahme und die darauffolgende gesellschaftliche Integration der Schutzsuchenden durchaus erfolgreich verlaufen. Ein entscheidender Grund hierfür ist, dass sich unzählige Akteure hier eingebracht haben: Bildungseinrichtungen, soziale Dienste, Ehrenamtliche, Unternehmen, Verwaltungen, Vereine, Wohlfahrtsverbände, religiöse Gemeinden und viele andere mehr. Ihnen allen gemeinsam ist es in beeindruckender Weise gelungen, sich dieser Aufgabe zu stellen und durch ein gemeinschaftlich verantwortetes Handeln der Untergangsstimmung anderenorts etwas entgegenzusetzen. Auch das immense Engagement der Zivilbevölkerung in der Flüchtlingshilfe hat gezeigt, welch großes humanitäres Potential in unserer Gesellschaft schlummert, das gar nicht zum Bild der individualisierten Ellenbogengesellschaft passt.

Diese Entwicklungen haben wichtige gesellschaftliche Impulse gesetzt, die uns auf lange Sicht prägen können. Verkürzt gesagt: Unsere Gesellschaft ist

durch die Begegnung mit den Geflüchteten migrationssensibler geworden. In der Zukunft können wir uns diese wertvollen Erfahrungen zu einem kompetenteren Umgang mit Zuwanderung und Integration zunutze machen.

Das Thema Einwanderung wird auch zukünftig eine Rolle spielen. Die aktuelle Diskussion um ein Fachkräftezuwanderungsgesetz zeigt, wie stark inzwischen die Einsicht gewachsen ist, dass wir Zuwanderung brauchen. Denn sie kann einen wichtigen Beitrag leisten, jene Arbeitskräfte für Deutschland zu gewinnen, ohne die wichtige Bereiche wie der Pflege- und Gesundheitsdienst, das Handwerk oder die IT-Branche in einem schweren Personalnotstand geraten würden.

Eine jüngst veröffentlichte Studie im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung belegt, dass die Mehrheit der deutschen Bevölkerung grundsätzlich für Zuwanderung offen ist. Über die Hälfte der Befragten bewertet Einwanderung sogar als Chance. Nur eine Minderheit lehnt Zuwanderung kategorisch ab. Die meisten der Befragten in dieser repräsentativen Umfrage zeigen eine sehr differenzierte Meinung. Die Gesellschaft, so die Autorinnen und Autoren, sei also keineswegs tief gespalten in BefürworterInnen und GegnerInnen von Einwanderung.

Es gibt somit gute Gründe, die zuletzt „aufgeregte“ nationale Debatte mit einer zukunftsweisenden Migrationspolitik wieder zu versachlichen.

Viele Politikfelder wären davon betroffen. Ein besonders wichtiges ist das der politischen Teilhabe. Diese spielt gerade in einer demokratischen Gesellschaft eine bedeutende Rolle. Zunächst aus prinzipiellen Gründen: Denn es gehört zum fundamentalen Selbstverständnis einer Demokratie, niemand auf lange Sicht von politischer Teilhabe auszuschließen, wenn diese von politischen Entscheidungen betroffen ist. Politische Teilhabe hat nicht nur eine symbolische Bedeutung der Zugehörigkeit, sondern ist Indikator für die demokratische Qualität einer Gesellschaft.

Fragen zur Partizipation in der Einwanderungsgesellschaft sind natürlich nicht neu, sie beschäftigen uns seit Jahrzehnten. Der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund ist in dieser Zeit stetig gestiegen. Inzwischen haben mehr als 20 Prozent der Bevölkerung in Deutschland eine Einwanderungsgeschichte; manchenorts sind es bereits bis zu 40 oder mehr Prozent der Stadtbevölkerung, in einzelnen Stadtteilen bilden sie die Mehrheit. Weil auf örtlicher Ebene vielfach der Anteil an Migrantinnen und Migranten inzwischen so hoch ist, besteht die Gefahr, dass „demokratiefreie Zonen“ entstehen, wenn es nicht gelingt, ihnen politische Teilhabe zu ermöglichen.

Als „Königsweg“ gilt hierfür der Zugang zur Staatsbürgerschaft. Inzwischen hat

etwa jede zweite Person mit Migrationshintergrund die deutsche Staatsbürgerschaft und verfügt damit formell über alle politischen Rechte. Dieser Anteil könnte aber deutlich größer sein, wären die Einbürgerungszahlen in Deutschland seit Jahren – auch im internationalen Vergleich – nicht so niedrig. Eine Erleichterung des Zugangs zur Staatsbürgerschaft ist daher zwingend erforderlich. Schon die grundsätzliche Hinnahme von Mehrstaatigkeit – wie in zahlreichen Ländern inzwischen möglich – würde es vielen Status-Ausländern erleichtern, einen Einbürgerungsantrag zu stellen, was zurzeit wohl die höchste Hürde darstellt.

Auch das Wahlrecht für ausländische Staatsangehörige ist von Bedeutung. Bis heute können nur EU-Staatsangehörige an den Kommunalwahlen teilnehmen, allen anderen Drittstaatlern bleibt dieses Recht weiterhin verwehrt. Diese Situation wirft inzwischen auch Fragen auf, die Gleichbehandlungsgrundsätze betrifft. Es ist schwer nachvollziehbar, dass ein jüngst eingereister EU-Staatsangehöriger bereits nach drei Monaten Aufenthalt an der Kommunalwahl teilnehmen kann, ein mitunter seit dreißig Jahren in derselben Stadt lebender Drittstaatler jedoch die Entwicklung seiner vertrauten Gemeinde nicht mitbestimmen darf. Für eine Erweiterung des Kommunalwahlrechts auf alle ausländischen EinwohnerInnen einer Kommune bedarf es allerdings einer Grundgesetzänderung. Hierfür muss weiter politisch geworben werden.

Neben diesen politischen Rechten ist die Förderung der politischen Teilhabe in den so genannten „vorpolitischen“ Bereichen von ebenso großer Bedeutung. Dazu gehört das bürgerschaftliche Engagement in Vereinen und Initiativen, in solchen der „Mehrheitsgesellschaft“ aber auch in Migrantenorganisationen. Auch das Engagement in Beiräten für Migration und Integration, aber auch in den Parteien wäre zu nennen. Gerade Letzteres ist von besonderer Bedeutung, denn über die Parteien können öffentliche Funktionen und Mandate übernommen werden. Dies ermöglicht den Zugewanderten, im öffentlichen Raum sichtbar zu werden und als „gleiche BürgerInnen“ mit ähnlichen Anliegen wahrgenommen werden zu können. Obendrein bereichert der unterschiedliche Blickwinkel von Zugewanderten die Politik im Sinne einer Perspektivenvielfalt, die der vielfältigen Realität näher kommt und dadurch problemgerechter wird.

Politische Teilhabe ist somit ein komplexes Feld. Es müssen viele Faktoren ineinander greifen, damit sie gelingen kann. Was sind mögliche Hemmnisse und fördernde Elemente für politische Partizipation, sind daher wichtige Fragen, die einer eingehenden Analyse lohnen. Ich danke daher den Autoren und der Landeszentrale für Politische Bildung Rheinland-Pfalz, dass sie sich mit der vorliegenden Studie diesem Thema eingehend widmen. Gerade in Zeiten, in denen unser demokratisches Gemeinwesen für viele keine Selbstverständlichkeit mehr zu sein scheint, ist jeder Beitrag zu dessen Stärkung von höchster Bedeutung.

Danksagung

Wir bedanken uns bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landeszentrale für politische Bildung Rheinland-Pfalz für ihre freundliche und tatkräftige Unterstützung. Des Weiteren möchten wir uns bei denjenigen bedanken, die sich die Zeit genommen haben, unsere Fragen zu beantworten und über ihre Erfahrungen zu berichten.

Luis Caballero und Stefan Diehl

1. Einleitung, Fragestellung und Methode

1.1 Zwei Herausforderungen für die Demokratie in der Gesellschaft

Ausgangspunkt

Für eine lebendige und funktionale Demokratie ist die politische Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger notwendig. Gerade in Zeiten wachsenden Rassismus und dem Erstarren des Rechtspopulismus und der damit einhergehenden Spaltung zwischen Migrantinnen und Migranten und deutscher Mehrheitsbevölkerung ergeben sich Herausforderungen für die Integration aller Bevölkerungsteile in ein demokratisches Wertesystem.

Eine Gruppe mit relativ geringer politischer Partizipation und Repräsentanz stellen Migrantinnen und Migranten dar. Obgleich ihr Anteil an der Bevölkerung 24 Prozent im Jahr 2017 beträgt, sind sie mit einem deutlich niedrigeren Anteil in den kommunalen Parlamenten, in den Landtagen und im Bundestag vertreten. In den Kommunal- und Landesparlamenten liegt der Anteil unter fünf Prozent, im 2017 gewählten 19. Deutschen Bundestag bei acht Prozent. Die Wahlbeteiligung der wahlberechtigten Personen mit Migrationshintergrund ist deutlich geringer als bei denjenigen ohne Migrationshintergrund. Hinzu kommt, dass viele Migrantinnen und Migranten keine Wahlberechtigung besitzen. Der Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration stellt fest:

„Etwa 20 Prozent der Gesamtbevölkerung in Deutschland, aber nur neun Prozent der Wahlberechtigten haben einen Migrationshintergrund, während aus demografischen Gründen der Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund an der Gesamtbevölkerung stetig wächst. Ergebnis ist ein schleichendes Demokratiedefizit in der Einwanderungsgesellschaft.“¹

Dezidiertes Ausgangspunkt der vorliegenden Studie ist die Feststellung, dass die Bundesrepublik Deutschland faktisch ein Einwanderungsland ist. Über 18 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund leben hier, viele davon seit mittlerweile mehreren Generationen. Die Gesellschaft muss akzeptieren, dass Menschen mit Migrationshintergrund ein dauerhafter Teil von ihr sind. Damit steht die Bundesrepublik Deutschland vor einer gleich zweifachen Herausforderung. Erstens ist es notwendig, die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund für ein friedliches und prosperierendes Zusammenleben zu fördern. Wenn zweitens für die demokratische Verfasstheit des politischen Systems der Ausbau von politischer Partizipation sinnvoll erscheint, sollten Menschen mit Migrationshintergrund stärker als bisher in die politische Teilhabe einbezogen werden.² Die vorliegende Studie nimmt dabei beim Forschungsgegenstand eine normative Perspektive ein: Politische Partizipation sollte gesamtgesellschaftlich erhöht werden.

1 Sachverständigenrat 2010, S. 187. Mittlerweile liegt der Anteil bei etwa 24 Prozent.

2 Vgl. Roth 2017, S. 62f.

Zu diesem Zwecke sollten die Politikwissenschaft und ihre Nachbardisziplinen Daten zu diesem Themenkomplex erheben und zusammenführen, um so Erkenntnisse zu generieren und für eine gesellschaftliche Diskussion zur Verfügung zu stellen. Diesem Anspruch versucht sich die vorliegende qualitative Studie zu stellen.

Fragestellung und Forschungsgegenstand

In dieser Untersuchung sollen mittels leitfadengestützter Interviews Erfahrungen von Migrantinnen und Migranten in Rheinland-Pfalz mit politischer Beteiligung durch einen narrativ orientierten Ansatz beleuchtet werden. Es geht nicht um eine quantitativ repräsentative Studie, sondern vielmehr um eine tiefer gehende Analyse der subjektiven Interpretationsschemata, Handlungsorientierungen, Praktiken und Strategien von Migrantinnen und Migranten, um gemeinsame Muster und Unterschiede herauszuarbeiten und Bedingungsfaktoren für Politische Partizipation zu extrahieren. Ziel ist es, sowohl mögliche Partizipationshemmnisse als auch fördernde Elemente zu ermitteln und entsprechende Schlüsse für die politische Bildung zu ziehen bzw. entsprechende Vorschläge zu machen. Der narrativ orientierte Ansatz bietet den Vorteil, ergebnisoffen und in einer vertrauensvollen Gesprächssituation eine Auskunft über die besondere Situation von Migrantinnen und Migranten zu erhalten und ihnen gleichsam eine Stimme zu geben. Im Mittelpunkt der Betrachtung stehen die individuelle, subjektive Einschätzung und Einordnung Politischer Partizipation, um die Sichtweisen von Personen zu vergleichen. Dabei ist grundlegend zu beachten, dass Menschen mit Migrationshintergrund keine homogene Gruppe darstellen, sondern sich soziostrukturell und herkunftsmäßig unterscheiden. Wie auch in jedem anderen Bevölkerungsteil gibt es unter ihnen unterschiedliche Interessen und verschiedene politische Zielsetzungen.

Ein großes Problem für wissenschaftliche Untersuchungen stellt die unzureichende Datenlage in Bezug Personen mit Migrationshintergrund dar. Dieser wird erst in den letzten Jahren als Merkmal und nicht in allen amtlichen Statistiken bzw. sozialwissenschaftlichen Analysen erhoben (siehe Kap. 2). Die vorliegende Untersuchung unternimmt den Versuch, für Rheinland-Pfalz in einem spezifischen Politikbereich, nämlich der Kommunalpolitik, einen kleinen Baustein für ein besseres Verständnis der Bedingungen und Ausgestaltungen Politischer Partizipation von Personen mit Migrationshintergrund zu liefern.

Die kommunalpolitische Ebene ist deswegen besonders interessant, weil auf dieser Ebene alle Menschen mit Migrationshintergrund partizipieren können. Eingebürgerten stehen ohnehin alle Wahlrechte zu, EU-Bürgerinnen und Bürger können an den Kommunalwahlen teilnehmen und Ausländer (in Rheinland-Pfalz, siehe Kap. 2.3.3) können zumindest die Beiräte für Migration und Integration wählen. So sind für Menschen ohne deutsche oder EU-Staatsbürgerschaft die Wahlen zu Migrationsbeiräten in den Gemeinden die

einzigste Möglichkeit, an einer politischen Wahl teilzunehmen. Die räumliche und persönliche Nähe innerhalb der Kommunalpolitik und zum bürgerschaftlichen Engagement schafft Interaktionsmöglichkeiten, die in dieser Form auf Landes- und Bundesebene nicht vorhanden sind. Schließlich sind viele kommunalpolitisch Aktive keine professionalisierten Politikerinnen und Politiker, sondern ehrenamtlich aktiv, was sie wiederum zu einem Bindeglied zwischen Bevölkerung und politischen System macht.

Zur wissenschaftlichen Gegenstandsbestimmung gehört auch, was nicht in der Betrachtung berücksichtigt wird. In der vorliegenden Untersuchung wurden geflüchtete Menschen analytisch ausgeschlossen. Bei den Fluchtbewegungen besonders der letzten Jahre sind die demographischen Auswirkungen noch nicht einzuschätzen, vor allem ob es zu einem dauerhaften Aufenthalt kommt, sie also Teil einer zukünftigen migrantischen Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland werden. Des Weiteren liegt bei Geflüchteten eine besondere Situation (wie die Residenzpflicht oder eigene arbeitsrechtliche Regelungen) vor, die gesondert zu betrachten ist.

Die Spezifika von Aussiedlern und Spätaussiedlern werden in der vorliegenden Studie nur am Rande berührt, sie bilden keinen Schwerpunkt. Zwar gibt es in dieser Gruppe ebenfalls Migrationserfahrungen und Integrationsprobleme, aber sie lassen sich nicht in die klassische Perspektive der Migrationsforschung einordnen.³ Zum einen besitzen sie im Regelfalle die deutsche Staatsbürgerschaft bzw. erhalten diese ohne Hürden und können damit von vornherein alle Partizipationsvarianten (besonders beim Wahlrecht) ausüben. Zum anderen begreifen sich viele (Spät-)Aussiedler nicht als Migranten.⁴ Die Politische Partizipation von (Spät-)Aussiedlern stellt ein eigenes Forschungsfeld dar, das ein besonderes analytisches Raster benötigt. Hier muss die Forschung noch einige Lücken schließen.

3 Panagiotidis plädiert dafür, diese Gruppe als „postsowjetische Migration“ zu analysieren, vgl. Panagiotidis 2017.

4 Vgl. Lehni 2011.

1.2 Methode der vorliegenden Untersuchung

Die vorliegende Studie bedient sich eines qualitativen Zugangs zum Forschungsfeld. Dieser hat

„[...] den Anspruch Lebenswelten ‚von innen heraus‘ aus der Sicht handelnder Menschen zu beschreiben. Damit will [er] zu einem besseren Verständnis sozialer Wirklichkeit(en) und Abläufe, [auf] Deutungsmuster und Strukturmerkmale aufmerksam machen.“⁵

Es geht hierbei nicht um die Frage, wie häufig das zu untersuchende Phänomen oder damit zusammenhängende Strukturmerkmale vorkommen (also nicht um numerische Verteilungen, wie sie die quantitative Forschung erhebt), sondern um die Frage, was diese für die Befragten bedeuten.

Das Ziel der vorliegenden Studie ist, die Politische Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund durch Interviews mit Akteurinnen und Akteuren, die über einen Migrationshintergrund verfügen und politisch in der Kommunalpolitik aktiv sind, näher zu beleuchten. Die Befragten sollen dabei als Expertinnen und Experten dienen, die aufgrund ihrer eigenen Handlungen ein spezifisches Wissen über den Ablauf und den Kontext von Partizipationshandlungen auf der kommunalen Ebene besitzen.

Gemäß dieser Prämisse wurden für die Untersuchung mehrere qualitative Interviews geführt. Die Befragten sollten zu einer Erzählung über ihre Biographie und wie diese sie zur politischen Partizipation geführt hat, angeregt werden. Die Gespräche wurden als leitfadengestützte Experteninterviews durchgeführt.⁶ Die Aufgabe bestand in der Interpretation und Analyse dieser Erzählungen und deren Einordnung in einen Kontext der politikwissenschaftlichen Partizipationsforschung. Deren Forschungsstand und die theoretische Bestimmung des Gegenstandes führten zu den in Kapitel 2 dargelegten Begriffen und empirischen Erkenntnissen zur politischen Partizipation von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund. Aufgrund dessen konnte ein Gesprächsleitfaden entworfen werden, der die Erzählungen der Befragten zu relevanten Aspekten des Themas hinführte. Die Erzählungen und Gespräche wurden digital aufgezeichnet, transkribiert und anschließend ausgewertet.

⁵ Flick 2000, S. 14.

⁶ Vgl. Flick 2010, S.214 ff.

Erstellung eines Leitfadens / Kategoriensystems

Die theoretischen Erkenntnisse zur Politischen Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund⁷ konnten zur Formulierung relevanter Fragen und Erstellung eines Gesprächsleitfadens genutzt werden. Dieser strukturierte die Gespräche und gab Ihnen eine entsprechende inhaltliche Richtung.⁸ Die Erstellung des Leitfadens erfolgte anhand der von Helfferich beschriebenen „SPSS-Methode“.⁹ SPSS steht hierbei für Sammeln, Prüfen, Sortieren und Subsumieren. In einem ersten Schritt wurden alle thematisch relevanten Fragen gesammelt, anschließend auf ihre Eignung hin überprüft und in einem weiteren Schritt thematisch sortiert. In einem letzten Schritt wurden die einzelnen Fragen unter großen Themenblöcken subsumiert. Schließlich lag so ein Gesprächsleitfaden mit den folgenden acht Kategorien vor:

1. Einstieg/Migrationshintergrund
2. Politik im Allgemeinen/politische Sozialisation
3. Kommunalpolitik im Besonderen
4. Zusammenarbeit in der Kommunalpolitik
5. Migration
6. Integration/Partizipation
7. Forderungen und Wünsche
8. Persönliches

Als Einstieg in das Gespräch diente die Frage nach dem Migrationshintergrund der befragten Person. Darunter fielen auch die Frage nach der Staatsangehörigkeit und ob die Person in Deutschland geboren wurde oder nicht (1). Die Themenblöcke 2 und 3 umfassten Fragen zur Politik im Allgemeinen, so wie der Kommunalpolitik im Besonderen. Hier wurde beispielsweise die Tätigkeit in Institutionen nachgegangen oder gefragt, wie die Personen zur Kommunalpolitik gekommen sind (2/3). Im vierten Abschnitt des Leitfadens ging es um die Frage der Zusammenarbeit in der Kommunalpolitik (4). Der fünfte Teilbereich umfasste die migrantische Interessenvertretung, etwa wie die befragte Person in migrantischen Netzwerken involviert ist oder wie sie die Arbeit der Migrationsbeiräte einschätzt (5). Der folgende Themenkomplex widmete sich den Fragen der Integration und Partizipation. Hierbei wurde die Bedeutung des Integrationsbegriffes sowie die Einschätzung der Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund ermittelt (6). In den letzten beiden Abschnitten ging es um eigene Forderungen und Wünsche der Befragten, sowie um persönliche Belange, wie das individuelle Zeitbudget oder die Frage nach der Vereinbarkeit von Politik, Beruf und Familie (7/8).

7 Siehe Kapitel 2.3

8 Vgl. Flick 2010, S. 194 ff.

9 Vgl. Helfferich 2005, S. 161 ff.

Sampling

Bei qualitativen Methoden

„[...] lässt sich häufig die Grundgesamtheit, für die der untersuchte Fall bzw. die untersuchte Fallgruppe steht, erst im Anschluss an die Untersuchung beschreiben.[...] Es geht nicht darum, die Verteilung von Merkmalen in Grundgesamtheiten zu erfassen, sondern darum, die Typik des untersuchten Gegenstandes zu bestimmen und dadurch die Übertragbarkeit auf andere, ähnliche Gegenstände zu gewährleisten.“¹⁰

Dazu werden extreme, typische und kritische Fälle zur näheren Betrachtung ausgewählt, die dazu dienen eine möglichst große Variationsbreite des untersuchten Phänomens abzubilden. Dies kann auch anhand eines vorher festgelegten Kriterienrasters erfolgen.¹¹ Ein solches Kriterienraster liegt der vorliegenden Untersuchung zu Grunde. Als Ausgangspunkt dient die Grundannahme, dass kommunalpolitisch Handelnde eine Art Zwischenstellung zwischen Bürgerinnen und Bürgern und professioneller Politik einnehmen. Sie sind einerseits Empfänger der Wünsche und Sorgen der Bürgerinnen und Bürger und andererseits selbst politisch Handelnde. Sie verrichten ihre Tätigkeit ehrenamtlich und freiwillig und können somit auch als partizipierende Bürger angesehen werden.¹²

Anhand folgender Kriterien wurden kommunalpolitisch Handelnde zur Befragung ausgesucht:

1. Mitglied eines Migrationsbeirat oder eines Stadtrates/Kreistages
2. Region (Fünf rheinland-pfälzische Planungsregionen; ausgesuchte Landkreise, Städte)
3. Geschlecht
4. Herkunft¹³

Bei der Auswahl wurde davon ausgegangen, dass diese Merkmale die Bedingungen und Deutungen Politischer Partizipation verändern und sich die Angehörigen der so unterschiedenen Gruppen in der Art, wie sie politisch Handeln, unterscheiden.

Kontaktanbahnung / Zugang zum Feld

Der Zugang zum Feld erfolgte über die kommunalen Gremien. Fast alle veröf-

10 Merkens 2004, S. 291.

11 Vgl. ebenda 2004, S. 291f.

12 Siehe Kap. 2.3.3.

13 Die Auswahl basierte auf der Anteilshäufigkeit der ethnischen Herkunft, siehe Kap. 2.2.3, Tab. 1.

fentlichen die Namen Ihrer Mitglieder in den Amtsblättern, teilweise auch im Internet. Die Ratsmitglieder mit Migrationshintergrund wurden aufgrund eines ausländischen Geburtsortes oder eines, die ausländische Herkunft nahelegenden Namens identifiziert. Diese Zuordnung wurde durch weitere Recherchen, teilweise auch durch direkten Kontakt verifiziert. Ein Befragter konnte durch die tätige Mithilfe des Initiativausschusses für Migrationspolitik für ein Interview gewonnen werden, ein weiterer Befragter kam durch die Vermittlung der Auftraggeberin dieser Studie (Landeszentrale für politische Bildung Rheinland-Pfalz) hinzu. Die Kandidatinnen und Kandidaten wurden darauf hingewiesen, dass Ihnen durch die Nicht-Teilnahme an der Befragung keinerlei Nachteile entstünden. Trotzdem gab es keine Interviewverweigerungen. Alle angesprochenen Personen standen für ein Interview zur Verfügung.

Als Befragte konnten sieben Ratspersonen eines Stadtrates oder Kreistages und fünf Mitglieder eines Beirates für Migration und Integration gewonnen werden. In den Planungsregionen waren die Befragten folgendermaßen verteilt:

Planungsregion	Anzahl Befragte
Mittelrhein-Westerwald (Mayen-Koblenz, Koblenz, Ahrweiler)	3
Rhein-Neckar (Germersheim, Ludwigshafen)	2
Rheinhessen-Nahe (Mainz, Birkenfeld)	2
Trier (Trier, Bitburg-Prüm)	2
Westpfalz (Pirmasens, Kaiserslautern, Zweibrücken)	3

Es wurden drei Frauen und neun Männer befragt. Die ethnische Herkunft der Befragten ist recht heterogen. Falls die Person in Deutschland geboren ist, wurde das Herkunftsland der Eltern für diese Kategorie gewählt. Es wurden Menschen aus folgenden Herkunftsländern befragt: Chile, Ghana, Italien, Luxemburg, Marokko, Polen, Portugal, Russland, Spanien, Türkei und USA.

Durchführung der Interviews

Der Gesprächsleitfaden diente als Grundlage zur Durchführung der Interviews. Außerdem erging die Bitte an die befragten Personen, anhand Ihrer Biographie den eigenen politischen „Werdegang“ zu beschreiben. Neben den Inhalten der Gespräche wurden soziodemographische Daten der Befragten in einem Kurzfragebogen erhoben. Des Weiteren wurden die Eindrücke des Interviewenden zum Gespräch und zur Gesprächssituation (ob es beispielsweise zu Störungen im Verlauf des Interviews kam) festgehalten.¹⁴ Den Befragten wurde ein

14 Vgl. Flick 2010, S. 378 f.

Merkzettel zum Datenschutz und Kontaktdaten für eventuelle Beschwerden überreicht. Außerdem mussten sie eine Einverständniserklärung unterzeichnen, in der sie sich mit der Veröffentlichung Ihrer anonymisierten Aussagen einverstanden erklärten.

Transkription

Es ging bei den durchgeführten Interviews nicht um das „Wie“ des Gesagten, es sollten keine Tonhöhen, Stimmlagen oder Dialekte erfasst werden, das Augenmerk lag auf dem Inhalt. Die Interviews wurden digital aufgezeichnet und dem Inhalt nach transkribiert. So wurden keine Tonhöhen oder Stimmlagen kenntlich gemacht, sondern lediglich das Gesagte verschriftlicht. Zur besseren Lesbarkeit der Aussagen wurden diese ins Hochdeutsche übertragen und kleinere sprachliche Fehler beseitigt. Lediglich unverständliche Stellen wurden im Transkript entsprechend gekennzeichnet. Beim Transkribieren wurden die Aussagen der Befragten anonymisiert. Anstelle von Personen- und Ortsnamen wurden generische Platzhalter gesetzt, um aus der Abschrift des Gespräches keine Rückschlüsse auf die jeweils sprechende Person ziehen zu können.

Auswertung

Die so entstandenen Transkripte bildeten die Basis der Analyse und Interpretation. Zusammen mit den soziodemographischen Daten und den Protokollen zu den Kontexten der Gespräche konnte ein biographisches Bild der befragten Personen und ihrer Handlungen im Bereich der Politischen Partizipation gezeichnet werden.¹⁵

Der entwickelte Gesprächsleitfaden diente auch als Entwurf eines Kodierleitfadens. Mit diesem wurden die ersten Interviews kodiert, bestimmten Textpassagen wurde eine Kategorie des Kodierleitfadens zugeordnet. Bei diesem ersten Durchgang zeigte sich, dass in dem Material noch weitere Kategorien zu finden waren. Entsprechend wurde der Kodierleitfaden um weitere Kategorien ergänzt.¹⁶ Dieser Prozess ist als ein ständiger Austausch zwischen dem erhobenen Material und den im Kodierleitfaden enthaltenen theoretischen Vorverständnis¹⁷ zu begreifen. Um eine möglichst hohe Intercoderreliabilität¹⁸ zu erreichen, wurden die Texte vom Forschungsteam unabhängig voneinander kodiert. Die Ergebnisse wurden dann verglichen und entsprechende Kodierungen vereinheitlicht. Der so vervollständigte Kodierleitfaden konnte schließlich nochmals auf

15 Siehe Kapitel 3.1.

16 Zur Methode des Kodierens: Vgl. Kuckartz 2007, S.84 ff.

17 Siehe Kapitel 2.

18 Die Intercoderreliabilität dient als Gütekriterium der Analyse. Sie ist dann hoch, wenn verschiedene Personen, dieselben Textstellen gleichen Kategorien zuordnen. Vgl. Mayring 2015, S. 53.

alle Interviews angewendet werden. Damit war es möglich, das gesamte Interviewmaterial anhand des Kodierleitfadens zu strukturieren. Im Anschluss daran wurden Einzelauswertungen wichtiger Themen vorgenommen.¹⁹

Inhalt

In Kapitel 2 soll ein Überblick über den bisherigen Forschungsstand gegeben werden. Zunächst wird der Begriff Politische Partizipation konzeptualisiert, die Geschichte Migration in der Bundesrepublik Deutschland und Rheinland-Pfalz nachgezeichnet und einige ausgewählte Befunde zur Politischen Partizipation präsentiert. Kapitel 3 stellt die Ergebnisse der Befragung von kommunalpolitisch Aktiven vor. In erster Linie sollen die Befragten zu Wort kommen, wobei die Antworttendenzen der Befragten exemplarisch abgebildet werden. In Kapitel 4 werden schließlich, auch auf den Ergebnissen der Befragung beruhend, Empfehlungen für Politik und Gesellschaft entwickelt.

19 Siehe Kapitel 3.

2. Politische Partizipation und Migration

2.1 Politische Partizipation

2.1.1 Begriffsbestimmung

In Demokratien nimmt die Politische Partizipation eine Schlüsselstellung ein. Wird Demokratie als politisches System verstanden, in der politische Macht (direkt oder indirekt) vom Volk ausgeht, so ist die Teilnahme der Bevölkerung an politischen Entscheidungen die maßgebliche Voraussetzung für die demokratische Verfasstheit des politischen Systems. Ferner ist Politische Partizipation die Grundbedingung für die Erzeugung von Legitimität, das heißt die Akzeptanz und Zustimmung der Bevölkerung zur Rechtmäßigkeit des politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozesses und dergestalt des gesamten politischen Systems.²⁰ Der von der Politischen Partizipation zu unterscheidende Begriff der Sozialen Partizipation meint die Vielzahl der Beteiligungsmöglichkeiten, die sich dem Individuum in verschiedensten Gruppen der Gesellschaft bieten. „Soziale Partizipation ist somit ein Sammelbegriff für eine Beteiligungsform, die in der Regel öffentliches, kollektives Handeln ohne direkte politische Motivation beschreibt, aber immer über die private Sphäre hinausreicht.“²¹

Politische Partizipation wurde in der Politikwissenschaft zunächst hauptsächlich auf die Teilnahme von Bürgerinnen und Bürgern an den institutionalisierten Beteiligungsformen der Wahlen und der Mitarbeit in Parteien beschränkt. Seit Ende der 1970er Jahre wurde der Begriff mit dem verstärkten Auftreten von außerparlamentarischen Aktivitäten - wie beispielsweise der Arbeit in Bürgerinitiativen - erweitert. Im zeitgenössischen politikwissenschaftlichen Verständnis wird Partizipation als grundsätzliche Teilhabe von Gruppen oder Individuen an politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen, mithin am Politischen System insgesamt begriffen.²²

In der sozialwissenschaftlichen Forschung gibt es verschiedene theoretische Bestimmungen von Partizipation und unterschiedliche normative Richtungen. So gilt einigen Theorieansätzen die rein passive Rezeption politischer Phänomene (beispielsweise die ausschließliche Nutzung von Kommunikationsmitteln wie Zeitungen ohne politisches Engagement) bereits als politisch partizipativ, während für andere Ansätze Partizipation erst mit politischem Handeln beginnt.²³ Normative Unterschiede bei den Theorien ergeben sich vor allem beim Grad der Einbindung der Bevölkerung in den politischen Prozess. Die Spanne reicht von der ‚realistischen, funktionalen Demokratietheorie‘, die eine nicht zu hohe Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern geradezu als Vo-

20 Vgl. Wiesendahl 1981; Hofmann/Riescher 1999; Schmidt 2000.

21 Vgl. Roßteutscher 2009, S. 163.

22 Vgl. Kaase 2002; Geißel/Abels/Kratt 2001; Crouch 2016; Roth/Rucht 2002.

23 Vgl. Gabriel/Völkl 2005.

oraussetzung für staatliche Effizienz postuliert bzw. eine geringe Partizipation (bei der Wahlbeteiligung) als normal begreift²⁴, bis hin zur ‚partizipatorischen Demokratietheorie‘, die eine möglichst hohe Einbindung der Bevölkerung mit unterschiedlichen Elementen (u.a. Ausbau direkt-demokratischer bzw. plebiszitärer Institutionen) fordert.²⁵

Als Minimalkonsens in der Politikwissenschaft kann Kaases Definition gelten, die als basale Bestimmung von Politischer Partizipation ausreichend ist und den Ausgangspunkt für weitere Untersuchungen darstellt: Unter Politischer „Partizipation werden in demokratisch verfaßten Ländern i[n] d[er] R[egel] alle Tätigkeiten verstanden, die Bürger freiwillig mit dem Ziel unternehmen, Entscheidungen auf den verschiedenen Ebenen des politischen Systems zu beeinflussen“.²⁶

Das Politische System wird in dieser Studie wiederum verstanden als Gesamtheit aller staatlichen und außerstaatlichen Institutionen, Einrichtungen (zum Beispiel Behörden, Entscheidungsgremien, Gerichte), normativer Verfahren (ethisch-moralische Werte und rechtliche Regelungen) und aller Akteurinnen und Akteure, die am politischen Prozess beteiligt sind. Dieser Begriff umfasst sowohl konventionelles und nichtkonventionelles als auch legales und nicht-legales politisches Handeln, individuelles wie gruppenbezogenes Handeln, so dass alle politischen Aktivitäten erfasst werden können.²⁷ Von der Politischen Partizipation ist das politische Interesse zu unterscheiden. Ein hohes politisches Interesse kann auch mit geringen Partizipationsgraden einhergehen, z.B. bei Resignation aufgrund mangelnder Wahlalternativen. Politische Partizipation wird in der vorliegenden Studie ausschließlich als zielgerichtete Handlung postuliert. Politisches Interesse oder politische Zufriedenheit werden konzeptuell als Vorbedingungen und Determinanten Politischer Partizipation begriffen und nicht als Partizipation als solche.²⁸

Die Ausdrucksformen Politischer Partizipation sind diesem Begriffsverständnis zufolge vielfältig. Hierzu gehören u.a. die Wahrnehmung politischer Ämter (beispielsweise als Repräsentantinnen und Repräsentanten in Parlamenten oder Migrationsbeiräten), das Wahlverhalten (das Wahlabsentismus einschließt), die Mitgliedschaft und Tätigkeit in politischen Parteien und Verbänden, das Engagement in Bürgerinitiativen, die Teilnahme an Demonstrationen, Unterschriftensammlungen und Bürgerversammlungen.²⁹

24 Vgl. Roth 1992, S. 58ff; Greiffenhagen 1997, S. 358ff.

25 Vgl. Barber 1994.

26 Kaase 1995, S. 521.

27 Vgl. Kevenhörster 2003; Knoepfel 2011; Bernauer 2015.

28 Vgl. Müssig/Worbs, S. 10f.

29 Vgl. Roth/Rucht 2002; Kaase 2002; Crouch 2016.

In der Politikwissenschaft hat sich eine vierdimensionale Gliederung von Politischer Partizipation etabliert.³⁰ Die erste Dimension unterscheidet verfasstes und nicht-verfasstes Handeln. Als verfasst werden alle institutionalisierten (rechtlich normierten) Formen bezeichnet, worunter vor allem Wahlen (und die dazugehörige Mobilisierung) fallen, entsprechend gehören andere Formen zu der nicht-verfassten Partizipation.

Die zweite Dimension grenzt konventionelles von unkonventionellem politischem Handeln ab. Als konventionell gelten die Mitarbeit in Parteien und Verbänden, als nicht-konventionell ‚neuere‘ Elemente wie Unterschriftensammlungen. Bei dieser Dimension ist die diachrone Perspektive zu problematisieren. Konventionen sind zeitlich gebunden, so dass immer wieder aufs Neue ermittelt werden muss, was als konventionell anzusehen ist, und was noch nicht. Insofern ist diese Dimensionalisierung mehrdeutig.

Die dritte Dimension bezieht sich auf die Legalität des Handelns als Kriterium. Die vierte Dimension bildet die Vermittlungsebene ab. Unmittelbare (direkt-demokratische) Partizipation findet z.B. in Form von Plebisziten, Referenden oder Bürgerentscheiden statt. Mit der Wahl von Vertreterinnen und Vertretern (Parlamentsabgeordnete) wird hingegen mittelbar auf politische Entscheidungen eingewirkt, also mittelbar partizipiert. In der Bundesrepublik (als repräsentative Demokratie) dominiert die mittelbare Partizipation, indes auch einige direkt-demokratische Elemente wie Volksbegehren und Bürgerbefragungen vorhanden sind, vor allem auf kommunaler Ebene, in Rheinland-Pfalz beispielsweise in Form des Bürgerbegehrens bzw. des Bürgerentscheids (§17a der Gemeindeordnung).

Die Dimensionen können sich auch überlappen. So entspricht eine Unterschriftensammlung sowohl der nicht-institutionellen wie nicht-konventionellen Dimension, eine Hausbesetzung wäre nicht-legal und nicht-konventionell.

Um Politische Partizipation adäquat zu erfassen, muss über das unmittelbare Handeln und dessen Konsequenzen hinausgegangen werden. Zum einen sind die Bedingungen für politisches Handeln zu berücksichtigen. Dazu gehören die Ressourcenausstattung der politischen Subjekte (Zeit, Mobilität, Bildung etc.) und die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen (zu denen auch politische Diskurse zählen), also über welche Möglichkeiten der Akteur oder die

30 Vgl. Kaase 2002; Kornelius/Roth 2004; Gabriel/Völkl 2005, van Deth 2014. Es gibt daneben noch andere Kategorisierungen von politischer Partizipation, wie bei Roller und Rudi, die zwischen elektoraler (Wahlen) und nicht-elektoraler (alles andere) Partizipation unterscheiden, vgl. Roller/Rudi 2008, S. 252f oder bei Niedermeyer, der ebenfalls eine andere Gliederung mit sechs Formen nutzt, vgl. Niedermeyer 2005, S. 17ff. Wenn nicht anders erwähnt, beziehen sich die weiteren Ausführungen auf die vierdimensionale Variante.

Akteurin verfügt. Zum anderen umfasst Politische Partizipation ebenso die dahinter liegenden persönlichen Bedürfnisse, Motive und Ziele der Individuen, also warum der Akteur oder die Akteurin politisch partizipiert.³¹

Wahlen sind im politischen System der Bundesrepublik Deutschland, einer repräsentativen parlamentarischen Demokratie, die herausgehobene Form der Partizipation, weswegen der Wahlbeteiligung hohe Aufmerksamkeit in der wissenschaftlichen Analyse zukommt.

2.1.2 Grundlegende Erkenntnisse zur Politischen Partizipation

Im Folgenden sollen exemplarisch einige wichtige Befunde der aktuellen Partizipationsforschung in der Bundesrepublik Deutschland vorgestellt werden, um einen Eindruck über wesentliche Tendenzen zu vermitteln. In der aktuellen politikwissenschaftlichen Forschung wird eine tendenziell zunehmende Distanzierung der Bürger/innen vom politischen System, insbesondere von den politischen Institutionen konstatiert, in der öffentlichen Diskussion auch als Politikverdrossenheit oder Parteienverdrossenheit bezeichnet. Über das Ausmaß dieser Entfremdung und über die Richtung der Entwicklung gibt es allerdings unterschiedliche, teils widersprüchliche Einschätzungen in der wissenschaftlichen Diskussion. Inwieweit diese Entfremdung ein Problem darstellt, wird ebenso kontrovers diskutiert.³² So sinken zwar die Mitgliedszahlen in Parteien, in bestimmten Regionen und in bestimmten Politikfeldern hat das Engagement im außerparlamentarischen Bereich jedoch zugenommen.³³ Die sinkende Wahlbeteiligung werten manche Autoren als nicht demokratiegefährdend, solange eine Grundzufriedenheit mit der demokratischen Verfasstheit vorhanden ist.³⁴ Um eine Gesamteinschätzung vornehmen zu können, sind die unterschiedlichen Indikatoren gemeinsam zu analysieren und in einen möglichen Zusammenhang zu bringen.

Auf eine differenzierte Analyse, vor allem die Berücksichtigung und Einordnung von Teil- und Einzelbefunden (darüber hinaus noch regional spezifiziert) kann im vorgegebenen Rahmen nicht eingegangen werden. Gleichwohl kon-

31 Vgl. Gabriel/Völkl 2005.

32 Vgl. zur Diskussion Arzheimer 2002; Huth 2004; Niedermeyer 2015; Gabriel 2017.

33 Jedoch hat eine Zunahme beim Engagement im außerparlamentarischen Bereich nicht zwangsläufig eine demokratiefördernde Wirkung zur Folge. Die zeitweise mehrere tausend Teilnehmende umfassende PEGIDA-Bewegung ist ein Beispiel für demokratiegefährdende Handlungen, die sich teils gegen das politische System richten. Vgl. Küpper/Zick/Krause 2015, S. 21ff.

34 Vgl. Kornelius/Roth 2004, S. 31f.

statiert die vorliegende Studie eine prinzipielle langfristige Tendenz sinkender Politischer Partizipation bei den konventionellen Partizipationsvarianten. Verschiedene Indikatoren werden dazu empirisch angeführt, von denen zwei hier exemplarisch betrachtet werden: Mitgliedsentwicklung in politischen Parteien und Wahlbeteiligung.

Die Mitgliedszahlen der Parteien haben in den letzten drei Jahrzehnten kontinuierlich abgenommen.³⁵ Besaßen die im Bundestag vertretenen Parteien 1990 noch ca. 2,3 Millionen Mitglieder ist diese Zahl bis 2016 auf ca. 1,2 Millionen Mitglieder gesunken. Trotz eines befristeten Mitgliederzuwachses durch die Vereinigung mit den Blockparteien der DDR hat die CDU zwischen 1990 und 2016 mit einem Minus von 45 Prozent fast die Hälfte ihrer Mitglieder verloren.³⁶ Nicht besser ergeht es der SPD, die in diesem Zeitraum sogar 53 Prozent ihrer Mitglieder eingebüßt hat.³⁷ Der FDP sind mit 63 Prozent anteilmäßig die meisten Mitglieder abhanden gekommen.³⁸ Lediglich die Grünen haben für diesen Zeitraum einen Mitgliederzuwachs von 58 Prozent zu verzeichnen.³⁹

Weiterhin sinkt seit etwa Mitte der 1980er Jahre grundsätzlich die Wahlbeteiligung (Bundestagswahlen, Landtagswahlen, Europawahlen) in der Bundesrepublik Deutschland.⁴⁰ Im Zeitraum davor pendelte die Wahlbeteiligung bei Bundestagswahlen auf einem hohen Niveau zwischen 86 und 91 Prozent. Bei der Wahl 1990 sank das Niveau bereits auf ca. 78 Prozent. In den darauffolgenden Jahrzehnten ist die Wahlbeteiligung weiterhin kontinuierlich gesunken. Die beiden vorletzten Bundestagswahlen markieren den historischen Tiefstand mit 71 Prozent Wahlbeteiligung im Jahr 2009 und 72 Prozent bei der Bundestagswahl 2013. Insgesamt ist also eine stabil sinkende Tendenz der Wahlbeteiligung zu beobachten.⁴¹ Die letzte Bundestagswahl 2017 hat allerdings wieder

35 Vgl. Wiesendahl/Höhne/Cordes 2018.

36 Vgl. ebenda, S. 309.

37 Vgl. <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1214/umfrage/mitgliederentwicklung-der-spd-seit-1978/> (aufgerufen am 01.11.2018) und eigene Berechnungen.

38 Vgl. <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/192239/umfrage/mitgliederentwicklung-der-fdp/> (aufgerufen am 01.11.2018) und eigene Berechnungen.

39 Vgl. <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/192243/umfrage/mitgliederentwicklung-der-gruenen/> (aufgerufen am 01.11.2018) und eigene Berechnungen.

40 Wie bereits erwähnt, ist die Bewertung sinkender Wahlbeteiligungen in der Politikwissenschaft umstritten. Vgl. Roth 1992, S. 58ff; Kornelius/Roth 2004, S. 23; Niedermeyer 2015. Zu den Gründen für Wahlabsentismus und zu einer Typologie von Nichtwählenden vgl. Güllner 2013.

41 Eine Ausnahme bildet ein kurzfristiger Trend zunehmender Wahlbeteili-

mit 76 Prozent eine höhere Wahlbeteiligung aufzuweisen. Ob eine nachhaltige Steigerung der Wahlbeteiligung vorliegt oder es sich um eine Ausnahme aufgrund einer besonderen politischen Situation in der Bundesrepublik Deutschland handelt, kann gegenwärtig noch nicht abgesehen werden.⁴²

Abschließend soll noch ein Indikator beleuchtet werden, der Auskunft über die Zufriedenheit in der Bevölkerung mit dem Funktionieren der Demokratie gibt.⁴³ Dieser Index entspricht nicht unmittelbar einer Partizipationsform, sondern ist eine Voraussetzung für Teilhabe. Von 1991 bis 2017 waren durchschnittlich nur 67 Prozent der Westdeutschen und 43 Prozent der Ostdeutschen mit dem Funktionieren der Demokratie zufrieden, seit 2015 steigt die Zufriedenheit aber wieder. 2017 sind in Westdeutschland 80 und in Ostdeutschland 51 Prozent mit der Funktionsweise der Demokratie zufrieden.⁴⁴ Dennoch weisen viele Indikatoren der politischen Partizipation insgesamt auf eine wachsende Entfremdung der Bevölkerung vom Politischen System hin.⁴⁵ Diese Entwicklung kann die Legitimation des Gemeinwesens überhaupt in Frage stellen, so dass auch von einer Legitimationskrise gesprochen wird.⁴⁶

gung bei den Bundestagswahlen 1994 und 1998.

42 Vgl. Der Bundeswahlleiter und eigene Berechnungen: <https://www.bundeswahlleiter.de/bundeswahlleiter.html> (aufgerufen am 01.11.2018)

43 Hierzu wird der Index Demokratiezufriedenheit herangezogen, der von der EU-Kommission in quantitativen Erhebungen ermittelt wird und die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie angibt.

44 Vgl. Fuchs/Roller 2018, S. 58ff.

45 Vgl. Schäfer 2015.

46 Vgl. Michelsen/Walter 2013 und kritisch zur Diskussion Arzheimer 2002.

Ein weiterer Aspekt der Legitimationskrise wird in der gegenwärtigen Forschung mit dem Begriff der Postdemokratie diskutiert. Dieser postuliert einen Rückgang politischer Teilhabe von Bürgerinnen und Bürgern zu Gunsten einer Inszenierung demokratischer Verfahren, die lediglich formal gestaltet sind und letztlich folgenlos bleiben. Damit gehen auch Verlagerungen der durch Wahlen politisch legitimierten Entscheidungen (Parlamente) in nicht-legitimierte Bereiche (Wirtschaft) einher. Vgl. hierzu Crouch 2008 und für eine Betrachtung der Bundesrepublik Deutschland vgl. Schöne 2015.

2.1.3 Einflussgrößen Politischer Partizipation

In der Analyse Politischer Partizipation geht es nicht nur um das Ausmaß politischen Handelns in den jeweiligen Formen, also wie sich z.B. die Wahlbeteiligung verändert. Im Fokus liegen auch die Gründe und Bestimmungsfaktoren für Form und Grad politischer Teilhabe, vor allem die Identifizierung spezifischer Muster und Bedingungskonstellationen.⁴⁷ Auf diese Weise kann ermittelt werden, wie und warum sich der Partizipationsgrad und die -form in der Bevölkerung unterscheiden. Dabei kann zwischen persönlichkeitsbezogenen und soziostrukturellen Merkmalen unterschieden werden. Die ersten bilden die individuelle Disposition des spezifischen Akteurs oder der Akteurin ab. Hierunter fallen der normative Wertekanon, die politische Sozialisation, das politische Interesse, die partizipatorische Erfahrung, die soziale Einbindung der Individuen und deren Zeitkontingente für politisches Handeln.

Der Schwerpunkt der politischen Partizipationsforschung liegt in der Betrachtung soziostruktureller Variablen. Diese sind vergleichsweise leicht zu ermitteln und ermöglichen Vergleiche auf Aggregatsebene, so dass sich wesentliche Tendenzen in der Gesellschaft ermitteln lassen.⁴⁸ Für eine Gesamtschau ist es unerlässlich, verschiedene (bzw. möglichst viele geeignete) Indikatoren zugleich heranzuziehen. Vor allem sind aber alle Formen politischer Partizipation zu berücksichtigen. Eine ausschließliche Betrachtung einer Form, z.B. die verfasste Partizipationsform der Wahlbeteiligung, kann in der Analyse zu einer verzerrten Beschreibung der Realität führen. Die Wahlbeteiligung kann in einer Bevölkerungsgruppe sehr niedrig sein, dafür kann dort bei anderen Partizipationsformen wie Demonstrationen der Teilhabe grad höher sein.

Zu den wichtigsten Variablen zählen Bildung und Einkommen (diese beiden Merkmale bestimmen u.a. den Sozialstatus), Alter und Geschlecht. Um auch hier einen Überblick über charakteristische Muster zu geben, werden lediglich cursorisch einige herausragende Spezifika dargestellt, ohne eine detaillierte Analyse über Ursachen zu liefern.

47 In der Wissenschaft generieren Theorie und Empirie Idealtypen. Realtypisch gibt es inhaltliche Übergänge, Hybridvarianten und diachrone Transitionen. Idealtypen dienen in der wissenschaftlichen Analyse der Herausarbeitung charakteristischer Merkmale eines Phänomens, um es gegenüber anderen, ggf. ähnlichen Phänomenen abzugrenzen. Es handelt sich hierbei um Abstraktionen, die in ihrer Reinform in der Realität (Realtypus) nicht zwingend auftauchen müssen, die aber die zentralen Wesenseigenschaften erfassen und Unterscheidungen möglich machen. Vgl. Weber 1980, S. 9ff.

48 Im empirischen Teil der vorliegenden Studie, die einen qualitativen, biographieorientierten Ansatz verfolgt, liegt indessen der Schwerpunkt eher auf die individuellen Beweggründe und Erfahrungen.

Der Einfluss soziostruktureller Merkmale auf die politische Teilhabe ist erheblich und hat eine klar erkennbare Richtung.

„Bildungs- und einkommensstarke Bevölkerungsschichten beteiligen sich am häufigsten. [...] Diese Schiefelage verschärft sich durch den Anstieg unkonventioneller Beteiligungsformen, da diese eine höhere Hemmschwelle mit sich bringen und von sozial Schwachen noch seltener als konventionelle (wie zum Beispiel zur Wahl gehen) genutzt werden. Bestehende Ungleichheiten werden auch durch sinkende Wahlbeteiligung verstärkt, weil es in erster Linie sozial benachteiligte Bevölkerungsgruppen sind, die der Wahlurne fern bleiben.“⁴⁹

Als Ursachen werden u.a. die unterschiedliche Ressourcenausstattung der Individuen angeführt. So beeinflusst der Bildungsgrad die sprachliche Kompetenz und somit die (politischen) Handlungsfähigkeiten. Überdies wirkt soziale Ungleichheit als eigenständiger Faktor. Je höher der Grad sozialer Ungleichheit in einer Gesellschaft ist, desto geringer ist die soziale und wechselseitig die Politische Partizipation der unteren Statusgruppen. Soziale Marginalisierung erodiert die gesellschaftliche Kohäsion und verringert die Bereitschaft, sich für die Allgemeinheit oder auch für die eigenen Interessen auf gesellschaftlicher Ebene zu engagieren.⁵⁰

In der Forschung zum Alter als Determinante ist ein Ungleichgewicht festzustellen, da die Betrachtung hauptsächlich auf Jugendliche ausgerichtet ist. Die Forschung zum partizipativen Verhalten älterer Menschen ist daher noch zu intensivieren. Dennoch lassen sich Zusammenhänge erkennen. Vor allem bei älteren Menschen wirken soziale und politische Partizipation besonders wechselseitig.⁵¹ Ältere Menschen sind eher von Armutsrisiken betroffen, die sich wiederum negativ auf den Teilhabegrad auswirken. Zudem können körperliche Beeinträchtigungen wie eine reduzierte Mobilität sich nachteilig auf Handlungsspielräume überhaupt auswirken. Als gegenläufige Tendenz ist die Teilnahme an verfassten (Wahlbeteiligung älterer Menschen, vor allem in der Alterskohorte 60-69 Jahre) und konventionellen (Mitarbeit in Verbänden) Formen von Partizipation eher höher.⁵²

Die politische Jugendforschung hat für die letzten Jahre einige grundlegende Ergebnisse in Bezug auf politisches Handeln ermittelt. Als veränderte Rahmenbedingungen für politisches Handeln bei Jugendlichen werden die Nutzung neuer Medien und verwandelte Arbeitsbedingungen angeführt. Arbeitsverdichtung, Mobilitätszwang und erhöhte Flexibilitätserwartungen am

49 Böhnke 2011, S. 19.

50 Vgl. ebenda, S. 19ff.

51 Vgl. Roßteutscher 2009, S. 163.

52 Vgl. Naegele 2008; Menning 2009.

Arbeitsplatz haben die Bedeutung einer klassischen Normalarbeitsbiographie reduziert. Die Anforderungen der beruflichen Tätigkeit allein verringern das mögliche Zeitbudget für politische Aktivitäten. Gleichzeitig gibt es mehr Angebote für nicht-politische Freizeitgestaltungen.

Mit der Nutzung von Kommunikationsmedien hat sich eine weitere Determinante politischen Handelns in den beiden letzten Jahrzehnten drastisch verändert. Die elektronischen sozialen Medien haben neue Handlungsoptionen (beispielsweise Elektronische Petitionen) hervorgebracht. Die Vernetzung von Teilnehmenden im Diskurs erfolgt schnell und Inhalte können ebenso schnell verbreitet werden. Diese Medien werden dabei vor allem von Jugendlichen genutzt.⁵³

Für das politische Handeln Jugendlicher spielen insbesondere soziale Bedingungen (wie Bildung) eine wichtige Rolle. „Benachteiligung durch die Herkunftsfamilie oder Bildungsabschlüsse unterhalb des Realschulniveaus verkoppeln sich mit anderen Aspekten gesellschaftlicher Teilhabe. D.h. weniger Demokratiekompetenz, weniger Mitgliedschaften, weniger soziale Inklusion.“⁵⁴

Obwohl Jugendlichen oft attestiert wird, nur über einen sehr geringeren Partizipationsgrad zu verfügen oder sehr politikverdrossen zu sein⁵⁵, ergibt sich empirisch ein differenzierteres Bild:

„Sofern sich Jugendliche und junge Erwachsene politisch beteiligen, so geschieht dies primär auf Basis von unkonventionellen oder nicht-institutionalisierten Partizipationsformen wie Demonstrationen, Unterschriftenaktionen oder Produktboykotten und nur in geringerem Ausmaß an Hand von konventionellen oder institutionalisierten Partizipationsformen wie dem Kontaktieren von Politikern oder der Arbeit für eine politische Partei.“⁵⁶

Bei den jugendlichen Wahlberechtigten beispielsweise liegt die Wahlbeteiligung (als eine Möglichkeit politischen Handelns) für die Bundestagswahl 2017 niedriger als der allgemeine Durchschnitt (76 Prozent): In der Altersgruppe der 18-21-Jährigen betrug die Wahlbeteiligung 69 und in der Gruppe der 21-25-Jährigen nur 67 Prozent.⁵⁷

Auch beim Geschlecht zeigen sich Unterschiede in der Form der Partizipation. In den verfassten institutionalisierten Varianten, wie der Wahl, sowie bei der konventionellen Teilhabe (vor allem hinsichtlich der Mitarbeit in Verbänden)

53 Vgl. Pickel 2002; Gaiser/Gille/de Rijke 2010; Schmidt 2015; Schneekloth 2015.

54 Gaiser/Gille/de Rijke 2010, S. 11

55 Vgl. Schneekloth 2015, S. 180.

56 Schnaudt/Weinhardt/Liebig 2017, S. 190.

57 Vgl. Der Bundeswahlleiter 2018.

weisen Frauen einen geringeren Aktivitätsgrad auf, während sie bei manchen nicht-konventionellen Formen wie Unterschriftensammlungen im Verhältnis zu Männern überproportional vertreten sind. Insgesamt weisen die Indikatoren aber auf einen geringeren Partizipationsgrad bei Frauen hin.⁵⁸

Ein Erklärungsansatz hierfür neben anderen ist die unterschiedliche soziale und politische Sozialisation bei den Geschlechtern und eine quantitative Dominanz von Männern in den politischen Institutionen und Organisationen. Letzteres führt zu einer selektiven Rekrutierung: Die Repräsentierenden repräsentieren nicht die Bevölkerung.⁵⁹

Gelegentlich wird angeführt, dass der unterschiedliche Partizipationsgrad (bei *konventionellen* und *institutionalisierten* Formen) auf das unterschiedliche politische Interesse zwischen den Geschlechtern zurückzuführen sei. Das politische Interesse wiederum sei sozialisationsbedingt verschieden, und zwar dahingehend, dass eine männliche Perspektive vorherrsche und es somit eine Verzerrung bei der politischen Themensetzung gäbe, die Frauen nicht anspreche. Somit würden Frauen eher bei den nicht-konventionellen und nicht-institutionellen Formen partizipieren. Westle konnte allerdings in einer Analyse darlegen, dass (unter Kontrolle anderer intervenierender Variablen) Frauen unabhängig vom Interesse prinzipiell geringer partizipieren.⁶⁰

Der Unterschied ist freilich nicht groß, außerdem schließt sich dieser Gender-Gap. Schwan weist zurecht darauf hin, dass der Geschlechtsunterschied mit 3,3 Prozent 1957 am größten war und seit 2002 zwischen 0,4 und 0,8 Prozent beträgt. Zudem sei der Unterschied beim Alter viel größer (Wahlbeteiligung in der Bundestagswahl der 21-27-Jährigen bei 67 versus 81 Prozent bei den 60-69-Jährigen).⁶¹

58 Vgl. Geißel/Abels/Kratt 2001; Westle 2001; Sauer 2011.

59 Vgl. Geißel/Abels/Kratt 2001; Sauer 2011.

60 Vgl. Westle 2001.

61 Vgl. Schwan 2018; S. 39.

2.2 Migration

2.2.1 Zum Begriff der Migration

Migration, d.h. die räumliche Verlagerung des Lebensmittelpunktes, auch über Staatsgrenzen hinweg⁶², ist so alt wie die Menschheit selbst. Sie hat verschiedene Ursachen und Gründe, die mit dem Verlauf der Geschichte zusammenhängen, wie beispielsweise Kriege und Revolutionen. Im 20. Jahrhundert gab es die größten Wanderungsbewegungen während und nach den beiden Weltkriegen. Die Ursachen reichten von gezielten Vertreibungen über das Verändern staatlicher Grenzen bis hin zu individuellen Entscheidungen von Einzelpersonen. So wanderten bereits ab etwa Ende des 19. bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts eine große Zahl Europäer nach Amerika/USA aus, um ihr Glück in der „Neuen Welt“ zu finden. Auch heute (2017) noch sind die Vereinigten Staaten das beliebteste Einwanderungsland der Welt.⁶³

Migration ist ein weltweites Phänomen, deren Umfang von 2000 bis 2017 um fast 50 Prozent von 173 Millionen auf 253 Millionen Personen weltweit angestiegen ist. Asien (Hauptherkunftsländer: Indien und China) und Europa (Hauptherkunftsländer: Russische Föderation und die Ukraine sowie das Vereinigte Königreich) sind die Haupt-Ursprungsregionen der internationalen Migration. Entgegen dem Mythos riesiger Migrationsströme, die Europa von Afrika aus erreichten, ist festzuhalten, dass der größte Anteil der Migration sich in Ländern der gleichen Region abspielt. Migration, die die Grenzen von Kontinenten überschreitet, spielt kaum eine Rolle: zwischen 1960 und 2010 haben jeweils nur 0,6 % der Weltbevölkerung staatliche Grenzen überschritten. Nur 1990 -1995 war der Anteil mit 0,75 Prozent etwas höher, was dem Zusammenbruch des Ostblocks und der damit verbundenen Wanderungsbewegungen geschuldet war. Hier lag von 2005-2010 eine weltweite Migration von 41,5 Millionen vor. „Darüber hinaus zeigt sich, dass der größte Teil der Bewegungen innerhalb von Weltregionen wie Westafrika, Südamerika oder Ostasien stattfindet [...]“.⁶⁴ In Deutschland ist die Migration bis zum Jahr 2015 überwiegend durch die Zuwanderung aus europäischen Staaten geprägt. Deutschland ist seit 2012 das bevorzugte Zielland in Europa.⁶⁵ Im internationalen Vergleich

62 Die Definition des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge lautet: „Von Migration spricht man, wenn eine Person ihren Lebensmittelpunkt räumlich verlegt. Von internationaler Migration spricht man dann, wenn dies über Staatsgrenzen hinweg geschieht“. Vgl. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2016: Migrationsbericht 2015, S. 27.

63 Vgl. United Nations 2017.

64 Vgl. Oltmer 2018: <http://www.bpb.de/gesellschaft/migration/dossier-migration/252254/globale-migration> (Abruf 28.11.2018).

65 Vgl. Brinkmann 2016, S. 146.

steht Deutschland 2017 nach den USA und Saudi-Arabien auf Platz drei der beliebtesten Einwanderungsländer.⁶⁶ Tabelle 1 gibt einen ersten Überblick zu den Zahlen der Personen mit Migrationshintergrund in der Bundesrepublik und Rheinland-Pfalz im Jahr 2016.

2016	Bundesrepublik	%	Rheinland-Pfalz	%
Personen mit Migrationshintergrund	18443000	22,65	920000	22,64
<i>davon Nicht-Deutsche</i>	<i>8851000</i>	<i>10,87</i>	<i>397600</i>	<i>9,78</i>
<i>davon EU Ausländer</i>	<i>4279770</i>	<i>5,26</i>	<i>205295</i>	<i>5,05</i>
<i>davon Eingebürgerte</i>	<i>110383</i>	<i>1,25¹</i>	<i>6064</i>	<i>1,53¹</i>
Personen ohne Migrationshintergrund	62989000	77,35	3144000	77,36
Gesamt	81431000	100,00	4064000	100,00
¹ Einbürgerungsquote; Anteil der Eingebürgerten an der Nicht-Deutschen Bevölkerung				

2.2.2 Geschichte der Migration in Rheinland-Pfalz

Die Geschichte der Migration in Rheinland-Pfalz ist eng verbunden mit der Migrationsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland, des nach dem zweiten Weltkrieg in den westlichen Besatzungszonen entstandenen Staates. Die großen Phasen der Ein- und Abwanderung zeigen sich auch in diesem einzelnen Bundesland. Grob lassen sich sieben Phasen der Zuwanderung beschreiben.⁶⁷

66 Vgl. United Nations 2017, S. 3: <http://www.un.org/en/development/desa/population/migration/publications/populationfacts/docs/MigrationPopFacts20175.pdf>.

67 Die folgende Darstellung der Einwanderungsphasen ist angelehnt an Ham-burger/Koepf 2010, zur Kritik solcher Phasenmodelle vgl. Hamburger 1999.

Vertriebene und Displaced Persons

Vor Entstehung des neuen Bundeslandes und der Bundesrepublik war das Nachkriegsdeutschland geprägt durch große Fluchtbewegungen. Neben den 10 bis 12 Millionen „Displaced Persons“, den Überlebenden der Konzentrationslager, gab es über 10 Millionen aus den zerbombten Städten Evakuierte, Millionen demobilisierte oder aus Kriegsgefangenschaft zurückkehrende deutsche Soldaten und rund 14 Millionen, die in die westlichen Besatzungszonen strömten. Nur ein geringer Teil fand Aufnahme im Gebiet des heutigen Rheinland-Pfalz. Während etwa in der amerikanischen Besatzungszone knapp 18 Prozent der Bevölkerung Flüchtlinge waren, waren es in der französischen Zone nur 1 Prozent. Die französische Militärregierung und die deutschen Behörden betrieben eine regelrechte Abschottungspolitik.⁶⁸ Dennoch schafften es bis 1950 ca. 111.000 Vertriebene und Flüchtlinge, hauptsächlich illegal, sich auf dem Gebiet des neu entstandenen Bundeslandes anzusiedeln. Ihre Situation wurde erst nachträglich legalisiert, vor allem auf Grund ihrer prekären sozialen Situation. Anspruch auf staatliche Unterstützungsleistungen hatten sie jedoch nicht.⁶⁹ Auf Druck der anderen Bundesländer erklärte sich Rheinland-Pfalz schließlich mit der Umsiedlung von Vertriebenen in das Land einverstanden.⁷⁰

Anwerbung von Arbeitsmigranten und Familiennachzug

Im gesamten Bundesgebiet und auch in Rheinland-Pfalz kam es im Zeitraum von 1955 bis 1973 zur Anwerbung von sog. „Gastarbeitern“. Dies waren ausländische Arbeitskräfte, die den steigenden Bedarf der sich im Aufschwung befindenden westdeutschen Wirtschaft decken sollten.

Vorgesehen war ein „Rotationsmodell“, bei dem die angeworbenen Arbeiter nur für eine begrenzte Zeit vor Ort bleiben sollten, um danach in ihre Heimat zurückzukehren und je nach Bedarf durch weitere ersetzt zu werden. Bestand aufgrund dieses Modells zu Anfang dieser Phase tatsächlich eine hohe Fluktuation, so wurden in Folge der Wirtschaftskrise 1966/67 der Anteil an ausländischen Beschäftigten zunächst reduziert und in der Folge kam es zu Verlängerungen und Ausweitungen der Aufenthaltsgenehmigungen. Dies geschah nicht zuletzt auch auf Grund von Anforderungen der Wirtschaft, die lange und kostspielige Einarbeitungszeiten bzw. Anlernphasen reduzieren wollte. In Folge dessen holten immer mehr der so Angeworbenen auch ihre Familienmitglieder in das Land ihres Lebensmittelpunktes nach. 1973 kam es dann zum „Anwerbestopp“ für ausländische Arbeitskräfte. Dennoch vergrößerte sich die ausländische Wohnbevölkerung, da aus der Werbung von Arbeitskräften längst eine Situation der Einwanderung geworden war. Die offizielle Politik wollte dies

68 Vgl. Berlinghoff 2018.

69 Vgl. Stein 1984, S. 244.

70 Vgl. Hamburger/Koepf 2010, S. 94f.

lange nicht akzeptieren und hielt weiterhin an der Illusion einer Rückführung fest. Eine gezielte Politik der Integration wurde damals politisch nicht angestrebt und nicht durchgeführt. Die 1980er Jahre sind politisch gekennzeichnet von Auseinandersetzungen um die Verschärfung des Ausländergesetzes, sowie rassistischen Initiativen wie dem „Heidelberger Manifest“ (1981) und multi-kulturellen Gegenbewegungen.⁷¹

Zuwanderung von Aussiedlern und Spätaussiedlern

Eine dritte Phase der Einwanderung kam mit Ende der 1980er Jahre. Seit 1988 kamen mehr als 155.000 Spätaussiedler aus Osteuropa in Folge der politischen Umwälzungen nach Rheinland-Pfalz. Neben denen, die auch schon im Ausland als Nachkommen deutscher Eltern die deutsche Staatsbürgerschaft hatten, bekamen auch deren Ehegatten, Kinder und Enkel unmittelbar die deutsche Staatsbürgerschaft. Auch diese Gruppe ist trotz der relativ einfachen Erlangung der deutschen Staatsangehörigkeit von Benachteiligungen, insbesondere im Bereich der Bildung und des Arbeitsmarktes, betroffen.⁷²

Asylsuchende und Bürgerkriegsflüchtlinge

Vor allem auf Grund des Bürgerkrieges im ehemaligen Jugoslawien stieg die Anzahl der Asylsuchenden in den 1990er Jahren stark an. Zwischen 1990 und 1993 wurden Rheinland-Pfalz rund 65.000 Asylsuchende zugewiesen. Die Änderung des Asylgrundrechtes 1993 und schärfere Kontrollen führten zu einem kontinuierlichen Rückgang der Zahlen. Eine große Mehrheit der so nach Rheinland-Pfalz gelangten Flüchtlinge hat das Land im Zeitraum von 10 bis 20 Jahren freiwillig oder auf Druck der Behörden wieder verlassen.⁷³

Binnenmigration von EU-Bürgern

Mit dem Freizügigkeitsgesetz für EU-Bürger (in Deutschland in Kraft getreten am 1. Januar 2005) wurde die EU-Binnenmigration zu einem wichtigen Faktor der Wanderungsbewegungen innerhalb Europas. In die Jahren 2004 bis 2011 war der deutsche Arbeitsmarkt für EU Bürger aus den osteuropäischen Staaten nicht frei zugänglich. Sie benötigten eine spezielle Arbeitserlaubnis. Zum 1.5.2011 trat die Arbeitnehmerfreizügigkeit für alle EU-Bürger auch in Deutschland in Kraft. In anderen EU-Staaten galt diese schon länger.⁷⁴ Zu den bedeutendsten Herkunftsländern in Rheinland-Pfalz zählten bis vor einiger Zeit die benachbarten Staaten Frankreich und Luxemburg. Für die Menschen aus Luxemburg waren die niedrigen Lebenshaltungskosten in Rheinland-Pfalz

71 Vgl. ebenda, S. 95f

72 Vgl. ebenda, S. 96f

73 Vgl. ebenda, S. 97

74 Esslinger 2011: <https://www.sueddeutsche.de/politik/-mai-oeffnung-des-arbeitsmarktes-fuerchtet-euch-nicht-1.1091447>; Abruf: 28.11.2018.

ein Grund zur Übersiedlung in den Nachbarstaat. Viele pendelten weiterhin zu ihrer in Luxemburg gelegenen Arbeitsstelle. Die Wanderungsbewegungen aus den östlichen EU-Staaten hat in den letzten Jahren eine immer größere Bedeutung erlangt. Insbesondere Zuwanderer aus Polen und Ungarn spielten eine große Rolle. So sind beispielsweise polnische Staatsangehörige mittlerweile die zweitgrößte Gruppe der Nicht-Deutschen Personen mit Migrationshintergrund in Rheinland-Pfalz.⁷⁵

Werkvertrags- und Saisonarbeitnehmer

Für einen großen Teil der EU-weiten Wanderungen sind neue Formen der Arbeitsmigration verantwortlich. Vor dem Beitritt der östlichen EU-Staaten (2004) galt eine neue Anwerbepolitik, die den Arbeitnehmern aus Ost- und Südosteuropa eine begrenzte Arbeitsaufenthalt erlaubte. Dadurch sollten Werkvertragsarbeitnehmer und vor allem Saisonarbeiter für die Landwirtschaft und den Weinbau angeworben werden, um einen Arbeitskräftemangel in diesen Bereichen auszugleichen.⁷⁶

Zu- und Einwanderung zu Beginn des 21. Jahrhunderts

Seit Beginn des 21. Jahrhunderts ist das Saldo der Zu- und Abwanderungen zunächst auf einen hohen Wert von fast 21.000 Personen angestiegen, um dann stark zu sinken bis es in den Jahren 2008 und 2009 zu einem negativen Saldo kam. In diesen beiden Jahren zusammen haben fast 9.500 Menschen mehr das Bundesland verlassen, als hinzugezogen sind. Danach sind die Netto-Zuwandererzahlen wieder stark angestiegen, um im Jahr 2015 auf dem Höhepunkt der Fluchtbewegung mit einem Überschuss von über 52.000 (52.129) Personen einen ähnlich hohen Stand wie im Jahr des Mauerfalles 1989 (51.392) zu erreichen. Im Jahr 2016 sank dieser Wert um mehr als die Hälfte auf 22.785 Personen, 2017 betrug das positive Wanderungssaldo wiederum noch 17.542 Personen (vgl. Abb. 1).⁷⁷

75 Vgl. Hamburger/Koepf, S. 97f

76 Vgl. ebenda, S. 98f

77 Sämtliche Zahlen aus: <https://www.statistik.rlp.de/de/gesellschaft-staat/bevoelkerung-und-gebiet/zeitreihen-land/tabelle-11/> (Abruf: 28.11.2018).

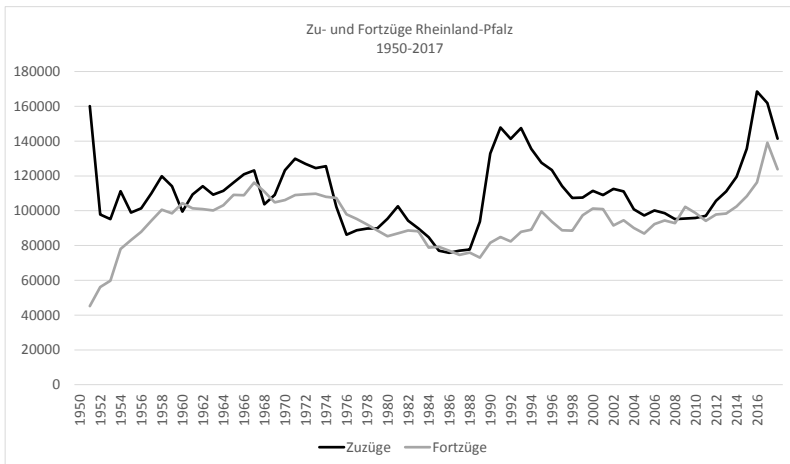


Abb.1: Wanderungsbewegungen über die rheinland-pfälzischen Landesgrenzen hinweg; Anzahl der Zu- und Fortzüge 1950-2017; Quelle: Stat. Landesamt ⁷⁸

2.2.3 Daten zu den Personen mit Migrationshintergrund in Rheinland-Pfalz

Statistische Vorbemerkung

Im Folgenden soll die Gruppe der Personen mit Migrationshintergrund in Rheinland-Pfalz näher beschrieben werden. Dazu wird zunächst erläutert, um welche Personen es sich handelt und wie diese statistisch erfasst werden. Anhand von Kennzahlen wird diese Gruppe genauer beschrieben. Durch die statistischen Schlaglichter auf das Alter, Geschlecht, Bildung, Armutsgefährdung und die großflächige räumliche Verteilung in Rheinland-Pfalz wird ein illustrierendes Bild der Gruppe gezeichnet.

Datenquelle Mikrozensus

„Der Mikrozensus ist eine jährlich durchgeführte Erhebung. Sie erstreckt sich auf die gesamte Wohnbevölkerung in Deutschland. Dazu gehören alle Personen in Privathaushalten und Gemeinschaftsunterkünften am Haupt- und Nebenwohnsitz. Die Erhebung liefert statistische Informationen in tiefer fachlicher und regionaler Gliederung über die Bevölkerungsstruktur,

⁷⁸ Vgl. <https://www.statistik.rlp.de/de/gesellschaft-staat/bevoelkerung-und-gebiet/zeitreihen-land/tabelle-11/> (Abruf: 28.11.2018).

die wirtschaftliche und soziale Lage der Bevölkerung und der Familien, Lebensgemeinschaften und Haushalte, die Erwerbstätigkeit, Arbeitssuche, Aus- und Weiterbildung, Wohnverhältnisse und Gesundheit.“⁷⁹

Die allgemeinen Bevölkerungsstatistiken der Landesämter für Statistik erfassen nicht das Merkmal Migrationshintergrund, hier werden lediglich die Zahlen zu den Nicht-Deutschen Staatsangehörigen gesammelt.

Der Migrationshintergrund wird im Mikrozensus des Bundesamtes für Statistik durch entsprechende Fragen erhoben.

Statistische Definition Migrationshintergrund

Die gesonderte statistische Erfassung bestimmter Personengruppen birgt immer auch die Gefahr der Stigmatisierung. Allerdings können die so erfassten Daten auch dazu genutzt werden, zu einer Verbesserung der Stellung dieser Gruppe in der Gesellschaft beizutragen. Nur wenn die besonderen Lebenslagen, Umstände und Probleme einer Gruppe bekannt sind, kann diese zielgerichtet gefördert werden.

Um einen besseren Blick auf das wachsende Phänomen der Migration zu erhalten sowie aufgrund der politischen Änderungen Ende der 1990er Jahre, durch die die Bundesrepublik sich erstmals als Einwanderungsland definierte⁸⁰, hat das Bundesamt für Statistik das Konzept „Bevölkerung mit Migrationshintergrund“ eingeführt. Es geht hierbei darum, nicht nur die Zuwanderer (Personen mit eigener Migrationserfahrung) statistisch zu erfassen, sondern auch im bestimmten Umfang deren in Deutschland geborene Nachkommen. Ob alle Nachkommen und alle Zugewanderten zu erfassen sind, ist Gegenstand einer statistischen Debatte.

Nach Änderung des Mikrozensusgesetzes 2003 wurde ab 2005 das Merkmal „Migrationshintergrund“ im Mikrozensus erfasst. Ab dem Befragungsjahr 2005 wurden „[...]eine Reihe von Fragen aufgenommen [...], mit denen sich die Migration in Deutschland recht zutreffend quantitativ beschreiben lässt“.⁸¹

Die „Bevölkerung mit Migrationshintergrund“ wird seitdem im Mikrozensus folgendermaßen definiert:

„Eine Person hat einen Migrationshintergrund, wenn sie selbst oder mindestens ein Elternteil die deutsche Staatsangehörigkeit nicht durch Geburt besitzt.

Die Definition umfasst im Einzelnen folgende Personen:

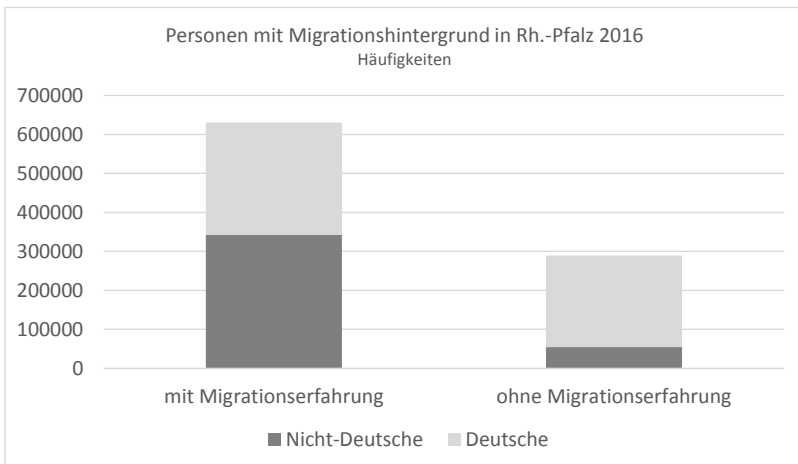
79 Vgl. <https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Qualitaetsberichte/Bevoelkerung/Mikrozensus2016.html> (Aufruf am 07.11.2018).

80 Vgl. Brinkmann/Sauer 2016, S. 1.

81 Vgl. Stat. Bundesamt 2017, S. 4 ff.

1. zugewanderte und nicht zugewanderte Ausländer;
2. zugewanderte und nicht zugewanderte Eingebürgerte;
3. (Spät-)Aussiedler;
4. mit deutscher Staatsangehörigkeit geborene Nachkommen der drei zuvor genannten Gruppen“.⁸²

Jede Person, auf die dieses Merkmal zutrifft wird in der Statistik als Person mit Migrationshintergrund gezählt. Die so definierte Gruppe beinhaltet Zugewanderte und in Deutschland geborene Ausländer, sowie in Deutschland als deutsche Staatsangehörige Geborene mit zumindest einem zugewanderten oder in Deutschland als Ausländer/in geborenem Elternteil. Die Gruppe wird somit durch Personen gebildet, die selbst zugewandert sind, sowie durch Menschen ohne eigene unmittelbare Migrationserfahrung.⁸³



Anteil Bevölkerung

Fast 23 Prozent der über vier Millionen Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer (4.064.000; Stand: 2016) sind Menschen mit Migrationshintergrund. Dies sind ca. 920.000 Menschen. Diese Gruppe setzt sich aus 522.400 Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit und 397.600 Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit zusammen.⁸⁴

⁸² Ebenda 2017, S. 4.

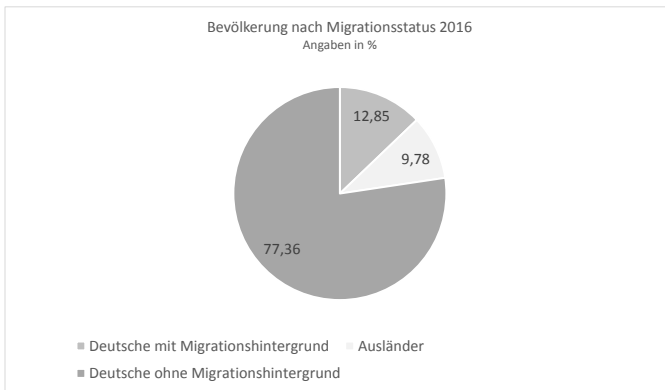
⁸³ Vgl. Hattenhauer 2017, S. 239.

⁸⁴ Vgl. Stat. Landesamt 2018, S. 17, T 1.

Innerhalb Deutschlands ist Rheinland-Pfalz mit 22,6 Prozent Bevölkerung mit Migrationshintergrund im Mittelfeld. In der gesamten Bundesrepublik liegt diese Quote bei 22,5 Prozent. Werden nur die alten Bundesländer inkl. Berlin zur Betrachtung herangezogen, so liegt Rheinland-Pfalz etwas unter dem Durchschnitt, der 25 Prozent beträgt.⁸⁵

Über die Hälfte der Personen mit Migrationshintergrund in Rheinland-Pfalz sind deutsche Staatsangehörige (56,8 Prozent), etwas über 40 Prozent (43,2 Prozent) besitzen keinen deutschen Pass.

Über zwei Drittel (68,5 Prozent) der Personen mit Migrationshintergrund sind selbst zugewandert, gehören also zu den Migranten der ersten Generation, etwas weniger als ein Drittel der Personen mit Migrationshintergrund (31,5 Prozent) gehören der zweiten und dritten Generation an, sie sind nicht selbst eingewandert. Es handelt sich um eine wachsende Bevölkerungsgruppe. So waren es im Jahr 2006 703.000 Personen. Der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund in Rheinland-Pfalz betrug zu dem Zeitpunkt 17 Prozent.⁸⁶



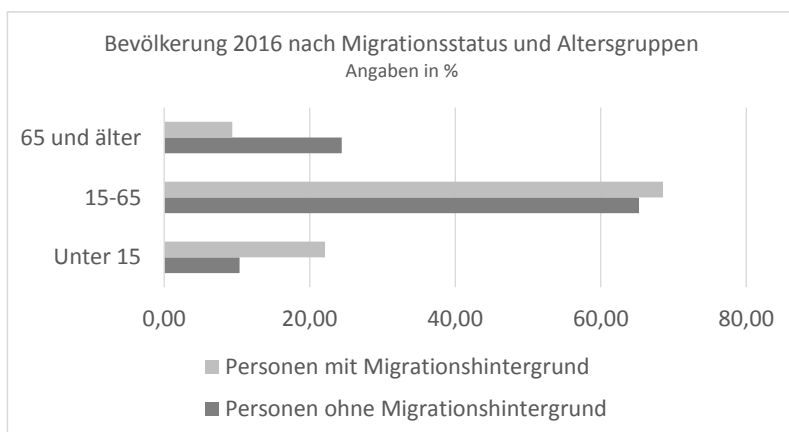
Alter

Die Personen mit Migrationshintergrund in Rheinland-Pfalz sind deutlich jünger als die Personen ohne Migrationshintergrund. Die Gruppe der unter 15-jährigen ist mit 22,1 Prozent mehr als doppelt so groß, wie bei den Personen ohne Migrationshintergrund (10,4 Prozent). Bei der großen Gruppe der 15 bis 65-jährigen ist der Unterschied nicht mehr so deutlich, aber auch hier ist der Anteil bei den Personen mit Migrationshintergrund mit 68,6 Prozent etwas

85 Vgl. ebenda, S. 40, T 11.

86 Vgl. ebenda, S. 29.

größer als die 65,3 Prozent bei denen ohne Migrationshintergrund. Bei den älteren Personen der 65-Jährigen und älteren Menschen kehrt sich das Bild um. Diese Gruppe ist mit 9,3 Prozent bei den Personen mit Migrationshintergrund wesentlich kleiner als bei der Vergleichsgruppe ohne Migrationshintergrund (24,4 Prozent).⁸⁷ Besonders deutlich wird der Altersunterschied beim Durchschnittsalter der beiden Gruppen, das bei Personen mit Migrationshintergrund im Jahre 2015 bei 35 Jahren lag, bei Personen ohne Migrationshintergrund bei 48 Jahren.⁸⁸



Geschlecht

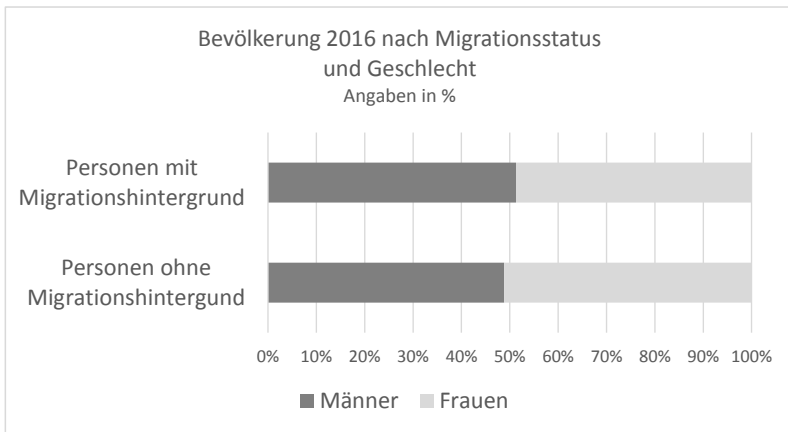
Bei den Personen mit Migrationshintergrund ist die Frauenquote etwas niedriger als bei den Personen ohne Migrationshintergrund. Dies ist allerdings nur ein geringer Unterschied. 48,7 Prozent der Personen mit Migrationshintergrund sind Frauen, bei den Personen ohne Migrationshintergrund sind es etwas mehr, nämlich 51,2 Prozent.

Bei den Frauen ist der Anteil derer mit eigener Migrationserfahrung etwas höher als bei den Männern. Von Ihnen haben 70,2 Prozent eine eigene Migrationserfahrung, bei den Männern sind es 67 Prozent.⁸⁹

87 Vgl. ebenda, S. 18, T 2.1.

88 Hattenhauer 2017, S. 241.

89 Vgl. Stat. Landesamt 2018, S. 17, T 1.



Bildung

Bei der formalen Bildung der Personen mit Migrationshintergrund in Rheinland-Pfalz fällt zunächst auf, dass über ein Drittel von Ihnen keinen allgemeinen schulischen Abschluss vorweisen können (37 Prozent). Dem stehen 15 Prozent der Personen ohne Migrationshintergrund gegenüber, die keinen Abschluss besitzen. Zu beachten ist allerdings, dass in dem vorliegenden Datenmaterial auch Personen erfasst wurden, die keinen Schulabschluss besitzen können. Diese sind entweder zu jung und nicht schulpflichtig oder befinden sich selbst noch in der schulischen Ausbildung.⁹⁰

So kommt etwa Hattenhauer ⁹¹ nach einer solchen Berechnung für das Jahr 2015 zu dem Ergebnis, dass lediglich 13 Prozent der Personen mit Migrationshintergrund keinen Schulabschluss besitzen. Bei den Personen ohne Migrationshintergrund waren es nur annähernd zwei Prozent (1,8 Prozent).

An dieser Stelle muss erwähnt werden, dass es etwa für aus dem Ausland zugewanderte Personen deutlich schwieriger ist, in die Kategorien des deutschen Schul-/Bildungssystems erfasst zu werden. So ist es etwa für viele Migrantinnen und Migranten mühsam, sich ihre ausländischen Bildungsabschlüsse in Deutschland anerkennen zu lassen.⁹² Denkbar wäre auch, dass Sprachprobleme eine Rolle bei der Erlangung eines Bildungsabschlusses spielen. Generell besitzen

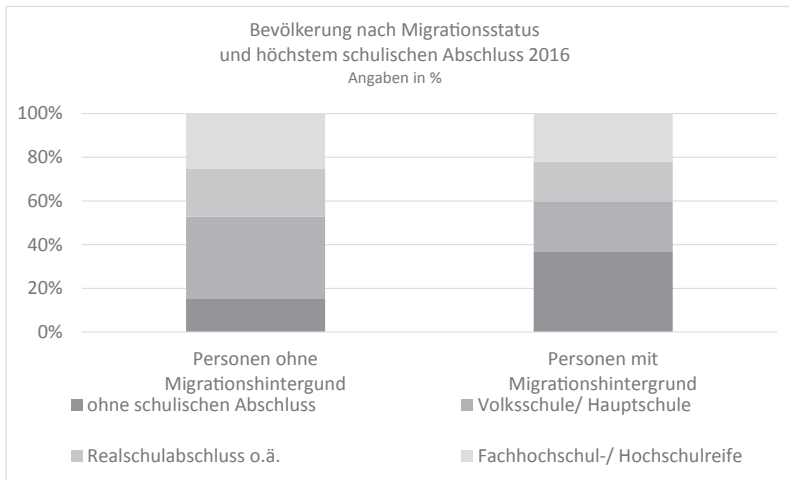
90 Vgl. ebenda, S. 20, T 3.1 und FN 2.

91 Hattenhauer 2017, S. 244.

92 Vgl. Konietzka/Kreyenfeld 2001.

Personen mit Migrationshintergrund in geringerem Maße schulische Bildungsabschlüsse als Personen ohne Migrationshintergrund. Die Unterschiede sind bei den geringeren schulischen Abschlüssen (Volksschule/Hauptschule) deutlich größer als bei den mittleren und hohen schulischen Abschlüssen. Bei den mittleren und höheren Abschlüssen sind die Personen mit Migrationshintergrund deutlich näher an den Personen ohne Migrationshintergrund. Dies bedeutet, wenn sie einen Abschluss besitzen, ist dieser eher ein mittlerer oder höherer Abschluss. So haben 38 Prozent der Personen ohne Migrationshintergrund einen Volks- bzw. Hauptschulabschluss, bei denjenigen mit Migrationshintergrund sind es lediglich 23 Prozent (Differenz 14 Prozent). Bei der Fachhochschul- bzw. Hochschulreife beträgt die Differenz nur noch 3,4 Prozent. 25,3 Prozent ohne Migrationshintergrund haben einen solchen Abschluss, bei denen mit Migrationshintergrund sind es 21,9 Prozent.

Bei den beruflichen Bildungsabschlüssen sind die Unterschiede wieder stärker. So haben zwei Drittel (66,1 Prozent) der Personen ohne Migrationshintergrund einen solchen Abschluss, aber nur knapp 40 Prozent (38,9 Prozent) der Vergleichsgruppe mit Migrationshintergrund.⁹³



Armutsgefährdung

Personen mit Migrationshintergrund haben ein deutlich erhöhtes Risiko in die Armut abzurutschen. Die offizielle Statistik berechnet eine sog. Armutsgefähr-

93 Vgl. Stat. Landesamt 2018, S. 23, T 4.1.

dungsquote. Sie ist laut EU-Konvention definiert als Anteil der Personen, deren Einkommen weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens (Median) der jeweiligen Bevölkerung beträgt. Hattenhauer weist für 2015 einen mehr als doppelt so hohen Wert (27 Prozent) bei den Menschen mit Migrationshintergrund gegenüber den Personen ohne Migrationshintergrund aus (12,1 Prozent).⁹⁴

Herkunftsländer/Staatsangehörigkeit

Die Nicht-Deutschen bzw. Ausländer bilden etwas weniger als die Hälfte aller Personen mit Migrationshintergrund (43,2 Prozent).⁹⁵ Für Sie liegen aktuelle Zahlen aus dem Ausländerzentralregister vor. Die Kenntnis der Staatsangehörigkeiten dieser Gruppe kann Hinweise auf kulturelle Eigenarten / Besonderheiten der Personen mit Migrationshintergrund geben. So waren (fast) alle deutschen Personen mit Migrationshintergrund zunächst Ausländer (Ausnahme: (Spät-)Aussiedler)⁹⁶, bevor sie die deutsche Staatsangehörigkeit erlangten.

Zum 31.12.2017 lebten 459.425 Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit in Rheinland-Pfalz. Den größten Anteil an dieser Gruppe haben türkische Staatsangehörige mit 12,65 Prozent, gefolgt von den polnischen Staatsbürgern mit 9,5 Prozent.⁹⁷

Tabelle 1 zeigt die ausländische Bevölkerung in Rheinland-Pfalz anhand der häufigsten Staatsangehörigkeiten.

94 Hattenhauer 2017, S. 247 und FN 3.

95 S.o. unter Anteil Bevölkerung.

96 Zu den Spezifika der (Spät-) Aussiedler vgl. etwa Brinkmann/Sauer 2016, S9 ff.

97 Vgl. <https://www.statistik.rlp.de/de/gesellschaft-staat/bevoelkerung-und-gebiet/basisdaten-land/tabelle-8/> (Abruf am 10.11.2018).

Tabelle 1: Ausländische Bevölkerung anhand häufigster Staatsangehörigkeiten zum 31.12.2017

Staatsangehörigkeit	Ausländische Personen in Rh.-Pfalz
Türkei	58.130
Polen	43.635
Syrien, Arabische Republik	38.745
Italien	30.480
Rumänien	30.245
Bulgarien	18.310
Afghanistan	12.680
Kroatien	12.600
Russische Föderation	10.270
Kosovo	10.130

Quelle: Statistisches Landesamt

Innerhalb dieser Gruppe ist der unterschiedliche Anteil von Frauen auffällig. So sind etwa ca. 69 Prozent bei den Staatsangehörigen der Russischen Föderation weiblich, während es bei den Personen aus Syrien nur knapp 39 Prozent sind (vgl. Tab. 2). Dieses deutet auf eine hohe Dynamik in der Entwicklung der Zuwanderung hin, in der sich etwa Phasen der Arbeitsmigration oder Flucht aus Krisengebieten unterscheiden.

Tabelle 2: Anteil Frauen in Prozent der jeweiligen Staatsangehörigen zum 31.12.2017

Staatsangehörigkeit	Anteil Frauen in Prozent
Türkei	48,01
Polen	46,14
Syrien, Arabische Republik	38,57
Italien	41,83
Rumänien	41,87
Bulgarien	46,45
Afghanistan	32,41
Kroatien	47,06
Russische Föderation	64,90
Kosovo	46,40

Quelle: Statistisches Landesamt

Räumliche Verteilung / Regionen

In den unterschiedlichen Regionen in Rheinland-Pfalz leben unterschiedlich viele Menschen mit Migrationshintergrund. Die Daten liegen nicht für die einzelnen kreisfreien Städte und Landkreise vor⁹⁸, stattdessen wird das Land in fünf Planungsregionen unterteilt. Diese Planungsregionen sind:

- Mittelrhein-Westerwald
- Rheinhessen-Nahe
- Trier
- Rhein-Neckar (rheinland-pfälzischer Teil)
- Westpfalz

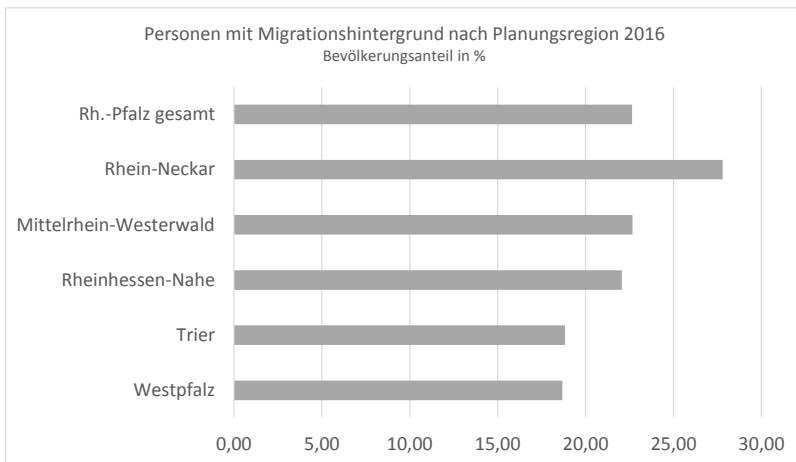
Die Verteilung der Personen mit Migrationshintergrund in diesen Regionen ist unterschiedlich:

So steht etwa der Planungsregion Rhein-Neckar (rheinland-pfälzischer Teil) mit einem Anteil von 27,8 Prozent, die Planungsregion Westpfalz mit einem Anteil von lediglich 18,7 Prozent gegenüber. Zu vermuten ist, dass die unterschiedliche Verteilung der Personen mit Migrationshintergrund in den Regionen mit der sozialräumlichen Stellung zu tun haben. So scheint es nicht verwunderlich, dass die städtisch geprägten Region Rhein-Neckar mit ihren großen Industriebetrieben mehr Personen mit Migrationshintergrund anzieht, als die eher ländlich geprägte Westpfalz.

98 Die Daten des Mikrozensus, der eine Erhebung für die gesamte Bundesrepublik darstellt, sind nicht so detailliert, dass sie Zahlen zu den einzelnen kreisfreien Städten und Landkreisen in Rheinland-Pfalz liefern könnten. Hierzu gibt es Zensus-Daten aus dem Jahr 2011 (vgl. Ministerium für Integration. 2015, S. 124, Tabelle 17).

Tabelle 3: Anteil Personen mit MH an der Gesamtbevölkerung nach Planungsregion (2016)

Planungsregion	Anzahl Personen	Anteil Personen mit Migrationshintergrund (Prozent)
Mittelrhein-Westerwald	284000	22,66
Trier	100600	18,82
Rheinessen-Nahe	191500	22,06
Rhein-Neckar	246400	27,79
Westpfalz	97400	18,68
Rheinland-Pfalz gesamt	920000	22,64



Zusammenfassung

Die Menschen mit Migrationshintergrund machen fast ein Viertel (knapp 23 Prozent) der gesamten Bevölkerung in Rheinland-Pfalz aus. Sie stellen eine wachsende Bevölkerungsgruppe dar, ihr Anteil an der rheinland-pfälzischen Gesamtbevölkerung betrug im Jahre 2006 noch 17,3 Prozent (703.000 Personen).⁹⁹ Innerhalb von 10 Jahren ist die Gruppe auf 920.000 Personen gewachsen. Sie sind deutlich jünger als die Menschen ohne Migrationshinter-

⁹⁹ Zu den Zahlen aus dem Jahr 2006: Vgl. Stat. Landesamt 2008.

grund. Ihr Durchschnittsalter betrug 2015 35 Jahre, bei den Personen ohne Migrationshintergrund waren es 48 Jahre. Die Verteilung der Geschlechter ist in der Gesamtschau der Gruppe kaum unterschiedlich zu den Personen ohne Migrationshintergrund, allerdings gibt es deutliche Unterschiede, wenn die Betrachtung nach Herkunftsländern aufgeschlüsselt wird. Dies deutet auf eine vorherrschende Dynamik der Zuwanderung hin, in der sich Phasen der Arbeitsmigration durch Phasen der Einwanderung aus Krisengebieten abwechseln. Die Gruppe erlangt in geringerer Zahl formelle Bildungsabschlüsse/Schulabschlüsse, aber diejenigen mit Abschlüssen haben eher einen mittleren bis hohen Abschluss. Offensichtlich gibt es einen sehr bildungsaffinen Teil in dieser Gruppe. Sie ist etwas weniger am Erwerbsleben beteiligt, was auch an der Altersstruktur liegen könnte und ist deutlich stärker armutsgefährdet. Die Gruppe verteilt sich unterschiedlich auf die rheinland-pfälzischen Regionen. Der größte Anteil an Menschen mit Migrationshintergrund lebt in der Planungsregion Rhein-Neckar (rheinland-pfälzischer Teil), der geringste Anteil in der Planungsregion Westpfalz. Die drei größten Gruppen der Ausländer sind Menschen aus der Türkei, Polen und Syrien.

2.3. Politische Partizipation bei Menschen mit Migrationshintergrund

2.3.1 Über die Besonderheit migrantischer Politischer Partizipation

Die vorausgegangenen Abschnitte hatten zum Ziel, Politische Partizipation zu bestimmen und einzugrenzen sowie einen Überblick über Migration in der Bundesrepublik Deutschland zu liefern. Nun sollen beide Themen zusammengeführt werden. Dabei ergeben sich besondere Problemlagen.

Zum einen ist die empirische Datenlage gleich aus mehreren Gründen nach wie vor unzureichend. Wie Roth zutreffend feststellt, gehört Politische Partizipation „eher zu den randständigen Themen in der deutschen Integrationspolitik“¹⁰⁰, was mit einer geringen Beachtung in der Öffentlichkeit korrespondiert. Das Interesse darüber, wie Personen mit Migrationshintergrund partizipieren oder wie deren Partizipation gefördert werden könnte, scheint eher begrenzt zu sein. Das spiegelt sich auch in der Forschung wieder. Häufig wird von der empirische Sozialforschung das Merkmal eines möglichen Migrationshintergrundes nicht erhoben, zudem fehlen amtliche Statistiken, die zwischen Personen mit und ohne Migrationshintergrund unterscheiden, z. B. amtliche Wahlstatistiken.¹⁰¹ Sicherlich hat sich die Situation in den letzten Jahren verbessert, die empirischen Erkenntnisse bleiben insgesamt trotzdem unbefriedigend.

Zum anderen entfallen für 48 Prozent der Menschen mit Migrationshintergrund die wesentlichen elektoralen Partizipationsmöglichkeiten. Personen ohne die deutsche Staatsbürgerschaft können allenfalls Migrationsbeiräte (die nur beratende Funktion haben, also nicht politisch entscheiden) wählen, bei Personen mit einer Staatsbürgerschaft in der Europäischen Union kommen noch Kommunalwahlen und die Wahlen zum Europaparlament hinzu. Nur Personen mit deutscher Staatsbürgerschaft verfügen über sämtliche partizipative Möglichkeiten. Mit anderen Worten, vielen Menschen mit Migrationshintergrund sind verfasste Partizipationsformen gar nicht möglich und können dergestalt in einer Partizipationsanalyse nicht berücksichtigt werden.

Daraus resultieren Ungleichgewichte in der wissenschaftlichen Betrachtung. Erstens betrachten viele Untersuchungen häufig nicht-verfasste Partizipationsformen. Zweitens bezieht sich die Forschung oftmals auf Vorbedingungen und Determinanten von Partizipation als auf dieselbe.¹⁰² Im Vordergrund stehen z. B. das politische Interesse, die Zufriedenheit mit der Demokratie oder die Relevanz parlamentarischer Arbeit. Die Erkenntnisse über eigentliche Partizipation

100 Roth 2017, S. 61.

101 Vgl. Müssig/Worbs 2012, S. 12f.

102 Vgl. hierzu die Einzelbetrachtungen zu sozialwissenschaftlichen Datensammlungen in Müssig/Worbs 2012, S. 13ff.

im Verständnis der vorliegenden Studie sind im Vergleich dazu eher geringer. Gleichwohl sind die subjektiven Bedingungen der Partizipation wichtig, also welche Einstellungsmuster die Individuen besitzen. Daher werden im folgenden Abschnitt zunächst einige Ergebnisse zu Einstellungen herangezogen, die als Determinanten von Partizipation gelten können, um im Anschluss ausgewählte Befunde zu Politischer Partizipation im eigentlichen Sinne zu präsentieren. Die ausgewählten Daten entstammen diversen Untersuchungen aus unterschiedlichen Zeiträumen. Sie sollen in cursorischer Form einen allgemeinen Eindruck über wichtige Elemente Politischer Partizipation liefern. Ferner ist noch anzumerken, dass der Migrationshintergrund in Zusammenhang mit anderen, vor allem soziostrukturellen Merkmalen wie Einkommen oder Bildung begriffen werden muss. Im vorgegebenen Rahmen kann dies nicht geleistet werden, ist aber in der Interpretation zu berücksichtigen.

2.3.2 Ausgewählte Befunde

Trotz der erwähnten Probleme in der Forschung lassen sich einige Erkenntnisse gewinnen. Im folgenden werden einzelne ausgewählte Bestimmungsfaktoren und Partizipationsformen vorgestellt. Als grundlegendes Ergebnis kann festgehalten werden, dass Personen mit Migrationshintergrund geringere Anteile bei den Determinanten und bei den Partizipationsvarianten aufweisen als die Gesamtbevölkerung. Diese Feststellung ist aber zu relativieren: Mit zunehmender Aufenthaltsdauer gleichen sich die Anteile zwischen beiden Gruppen an.¹⁰³

2.3.2.1 Determinanten Politischer Partizipation

Zufriedenheit

In Deutschland fühlen sich neun Prozent der Bevölkerung nicht wohl, sowohl mit und ohne Migrationshintergrund. Interessanterweise ist diese Zahl bei Ausländern mit vier Prozent sogar geringer. Grundsätzlich fühlen sich also die meisten in Deutschland wohl.¹⁰⁴

Bei der Verbundenheit mit Deutschland gibt es einen Unterschied zwischen beiden Bevölkerungsgruppen: Während sich 10 Prozent der autochthonen Personen nicht mit Deutschland verbunden fühlen, ist dieser Anteil mit 14 Prozent bei Menschen mit Migrationshintergrund höher.¹⁰⁵

Personen mit Migrationshintergrund sind etwas zufriedener (55 Prozent) mit der Demokratie in Deutschland als die autotochtone Bevölkerung (52 Prozent). Ausländer fühlen sich mit 62 Prozent noch einmal deutlich zufriedener mit der

103 Vgl. Kornelius 2009, S. 31; Roth 2017, S. 69 und Müssig/Worbs 2012, S. 21f.

104 Vgl. Kornelius 2009, 18.

105 Vgl. ebenda, S. 22.

Demokratie.¹⁰⁶

Bezüglich der Zufriedenheitsindikatoren sind zusammenfassend die Unterschiede nicht sehr groß.

Politisches Interesse

Eine Differenz liegt beim politischen Interesse vor. 51 Prozent der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund haben ein starkes bis sehr starkes Politikinteresse und nur 39 Prozent derer mit Migrationshintergrund. Allerdings nimmt das Interesse mit steigender Aufenthaltsdauer zu.¹⁰⁷ Diese Tendenz kann durch eine andere Studie bestätigt werden, die eine generationale Perspektive einbezieht. Ihrzufolge liegt der Anteil derjenigen, die wenig bis überhaupt kein Interesse an Politik haben, bei Personen ohne Migrationshintergrund bei 41,2 Prozent. Bei der zweiten Zuwanderungsgeneration sind die Ergebnisse ähnlich, nämlich 39,4 Prozent. Ein großer Unterschied ergibt sich nur bei der ersten Zuwanderungsgeneration, hier sind 57,2 Prozent wenig bis überhaupt nicht interessiert.¹⁰⁸ Der Sachverhalt wird bekräftigt, wenn die Aufenthaltsdauer ungeachtet der Generation gesondert betrachtet wird. In der Gruppe Menschen, die in den letzten 10 Jahren eingewandert sind, beträgt der Anteil derer, die wenig bis überhaupt nicht politisch interessiert sind 68,6 Prozent. Der Anteil verringert sich bei Menschen, die vor 10 bis 20 Jahren eingewandert sind auf 63,9 Prozent und ist bei denen, die vor mehr als 20 Jahren einwanderten, mit 42,9 Prozent am niedrigsten.

Politische Handlungsrelevanz

Eine wichtige Bedingung für politisches Handeln ist die Wahrnehmung, ob und wie sehr das eigene Handeln das politische Geschehen auf gesellschaftlicher Ebene beeinflusst. Je geringer die subjektive Wahrnehmung der eigenen individuellen Relevanz, umso geringer ist (die Bereitschaft zur) Politischen Teilhabe. Um dies zu messen, wird u.a. die Zustimmung zu folgender Aussage ermittelt: „Ja, Leute wie Du und ich haben so oder so keinen Einfluss darauf, was die Regierung tut“. Die Unterschiede in den Bevölkerungsgruppen sind bei dieser Variablen ebenso vorhanden. Bei denjenigen ohne Migrationshintergrund stimmen 21 Prozent dieser Aussage eher zu und 30 Prozent voll und ganz. Demgegenüber stimmen diejenigen mit Migrationshintergrund mit 28 Prozent der Aussage eher zu, voll und ganz stimmen 27 Prozent zu. Fasst man die Antwortkategorien zusammen, verringert sich indes der Unterschied auf vier Prozentpunkte: 51 Prozent ohne Migrationshintergrund stimmen der Aussage eher bis voll und ganz zu, bei denjenigen

106 Vgl. ebenda, S. 36.

107 Vgl. ebenda, S. 31 und Roth 2017, S. 69.

108 Vgl. Müssig/Worbs 2012, S. 21f.

mit Migrationshintergrund sind es 55 Prozent.¹⁰⁹

Bereitschaft zur Übernahme von politischen Ämtern

Zum Abschluss soll noch beleuchtet werden, wie viele in der Bevölkerung bereit wären, ein politisches Amt auszuüben. Hier gibt es keinen relevanten Unterschied zwischen Personen mit und ohne Hintergrund: In beiden Gruppen wären lediglich 18 Prozent bereit, ein politisches Amt zu übernehmen.¹¹⁰ Als Gründe werden in der gesamten Bevölkerung am häufigsten genannt: „keine Zeit“, „bin zu alt“ und „kein Interesse“.¹¹¹

Zusammenfassend gibt es bei Menschen mit Migrationshintergrund eine Differenz zwischen ihrer allgemeinen Zufriedenheit, die sich nur unwesentlich vom Rest der Bevölkerung unterscheidet und eher hoch ist, und dem Interesse, sich politisch zu betätigen. Ebenso bewerten die Bevölkerungsteile mit Migrationshintergrund ihre Einflusschancen geringer als die restliche Bevölkerung. Soll die Politische Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund gesteigert werden, so muss man auf die Vorbedingungen achten und diese gezielt angehen. Vor allem ist es Aufgabe der politischen Bildung, über Funktionsweisen demokratischer Strukturen und Institutionen zu informieren und zu individueller politischer Betätigung zu animieren. Dezierte Aufmerksamkeit sollte den ersten Einwanderungsgenerationen gewidmet werden, da in diesen Gruppen die Distanz zur Partizipation am größten ist.

Gleichzeitig sollte diskutiert werden, ob eine Erweiterung der elektoralen Mittel (beispielsweise in Form eines allgemeinen kommunalen Ausländerwahlrechts) die Bereitschaft zur Partizipation steigern könnte. Für diese Diskussion ist ein Blick auf die Befürwortung eines allgemeinen kommunalen Wahlrechts in der Bevölkerung aufschlussreich: 31 Prozent der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund, 47 Prozent mit Migrationshintergrund und 58 Prozent der Ausländer sprechen sich dafür aus.¹¹² Hervorzuheben ist hier, dass in den Teilen der Bevölkerung, die einen Migrationshintergrund besitzen, die Zustimmung für ein kommunales Wahlrecht für alle Ausländer deutlich größer ist als bei denjenigen ohne. Bei Ausländern ist die Zustimmung am größten. Das bedeutet auch, dass bei Ausländern, die keine (mit Ausnahme der Wahl lediglich konsultativer Migrationsbeiräte) Wahlchancen haben, ein großes Interesse am Recht zu wählen und mitzugestalten besteht. Dort liegt ein braches Partizipationspotenzial vor, das genutzt werden könnte und sollte. Gleichzeitig sollten die Teile der Bevölkerung, die keinen Migrationshintergrund haben, für dieses Thema sensibilisiert werden.

109 Vgl. Kornelius 2009, S. 80.

110 Vgl. ebenda, S. 100.

111 Vgl. ebenda, S. 102.

112 Vgl. ebenda, S. 113.

2.3.2.2 Politische Partizipation

Fast ausnahmslos ist die Politische Partizipation bei Menschen mit Migrationshintergrund erkennbar geringer.¹¹³ Das gilt für alle Partizipationsformen.

Im Folgenden werden Partizipationsformen und die Anteile in der Bevölkerung aufgeführt, die diese ausgeübt haben.¹¹⁴ Die erste Prozentangabe bezieht sich auf den Bevölkerungsteil ohne, die zweite auf den mit Migrationshintergrund.

	Personen ohne Migrationshintergrund	Personen mit Migrationshintergrund
Unterschriftensammlung	77	65
genehmigte Demonstration	35	27
nicht genehmigte Demonstration	8	8
Mitarbeit in Bürgerinitiative	21	16
Mitarbeit in Partei	13	6
Angaben in Prozent		

Bei nahezu allen Formen partizipieren Menschen mit Migrationshintergrund geringer als die autochthone Bevölkerung. Eine weitere Studie erhärtet diesen Befund. Hier wurde nach der Partizipation der letzten 12 Monaten gefragt.¹¹⁵

	Personen ohne Migrationshintergrund	Personen mit Migrationshintergrund
Unterschriftensammlung	31	25
Teilnahme an einer Demonstration	9	8
Mitarbeit in Partei oder Gruppierung	4	3
Kontaktieren eines Politikers	14	10
Angaben in Prozent		

113 Vgl. Roth 2017, S. 61.

114 Vgl. Kornelius 2009, S. 106.

115 Vgl. Müssig/Worbs 2012, S. 38f.

Vor einer Betrachtung der Wahlbeteiligung sind die unterschiedlichen Wahlrechte der Personen mit Migrationshintergrund zu beachten:

Gruppe	Wahlrecht
Ausländerinnen und Ausländer	Beiräte für Migration und Integration [*]
PmMh ^{**} mit EU-Staatsbürgerschaft	Kommunal- und Europawahlen
Eingebürgerte	alle Wahlen
[*] Je nach Bundesland unterschiedlich, siehe Kap. 2.3.3	
^{**} PmMh = Personen mit Migrationshintergrund	

Grundsätzlich liegt die Wahlbeteiligung von Personen mit Migrationshintergrund auf einem deutlich niedrigeren Niveau im Vergleich zur autochthonen Bevölkerung. Jedoch ist hierbei zu beachten, dass dies hauptsächlich für die erste Einwanderergeneration zutrifft. Mit steigender generationaler Aufenthaltsdauer nähert sich die Wahlbeteiligung an.¹¹⁶

Bei der Bundestagswahl 2002 haben 86,2 Prozent derer ohne Migrationshintergrund gegenüber 73,8 Prozent mit Migrationshintergrund gewählt. Bei der Wahl 2005 betragen die Anteile 83,0 und 80,8 Prozent. Eine Studie zur Wahl 2009 zeigt, dass sich die Differenz sich wieder erhöht hat: 81,5 versus 72,3 Prozent.¹¹⁷ Einer weiteren Studie zufolge ergeben sich für 2013 folgende Wahlbeteiligungen: 87,2 (ohne Migrationshintergrund) und 74,6 Prozent (mit Migrationshintergrund). Die Studie ermittelt ebenfalls eine Angleichung für die späteren Einwanderungsgenerationen.¹¹⁸ Das Herkunftsland scheint allenfalls bei der ersten Einwanderungsgeneration eine Rolle für die Wahlbeteiligung zu spielen. Stammen die Einwanderer aus Ländern mit einem autoritären oder repressiven politischen System ist die Wahlbeteiligung niedriger als bei den anderen, da eine Prägung durch Distanz zum demokratischen Prozess vermutet wird, den Betroffenen gleichsam die Tradition einer de-

116 Vgl. Wüst 2002, S. 170f; Müssig/Worbs 2012, S. 32f; Blätte/Wüst 2013, S. 215. Eine andere Studie, die in Baden-Württemberg mit den fünf größten migrantischen Gruppen durchgeführt wurde, kommt zu geringeren Unterschieden und Generationeneffekten, vgl. Wüst/Faas 2018, S. 13ff.

117 Vgl. Müssig/Worbs 2012, S. 31ff. Hier muss angemerkt werden, dass die Ergebnisse nicht von amtlichen Statistiken stammen, sondern auf den Auskünften der Befragten beruhen. Das führt zu systematisch höheren Ergebnissen. Dessen ungeachtet sind aber Tendenzen und Unterschiede in den jeweiligen Gruppen erkennbar.

118 Vgl. Arsu 2017, S. 14ff.

mokratischen Erfahrung fehlt. Diese Prägung verschwindet allmählich in den folgenden Generationen.¹¹⁹

Als Gründe für die geringere Wahlbeteiligung werden politische Sozialisationsdefizite und mangelnde Sprachkenntnisse bei den ersten Einwanderungsgenerationen angeführt. Bei den späteren Generationen gleicht sich die Wahlbeteiligung ja an.¹²⁰ Einen besonderen Blick erlaubt die Unterscheidung bei Wüst, der zwischen privilegierten und nicht-privilegierten Einwanderern differenziert. Erstere sind (Spät-) Aussiedler, die geringe Hürden zur Erlangung der deutschen Staatsbürgerschaft im Gegensatz zu anderen Migrantinnen und Migranten bewältigen mussten. Bei den nicht-privilegierten Einwanderern ist der Integrationsgrad höher, weil sie bewusst und mit Aufwand sowie Kosten aus eigenem Interesse die Staatsbürgerschaft angestrebt haben, insofern wäre auch das partizipatorische Interesse höher.¹²¹ Eine Untersuchung konnte weiterhin einen Zusammenhang von Diskriminierungserfahrungen und geringerer Wahlbeteiligung ermitteln. Wenn keine ausgrenzenden Erfahrungen vorlagen, lag die Wahlbeteiligung bei 79 Prozent, hingegen bei 59 Prozent, wenn es Diskriminierungserfahrungen gab. Die Unterschiede blieben in der zweiten Generation in geringerer Höhe bestehen.¹²² Ein weiterer Faktor ist der Integrationsgrad, der u.a. über die Aktivität in Vereinen abgebildet werden kann. Wenn Personen mit Migrationshintergrund überwiegend in ethnisch segregierten und homogenen Vereinen aktiv sind, sinkt die Wahlbeteiligung, sind sie in Vereinen, die gemischt (das beinhaltet Autochthone) sind, liegen höhere Wahlbeteiligungen vor.¹²³

Parteipräferenzen

Bezüglich der Parteipräferenz ergibt sich in der Gruppe mit Migrationshintergrund – ohne die Spätaussiedler – eine Neigung für Parteien links der politischen Mitte (PDL, Grüne und SPD). Das liegt nicht nur daran, dass diese Parteien schon seit langem migrantenspezifische Themen aufgreifen, sondern auch an deren programmatischen Ziel des Abbaus sozialer Ungleichheit, von der Migrantinnen und Migranten besonders betroffen sind.¹²⁴ Betrachtet man die gesamte Parteipräferenz in Zusammenhang mit den Herkunftsländern, differenziert sich das Bild. So identifizierten sich in einer Studie aus 2002 ein-

119 Vgl. Wüst 2002, S. 170f und Wüst 2011; S. 161ff.

120 Vgl. Wüst 2011, S. 161ff.

121 Vgl. Wüst 2011, S. 170.

122 Vgl. Ceyhan 2012 (zitiert nach Wüst/Faas 2018, S.18).

123 Vgl. Wüst/Faas 2018, S. 14.

124 Vgl. Wüst 2013, S. 215; Arsu 2017; S. 19f und Roth 2017, S. 67. Zur erhöhten Armutsgefährdung bei Personen mit Migrationshintergrund in Rheinland-Pfalz siehe Landesregierung Rheinland-Pfalz 2015, S. 173f

gebürgerte Personen aus der Türkei und Polen eher mit der SPD, Personen aus der ehemaligen Sowjetunion und ihrer Nachfolgestaaten hingegen eher mit CDU/CSU. Als Grund wird eine loyalitätssteigernde Dankbarkeit für die Aussiedlerpolitik der konservativen Parteien vermutet. Allerdings waren die Unterschiede in der ersten Einwanderungsgeneration am stärksten und verschwanden sukzessive im generationalen Ablauf.¹²⁵ Eine neuere Studie ergibt einen ähnlichen Unterschied zwischen (Spät-) Aussiedlern und anderen Personen mit Migrationshintergrund. Die letzte Gruppe (vor allem Türkeistämmige) wählt eher Parteien links von der politischen Mitte, die (Spät-) Aussiedler (vor allem Russland- und Rumäniendeutsche) neigen eher konservativen Parteien zu.¹²⁶ Möglicherweise liegt deren Bevorzugung konservativer Parteien weniger an ihrer Eigenschaft als Aussiedler, sondern an der Herkunft aus osteuropäischen Regionen. „Jedenfalls ist auch in anderen Ländern bereits eine konservativere politische Einstellung osteuropäischer Einwanderinnen und Einwanderer aufgefallen.“¹²⁷ Zum Migrationsanteil in den Parteien liegen keine genauen Statistiken vor.¹²⁸

Da in den Erhebungen (Spät-)Aussiedler miteinbezogen sind, ergibt sich für alle Menschen mit Migrationshintergrund folgendes Wahlabbild. Die Daten für die Wahljahre 2002 und 2005 lassen eine leichte Präferenz für die CDU/CSU innerhalb der Gruppe mit Migrationshintergrund erkennen. Im Vergleich wählen Migranten eher CDU/CSU als SPD, während Personen ohne Migrationshintergrund die SPD bevorzugen.¹²⁹

2.3.3 Ausübung politischer Ämter

Die Ausübung politischer Ämter wird in diesem Abschnitt gesondert betrachtet. Zwar werden politische Ämter gemeinhin nicht unter Partizipation subsumiert, da sich Partizipation auf die Bevölkerung und deren Aktivitäten und nicht auf (Berufs-)Politikerinnen und Politiker bezieht, aber auch Mandatstragende wirken auf den politischen Entscheidungsprozess ein. Sie sind zwar Entscheidungstragende im Unterschied zu Bürgerinnen und Bürgern, aber nicht im Sinne eines autokratischen Diktats, sondern ebenso wie der Bevölkerung vermittelt über Parteien und Parlamentsfraktionen. Sie entscheiden nicht allei-

125 Vgl. Wüst 2002. Zur Gruppe von Personen aus der ehemaligen Sowjetunion und ihrer Nachfolgestaaten gehören auch die Spätaussiedler.

126 Vgl. Wüst 2011, S. 160.

127 Wüst/Faas 2018, S. 18.

128 Vgl. Arsu 2017, S. 31. Bei den Bundesvorstandsmitgliedern von SPD und CDU beträgt der Migrationsanteil acht Prozent, vgl. ebenda, S. 30f.

129 Vgl. Müssig/Worbs 2012, S. 34ff.

ne, sondern müssen in den jeweiligen Gremien Mehrheiten gewinnen und sind Teil des Willensbildungs- und Entscheidungsprozesses. Das Ausüben eines politischen Amtes wird in der vorliegenden Studie gewissermaßen als höchste Stufe von Politischer Partizipation begriffen. Dies gilt übrigens umso mehr für die kommunale Vertretungsebene, da dort weniger Berufspolitikerinnen und -politiker agieren und die Themen deutlich näher am bürgerschaftlichen Engagement sind, sie also als Bindeglied und Nahtstelle zwischen Bevölkerung und politischem System fungiert. Zudem ist die Repräsentanz von Menschen mit Migrationshintergrund in politischen Gremien auf Aggregatsebene ein Teil von allgemeiner gesellschaftlicher Partizipation und Integration.

Rekrutierung von Kandidatinnen und Kandidaten

Bei der Bestellung von Kandidatinnen und Kandidaten für den 18. Bundestag (2013) finden sich mehr Personen mit Migrationshintergrund¹³⁰ bei den Parteien links von der politischen Mitte. Sie werden vor allem in Wahlkreisen und Regionen mit hohem Migrationsanteil aufgestellt. Die jeweiligen Parteien sorgten mittels einer entsprechenden Platzierung bei den Wahllisten bzw. dem gleichzeitigen Aufstellen in einem Wahlkreis und einem Listenplatz für höhere Erfolgchancen.¹³¹

Präsenz in Parlamenten

Eine generelle deutliche Unterrepräsentanz in den Parlamenten ist auf allen politischen Ebenen feststellbar.¹³² Beim gegenwärtigen 19. Bundestag haben acht Prozent der Mitglieder einen Migrationshintergrund (bei 24 Prozent Migrationsanteil in der Gesamtbevölkerung bzw. 12 Prozent bei den Deutschen mit Migrationshintergrund). Damit hat der 19. Bundestag den höchsten Anteil an Mitgliedern mit Migrationshintergrund in seiner Geschichte.¹³³

130 In der betreffenden Untersuchung wurden Personen mit Migrationshintergrund als Personen mit familiärer Einwanderungsgeschichte operationalisiert, vgl. Wüst 2014.

131 Vgl. Wüst 2014.

132 Vgl. Müssig/Worbs 2012, S. 17. Eine interessante Darstellung biographischer Migrationsgeschichten und Erfahrungen von Bundestagsabgeordneten mit Migrationshintergrund findet sich bei Özcan 2016.

133 Vgl. Mediendienst Integration 2017 und Arsu 2017, S. 25.

Die Fraktionen des 19. Bundestags weisen folgende Anteile an Abgeordneten mit Migrationshintergrund auf¹³⁴:

- PDL: 19 Prozent
- Grüne 15 Prozent
- SPD 10 Prozent
- AfD 9 Prozent
- FDP 6 Prozent
- CDU/CSU 3 Prozent

In den Länderparlamenten ist der Migrationsanteil noch geringer. Im Jahr 2015 betrug der Migrationsanteil im Schnitt fünf Prozent.¹³⁵ Im Jahr 2013 hatten die Länderparlamente in Bremen (17 Prozent), Berlin (11 Prozent) und Hamburg (8 Prozent) die höchsten, die Länder Brandenburg, Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen mit keinem Abgeordneten die geringsten Migrationsanteile. Rheinland-Pfalz war mit einem Prozent (bei 19 Prozent Migrationsanteil in der Gesamtbevölkerung) ebenfalls im unteren Bereich der Rangfolge an Migrationsanteilen.¹³⁶ Im aktuellen 17. Landtag in Rheinland-Pfalz gibt es kein Mitglied mit Migrationshintergrund.¹³⁷

Etwas über dem Niveau von Bund und Ländern liegt der Anteil von Mandatstragenden mit Migrationshintergrund im Bereich der kommunalen Vertretung. In den 25 größten Städten lag der Anteil bei vier Prozent - mit über 25 Prozent Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund an der Gesamtbevölkerung in Großstädten - wobei es starke regionale Schwankungen (vor allem zwischen den östlichen und westlichen Bundesländern) gibt. In der Interpretation relativierend zu berücksichtigen ist die unzureichende Datenlage.¹³⁸

Ein interessantes Ergebnis liefert eine Analyse der Themen (basierend auf Redebeiträgen im Zeitraum 1996-2013) von Abgeordneten mit Migrationshintergrund. Tatsächlich beschäftigen sich diese Abgeordneten häufiger mit migrations- und integrationspolitischen Inhalten als ihre Kolleginnen und Kollegen ohne Migrationshintergrund. Die Unterschiede zwischen den Parteien fallen gering aus.¹³⁹

134 Vgl. Mediendienst Integration 2017, S. 3f.

135 Vgl. Arsu 2017, S. 27.

136 Vgl. Gesemann/Roth 2015, S.

137 Laut einer Auskunft des Ministeriums für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz Rheinland-Pfalz (Anfrage am 01.11.2018).

138 Vgl. Schönwälder/Sinanoglu/Volkert 2011, S. 12.

139 Vgl. Blätte/Wüst 2017.

Migrations- und Integrationsbeiräte

Bereits Anfang der 1970er wurden in den ersten Kommunen Gremien eingerichtet, die als Interessenvertretung für Migrantinnen und Migranten fungieren sollen. Die einzige Möglichkeit für Menschen, die nicht die deutsche Staatsbürgerschaft haben, ein politisches Amt oder Mandat in der Bundesrepublik Deutschland auszuüben, stellen die Wahlen zu ebendiesen Migrations- und Integrationsbeiräten¹⁴⁰ (früher oft als Ausländerbeiräte bezeichnet) dar. In den weiteren Ausführungen wird die kommunale Ebene beleuchtet und nur auf die Beiräte eingegangen, die aus Wahlen und nicht aufgrund von Ernennung hervorgegangen sind.¹⁴¹

Die Migrationsbeiräte finden ihre rechtlichen Grundlagen in den Kommunalverfassungen (Gemeinde- und Landkreisordnungen) der Bundesländer. Die Bestimmungen lassen sich in drei Gruppen einteilen. „Etwa ein Drittel verzichtet auf explizite Regelungen, ein Drittel enthält Kann-Bestimmungen und ein weiteres Drittel hat verpflichtende Regelungen.“¹⁴² Die Beiräte haben rein konsultative Funktion und keinerlei Beschlussrechte. Nur in vier Bundesländern gibt es verpflichtende Regelungen zur kommunalen Repräsentation und Interessenvertretung von Migrantinnen und Migranten ab einer bestimmten Zahl an Ausländern in der jeweiligen Kommune: Hessen, Nordrhein-Westfalen, Saarland und Rheinland-Pfalz.¹⁴³

Laut einer Befragung aus dem Jahr 2011, an der sich 228 Kommunen beteiligt haben, gibt es in 62 Prozent der Kommunen eine migrantische Interessenvertretung. In den westdeutschen Kommunen beträgt der Anteil 86, in den ostdeutschen 60 Prozent. Nicht zuletzt aufgrund der mangelnden Kompetenzen der Beiräte ist die Wahlbeteiligung durchgängig sehr niedrig.¹⁴⁴ Als weiterer Grund wird die steigende Zahl von Eingebürgerten genannt, die erst auf eigenem Antrag hin in die entsprechenden Wahlverzeichnisse aufgenommen werden und denen ja ansonsten alle Partizipationsformen, insbesondere das allgemeine Wahlrecht zur Verfügung stehen. Weiterhin gibt es keine dem deutschen Parteien- und Verbändesystem entsprechend vergleichbaren Strukturen in den migrantischen Communities. Die Zahl an Kandidatinnen und Kandidaten sowie an den Wahllisten ist vergleichsweise gering, so dass es an

140 Im Weiteren werden sie der Lesbarkeit halber kurz als Migrationsbeiräte bezeichnet.

141 Gelegentlich werden diese Beiräte von den Kommunalparlamenten bestellt, vgl. Roth 2015, S. 67f.

142 Roth 2017, S. 68.

143 Vgl. Gesemann/Roth 2015, S. 114.

144 Vgl. ebenda, S. 115f.

konkurrierenden Alternativen mangelt.¹⁴⁵ Ferner kann der (geringe) Bekanntheitsgrad der Beiratsaktivitäten eine Ursache sein.¹⁴⁶ Ein weiterer möglicher Grund, siehe Kap. 6 in dieser Studie, ist der hauptsächlich nach nationalen und ethnischen Gesichtspunkten strukturierte Charakter der meisten Wahllisten zu den Migrationsbeiräten. Der daraus entstehende Mangel politischer Programmatik könnte zu einem geringeren Maß an Mobilisierung von Wählerinnen und Wählern führen.

In Rheinland-Pfalz wird in den §56 der Gemeindeordnung und §49a der Landkreisordnung die Einrichtung von Beiräten für Migration und Integration geregelt. In Gemeinden und Landkreisen mit mehr als 1.000 bzw. 5.000 ausländischen Einwohnern ist die Einrichtung dieser Beiräte vorgeschrieben, anderenorts kann ein solches Gremium eingerichtet werden. Die Mitglieder des Beirates werden von den ausländischen Bürgerinnen und Bürgern gewählt. Eingebürgerte können auf eigenen Antrag hin überdies in das Wahlverzeichnis aufgenommen werden. Es können (von den jeweiligen kommunalen Vertretungsorganen) auch Mitglieder berufen werden, also ohne Wahl, wobei aber der Gesamtanteil der Berufenen im Beirat nicht mehr als ein Drittel betragen darf.¹⁴⁷

Rheinland-Pfalz gilt dabei als Beispiel guter Praxis kommunaler Repräsentation von Migrantinnen und Migranten.¹⁴⁸ Die ehemaligen Ausländerbeiräte wurden im Jahr 2009 im Zuge einer Reform zu Beiräten für Migration und Integration weiterentwickelt und der Kreis der Wahlberechtigten um Eingebürgerte und Spätaussiedler erweitert, wobei ein großes Gewicht auf die Verzahnung mit der kommunalen Politik gelegt wurde. Weiterhin wurden Wahlmodalitäten erleichtert und vereinfacht (darunter der Wegfall einer Mindestwahlbeteiligung) sowie Weiterbildungs- und Informationsveranstaltungen für Mitarbeitende in Verwaltungen durchgeführt.¹⁴⁹ Zwar war bei einigen Kommunen die Wahlbeteiligung etwas niedriger als zur vorangegangenen Wahl 2004, insgesamt konnte sie aber etwas (zwei Prozent) gesteigert werden. Damit konnte der Trend sinkender Wahlbeteiligung zunächst umgekehrt werden.¹⁵⁰

Die Wahlbeteiligung an den Wahlen für Migrationsbeiräte betrug 2009 landesweit im Schnitt 11 Prozent, wobei im Landkreis Rhein-Lahn-Kreis die geringste (6,1 Prozent) und in Ransbach-Baumbach die höchste Wahlbeteiligung (30,7 Prozent) vorlag. Bei den Kreisfreien Städten schwankte die Wahlbeteiligung

145 Vgl. Vicente 2011, S. 40f.

146 Vgl. Caballero 2003, S. 88ff.

147 Vgl. Gesemann/Roth 2015, S. 120.

148 Vgl. ebenda, S. 116ff.

149 Vgl. Jagusch/Koepf 2013.

150 Vgl. ebenda, S. 31ff.

zwischen 7,5 Prozent (Trier) und 19,7 Prozent (Landau in der Pfalz). Die Landeshauptstadt Mainz ist mit 9,3 Prozent im Mittelfeld vertreten.¹⁵¹ Die Beiratswahlen im Jahr 2014 haben hingegen wiederum eine im Vergleich zu den vorigen Wahlen gesunkene Wahlbeteiligung von 9,2 Prozent ergeben.¹⁵²

151 Vgl. ebenda, S. 34ff.

152 Vgl. <https://mffjiv.rlp.de/ar/themen/integration/integrationspolitik-in-rheinland-pfalz/gremien/kommunale-beiraete-fuer-migration-und-integration/> (aufgerufen am 01.11.2018)

3. Erfahrungen von kommunalpolitisch Aktiven mit Migrationshintergrund

3.1 Biographische Skizzen und politische Sozialisationsmuster

Um einen groben Eindruck von den biographischen Hintergründen zu vermitteln, die die Interviewten dieser Untersuchung haben, sollen im Folgenden die einzelnen Lebensläufe schematisch umrissen werden.

Um eine bessere Lesbarkeit zu ermöglichen, werden Zitate der Befragten kursiv, eingerückt und ohne Anführungszeichen dargestellt. Zitate einer befragten Person werden immer in einem Absatz abgebildet. Zitate einer anderen wiederum in einem eigenen Absatz aufgeführt. Das bedeutet, wenn zwei kursive durch eine Leerzeile getrennte Absätze aufeinanderfolgen, es sich um Zitate von zwei unterschiedlichen Befragten handelt.

Kurzbiographien

Aus Gründen der Anonymisierung, also um eine konkrete Identifikation der Gesprächspartner zu verhindern, werden die Schilderungen verkürzt dargestellt und zudem verfremdet. Zunächst werden einige Daten zur Befragtengruppe dargestellt, im Anschluss daran folgen die Kurzbiographien der einzelnen Personen.

Als Befragte konnten sieben Ratspersonen eines Stadtrates oder Kreistages und fünf Mitglieder eines Beirates für Migration und Integration gewonnen werden. In den Planungsregionen waren die Befragten folgendermaßen verteilt:

Planungsregion	Anzahl Befragte
Mittelrhein-Westerwald (Mayen-Koblenz, Koblenz, Ahrweiler)	3
Rhein-Neckar (Germersheim, Ludwigshafen)	2
Rheinessen-Nahe (Mainz, Birkenfeld)	2
Trier (Trier, Bitburg-Prüm)	2
Westpfalz (Pirmasens, Kaiserslautern, Zweibrücken)	3

Es wurden drei Frauen und neun Männer befragt. Das Durchschnittsalter lag bei 52 Jahren. Die ethnische Herkunft der Befragten ist recht heterogen. Falls die Person in Deutschland geboren ist, wurde das Herkunftsland der Eltern für diese Kategorie gewählt. Es wurden Menschen aus folgenden Herkunftsländern befragt: Argentinien, Senegal, Italien, Niederlande, Algerien, Polen, Portugal, Russland, Spanien, Türkei und USA.

Unter den Befragten befanden sich drei Mitglieder der CDU, drei Mitglieder der SPD, ein Mitglied der Grünen und zwei Mitglieder der Partei Die Linke sowie drei parteilose.

Interview Nummer 1

Dieser Kontakt ist mir auch wichtig, dass man ein direktes Feedback hat. Wenn die Leute sich irgendwie beschweren, aber wenn die Leute auch was gut finden und sie es dann einem sagen, das ist auch schön.

Dieser Befragte ist ein engagierter Mandatsträger in einer kleinen Stadt einer ländlichen Region in Rheinland-Pfalz. Er ist 53 Jahre alt und Mitglied der CDU. Er ist 1989 noch kurz vor dem Mauerfall aus Osteuropa in die Region gekommen und hat sich zusammen mit seiner Frau entschlossen, zu bleiben. Der Befragte ist ebenfalls in der Kirchengemeinde engagiert.

Interview Nummer 2

1994 ist der Ausländerbeirat gegründet worden. Ich war auch dabei. Ich wollte es nur aus Neugierde hören, wie das ist. Und ich war schon gleich drin.

Diese Befragte hat die Institution des Ausländerbeirates in ihrer Stadt von Anfang an begleitet. Schon vor der Gründung eines solchen hatte sie sich für die Belange von ausländischen Menschen vor Ort engagiert und diese unterstützt, etwa bei Gängen zu den Behörden. Sie ist 78 Jahre alt, geboren in Osteuropa und in den 1960er Jahren nach Deutschland gekommen. Die Befragte ist Mitglied der CDU, gewählte Ratsperson im Stadtrat und muslimischen Glaubens.

Interview Nummer 3

Es gibt einen Beirat Migration Integration, es gibt einen Seniorenbeirat und wir haben uns damals auch gefragt, wieso gibt es nicht so eine Art Jugendbeirat auf Kreisebene, wo Jugendliche ganz einfach auch tagen.

Diese 29 Jahre alte Befragte ist Mitglied des Beirates für Migration und Integration und seit einigen Jahren Mitglied des Kreistages in einer ländlichen Region. Sie sitzt für die SPD in diesem Gremium und ist ebenso Mitglied der Jusos. Im Interview betont sie die Wichtigkeit der politischen Beteiligung aller und beschreibt, wie es ihrem Kreisverband gelungen ist, viele junge Leute, auch migrantische Menschen, für die politische Arbeit zu begeistern. Sie gehört zu der Gruppe der in Deutschland geborenen und berichtet von der Einwanderung ihrer Eltern aus Algerien.

Interview Nummer 4

Es ist wichtig, dass wir uns einbringen mit dem Fachwissen. Und das ist, glaube ich, etwas, wo ich mich auch zum Teil gegenüber meinen Kollegen in

der Fraktion manchmal so ein bisschen abgrenze. Ich rede [nur] über etwas, was ich weiß.

Dieser 51 Jahre alte Befragte ist seit mehreren Jahren gewähltes Ratsmitglied der SPD in seiner Geburtsstadt. Er ist verheiratet und stark in den Gremien des Stadtrates engagiert. Der Befragte gehört keiner Religionsgemeinschaft an. Mit seiner schwarzen Hautfarbe hat er schon als Kind erhebliche Rassismuserfahrungen gemacht.

Interview Nummer 5

Ich habe eine sehr politische Erziehung erfahren aus dem Elternhaus, die auch immer der politischen Linken angelegt war und die eigene politische Aktivität ging dann in erster Linie los mit dem Irak-Krieg, [...] wo ich auf Demos gegangen bin.

Dieser 32 Jahre alte Befragte ist Mitglied eines Beirates für Migration und Integration im städtischen Bereich. Er ist ebenfalls in Deutschland geboren und in einem sehr politischen Haushalt erzogen worden. Sein Vater stammt aus Argentinien und ist nach dem dortigen Militärputsch in die Bundesrepublik geflohen. So erlebte der Befragte eine politisch linke Sozialisation und ist Mitglied der Partei die Linke. Er ist keiner Religionsgemeinschaft angehörig.

Interview Nummer 6

Ich glaube zuerst, dass ich so eine internationalistische Prägung habe, weil ich mich auch nirgendwo so richtig zu Hause fühle, was ich gar nicht so schlimm finde, also in Polen geboren, den Niederlanden aufgewachsen und dann bin ich jetzt hier schon fast zehn Jahre. In dem Fall, ich denke mal nicht so in Grenzen zuerst.

Dieser 31 Jahre alte Interviewpartner ist ebenfalls Mitglied der Partei Die Linke und sitzt für die Partei seit kurzem im Stadtrat. Er ist schon als kleines Kind aus Osteuropa zusammen mit seinen Eltern in die Niederlande gezogen. Er kam für ein Studium in die Bundesrepublik. Er ist konfessions- und erwerbslos.

Interview Nummer 7

Politisches Engagement sowieso, Politik allgemein ist sowieso ein Thema, was mich sehr interessiert. Auf jeden Fall, das Interesse hätte und habe ich auch noch weiterhin, aber mir war eben nicht klar, dass ein Beirat, wie dieses Gremium, in dem ich gelandet bin, dass es eben so funktioniert und zwar so, dass man das kaum ernst nehmen kann.

Der Befragte ist seit einigen Jahren Mitglied eines Beirates für Migration und Integration. Er ist kritisch gegenüber dieser Institution und bringt diese während des Interviews deutlich zum Ausdruck. Er ist in Deutschland geboren und 31 Jahre alt. Sein Großvater kam als ‚Gastarbeiter‘ aus den kurdischen Gebieten

der Türkei und hat dann seine Familie nachgeholt.

Interview Nummer 8

Wir waren in den 60er Jahren die ersten Fremden hier im Lande, anders aussehende, fremde junge Männer. [...] Wir waren die erste Gruppe und wir wurden auch schief angeguckt.

Dieser 78 Jahre alte Gesprächspartner gehört zu der ersten Generation der Einwanderer. Er ist als ‚Gastarbeiter‘ nach Deutschland zu Arbeitszwecken gekommen. Er stammt aus Italien und hat sich von Anfang an für die Belange seiner Kollegen engagiert. Er wurde Sozialarbeiter und konnte viele Migrantinnen und Migranten bei Ihren Anliegen unterstützen. Er ist Mitglied der CDU und katholischen Glaubens und langjähriges Mitglied des Stadtrates.

Interview Nummer 9

We[n] keiner auf den Finger guckt, was der andere macht, dann können die machen, was sie wollen. Wir haben zwar nicht so viel Macht, aber wir sehen schon, was los ist und wir sagen das auch. Das und das ist nicht fair, das und das könnte das sein. Das und das wäre besser, wenn es umgeändert werde.

Der Befragte ist 58 Jahre alt und gewähltes Mitglied in einem Beirat für Migration und Integration im ländlichen Bereich. Er stammt aus Senegal und hat dort seine heutige Frau kennengelernt, mit der er zusammen nach Deutschland gekommen ist. Er arbeitet in einer sozialen Einrichtung. Der Befragte gehört keiner Partei an und ist Mitglied einer christlichen Kirche.

Interview Nummer 10

Ich denke, die Partizipation der Migranten müsste, wie gesagt, auf allen gesellschaftlichen Ebenen mit rechtlicher Partizipation eben aber auch politisches Vertretungsrecht muss partizipiert werden. Und wenn da ein Beirat, ein Gremium oder eine Institution nicht weiter entscheiden kann, ist es nur eigentlich gesprochen und empfohlen, das ist einfach zu wenig.

Der 58-jährige Interviewpartner ist seit einigen Jahren gewählter Stadtrat für die Grünen. Er stammt aus der Türkei und ist Ende der 1970er nach Deutschland gekommen. Er hat hier sein Studium beendet und arbeitet seitdem in der offenen Jugendarbeit. Er ist muslimischen Glaubens und engagiert sich für Geflüchtete.

Interview Nummer 11

Ich glaube, es ist immer noch aktuell, da wir haben nur unverbindliche Empfehlungen, die wir dann zum Stadtrat bringen können. So unsere Aktion ist immer limitiert. Da hatte ich auch mal den Eindruck, dass wir nicht so ernst genommen werden als politischer Partner.

Die 64-jährige Dozentin ist Mitglied eines Migrationsbeirates. Sie stammt aus Portugal und ist ebenfalls in einem Kulturverein engagiert. Sie gehört zusammen mit Kollegen dieses Vereines zu den ersten Vertreterinnen des damaligen Ausländerbeirates in ihrer Region. Sie ist in den 1980er Jahren aufgrund eines Vertrages zwischen Portugal und Deutschland als Dozentin in die Bundesrepublik gekommen.

Interview Nummer 12

Das war damals in, politisch aktiv zu sein. Die haben sich als Studenten engagiert und die Jusos waren stark, dann Willy Brandt, das war ein Teil, den ich mitbekommen habe. [...] Und habe als Kind diese Ängste, diesen Unterschied gegenüber dem deutschen Rechtssystem merken können, indem wir an die Grenze gekommen sind, die Guardia Civil und ab dem Zeitpunkt Willkür eigentlich geherrscht hat.

Der Gesprächspartner ist 58 Jahre alt und als Kleinkind nach Deutschland gekommen. Sein Vater gehörte der Gruppe der spanischen ‚Gastarbeiter‘ an, der Mitte der 1960er Jahre seine Familie in das Land seines Lebensmittelpunktes geholt hat. Der Befragte ist Mitglied der SPD und in einem Stadtrat aktiv. Er ist keiner Religionsgemeinschaft angehörig und schon als Jugendlicher zu den Jusos gestoßen.

Politische Sozialisationsmuster

Bei den Befragten haben sich in Bezug auf die Motivation, politisch zu handeln zwei Grundtypen ergeben, die sich nach ihrer politischen Verortung, aber unabhängig von der konkreten Parteizugehörigkeit, unterscheiden.

Die eine Gruppe wird von Personen gebildet, die eine dezidiert politische bzw. linke Sozialisation erlebt haben. Sie haben aus allgemeinen gesellschaftlich-politischen Erwägungen heraus ihr politisches Engagement begonnen. Sie engagierten sich biographisch schon sehr früh und sind in die entsprechenden politischen (Jugend-) Verbände eingetreten. Erst dort hat sich der kommunalpolitische Schwerpunkt herauskristallisiert. Kontakte zu politischen migrantischen Organisationen gab es schon vorher. Im Rahmen der kommunalpolitischen Tätigkeit wurden die Kontakte zu anderen, nicht dezidiert politischen Migrantenverbänden erweitert. Dennoch sind die Kontakte schwerpunktmäßig auf Migrantenorganisationen bezogen, die einen politischen Anspruch erheben und entsprechende Ziele formulieren. Dieser Personenkreis agiert eher im urbanen Raum.

Den ersten Anstoß gab mir mein Vater. Weil mein Vater selber früher in seinen Jugendjahren, als er noch im Studium in [Algerien] war, politisch engagiert war.

Das ist gar nicht so einfach. Ich habe eine sehr politische Erziehung erfahren

aus dem Elternhaus, und die eigene politische Aktivität ging dann in erster Linie los, wo ich auf Demos gegangen bin und als ich dann angefangen habe, zu studieren, selbst eine [linke] Studenten-Gruppe gegründet habe.

Die andere Gruppe besteht aus Personen, die zunächst keine dezidierte politische Sozialisation durchlaufen haben. Sie begannen ihr Engagement im politischen Vorfeld, das zwar politische Implikationen beinhaltet, aber noch keinen politischen Raum bildet. An ihren Wohnorten haben sie zunächst im caritativen Bereich gearbeitet, in Form von migrantischer Selbst- und Nachbarschaftshilfe sowie Sozialberatung. Hier waren vor allem kirchliche Institutionen wichtig. In diesen Kontext sind dann Kontakte zu anderen Akteuren entstanden, vor allem parteiförmigen Akteuren. Erst aus diesen Kontakten heraus entstand eine kommunalpolitische Tätigkeit. Fast alle in dieser Gruppe sind von Parteien gefragt worden, ob Sie eine politische Funktion entweder im Stadt- und Gemeinderat oder im Migrationsbeirat übernehmen wollten, was sie dann zur Übernahme dieser Funktionen bewogen hat. Eine vorherige parteipolitische Prägung lag für die meisten nicht vor. Erst im Gefolge haben sich bei ihnen verstärkte Parteiidentifikationen ergeben. Sie wirken mehr in ruralen Regionen.

Durch die kirchliche Schiene hat das Engagement begonnen. Letztendlich hat mich ein guter Bekannter aus dem kirchlichen Milieu angefragt, ob ich nicht Interesse hätte, mich kommunalpolitisch [zu betätigen], dazu ist noch zu sagen, [...] ich war auch als Übungsleiter für hier ansässigen Sportverein tätig. [...] D.h. zur Kommunalwahl [...] wurde ich gefragt, ob ich mir vorstellen könnte, auf der Liste mit zu kandidieren zum Stadtrat.

Wir hatten schon [eine] Koordinationsstelle für ausländische Arbeitnehmer und da hatte ich mit denen immer wieder zusammengearbeitet in meiner Funktion als Sozialarbeiter. Und da kam von diesem Vorsitzenden [eines migrantischen Kulturvereins] der Auftrag, so etwas zu organisieren. Die haben alle möglichen Leute, alle möglichen Verdächtigen gefragt, wollt ihr euch aufstellen bzw. mitmachen und unterstützen, dass man hier einen Beirat zustande bekommt.

Ganz klar, [wegen] meiner Arbeit bei der Caritas. Die meiste Zeit, die ich in Deutschland war, habe ich mit dieser Thematik verbracht sowohl als Betroffener, als Gastarbeiter, dann habe ich studiert, dann [lange] bei der Caritas und einer Beratungsstelle gearbeitet. [...] Und als ich dann gefragt wurde, habe ich zu mir gesagt, die ganzen Jahre haben wir Sozialarbeiter der Caritas gefordert [...], die Ausländer sollen wählen, die Ausländer sollen an der Gestaltung des Sozialdienst [...] mitwirken. [...] Und da habe ich mir gedacht, ich habe die ganzen Jahrzehnte immer danach geschrien und jetzt, wo du gefragt wirst, kannst du nicht kneifen.

Damals gab es viele türkische Gastarbeiter, wie es damals geheißen hat. Ich

habe ein bisschen Deutsch gekannt. Wir haben uns immer in [Stadt] mit unseren Landsleuten getroffen. Jeder hatte damals viele Probleme gehabt mit Behörden, mit dem Ausfüllen und Arztbesuchen. Ich habe den Leuten geholfen und so habe ich angefangen.

Indessen spielen die parteipolitischen Orientierungen für die eigentliche Partizipation bezüglich des Umfangs und der konkreten kommunalpolitischen Tätigkeit keine Rolle. Dies überrascht nicht angesichts der eher sachorientierten Ausrichtung der Kommunalpolitik, die sich auf konkrete Problemstellungen vor Ort bezieht. Die thematischen Schwerpunkte sind mannigfaltig. Zu ihnen gehören Energie-, Integrations-, Kultur-, Bildungs- und Sozialpolitik (besonders Wohnungspolitik).

Das finde ich immer noch spannend und immer noch wichtig, internationale Solidarität und man schaut viel ins Ausland, was passiert in Kurdistan, Venezuela, damals noch aktueller. Aber wenn man dann in der Kommunalpolitik selber ist und sich auch ganz konkret mit den Problemen auseinandersetzt, verschiebt sich das eben auch.

Bei den Interviews waren keine relevanten Unterschiede zwischen den Geschlechtern zu erkennen.

3.2 Interaktion mit anderen Akteuren

Als kommunalpolitisch Handelnde stehen die Befragten in einem ständigen Austausch mit anderen Akteuren. In den Interviews berichten sie von ihren Erfahrungen in der eigenen Partei oder Fraktion, mit anderen Parteien oder Fraktionen und mit der Verwaltung, der in der Kommunalpolitik besondere Bedeutung zukommt.

Bei der Analyse sind beide Gruppen der Befragten zu beachten, zum einen diejenigen, die in den Beiräten für Migration und Integration als gewählte Beiräte wirken und zum anderen die Mandatstragenden der kommunalen Vertretungsorgane in Stadtrat oder Gemeinderat. Zwischen den Gruppen bestehen Unterschiede: Die Stadt- und Gemeinderäte interagieren viel ausgeprägter mit anderen politischen Akteuren und sind in innerparteiliche Strukturen eingebunden, was nicht für die drei gegenwärtigen Migrationsbeiräte gilt, die parteilos sind. Der politische Austausch mit anderen und die politische Binnenkohäsion sind bei den Stadt- und Gemeinderäten stärker als bei den Mitgliedern der Migrationsbeiräte, so dass die Gelegenheiten für Interaktion zahlreicher und intensiver sind. Entsprechend haben sich vornehmlich Stadt- und Gemeinderäte zur intrafraktionellen und interfraktionellen Kooperation, die Migrationsbeiräte hingegen vor allem zum Austausch mit der kommunalen Verwaltung geäußert.

Die Befragten bewerten das Verhältnis in der eigenen Partei bzw. Fraktion jeweils als gut. Die Zusammenarbeit sowie der persönliche Umgang mit anderen in der eigenen Partei wird von fast allen als vertrauensvoll und sachorientiert beschrieben.

„Sehr gut, wie gesagt, ich habe ziemlich unten angefangen als einfaches Mitglied. Kurz danach wurde ich schon in den Vorstand gerufen oder bin gewählt worden, um einfach die Arbeit oder die Informationen zu bekommen, was die Fraktionen da in den Räten da machen. [...] Aber mit der eigenen Fraktion funktioniert die Arbeit sehr gut. [...] Auf jeden Fall, diese Unterstützung von der Fraktion ist gegeben und das freut mich. Wir besprechen sehr viel, haben einen engen Kontakt.“

Eine der befragten Personen hebt die guten Erfahrungen hervor, gerade mit Migrationshintergrund in der Partei akzeptiert worden zu sein, was eine Voraussetzung für das mittlerweile langjährige Engagement bildet.

Ich fand es auch etwas ganz Besonderes, da ist man schlichtweg bei der [eigenen Partei] nicht als Ausländer gesehen worden, auch andere. Ich glaube, [...] wenn ich jetzt andere Hautfarbe gehabt hätte oder wenn ich sprachlich vielleicht aufgefallen wäre, hätte das auch keine Rolle gespielt. Das fand ich immer toll. Das muss ich wirklich sagen. Da war der Mensch einfach nur der Mensch und nicht woher er kommt.

Wie alle politischen Akteure stehen auch die Befragten vor der Herausforderung, für ihre Ziele und Vorhaben zu werben und auch in ihren eigenen Reihen dafür Mehrheiten zu finden. Dieser Prozess der innerparteilichen Konkurrenz wird als durchaus mühsam und konfliktierend geschildert, hinsichtlich der innerparteilichen Demokratie äußern sich die Interviewten jedoch zufrieden.

Die Zusammenarbeit mit meiner eigenen Partei ist so wie in allen Parteien, Partei ist eine Partei und in einer Partei sind unterschiedliche Menschen, sie sind nicht alle deckungsgleich, sie denken nicht alle gleich oder haben nicht gleiche Ziele usw. Man verfolgt unterschiedliche Ziele in der Politik und kommt irgendwelche Grundsätze zusammen. Das ist auch in [meiner Partei] nicht anders. Aber [...] was mir Spaß macht und mich weiterhin auch beeindruckt, dass man da volles Mitbestimmungsrecht und Mitrederechte hat, nicht irgendwie aufgrund von Fähigkeiten eingeschränkt werden kann.

Interfraktionell ist vielleicht einfacher als mit der eigenen Partei. [...] Innerhalb der Fraktion oder der Partei sieht die Geschichte schon ganz anders aus und diese Erfahrung habe ich in den ersten 4 oder 5 Jahren gemacht, Zusagen, Versprechen oder Abmachungen sind Schall und Rauch, wenn sich die politischen Rahmenbedingungen verändern und ja man muss manchmal schon, um Gehör sich zu verschaffen auch mal lauter werden. [...] Aber im Großen und Ganzen haben wir in der Fraktion ein sehr gutes und sehr vertrauenswürdiges Verhältnis zueinander.

Eine befragte Person erläutert indessen die Schwierigkeiten, eigene Parteimitglieder für die besonderen Belange der Kommunalpolitik zu begeistern.

Und innerparteilich ist es natürlich so, dass viele Leute erst einmal nicht wegen der Kommunalpolitik in die Partei kommen. D.h. es ist immer ein Stückweit eine Herausforderung, die Leute für Kommunalpolitik zu begeistern.

Die Kooperation und der Austausch mit anderen Parteien und Fraktionen wird, mit Ausnahme rechtspopulistischer oder extrem rechter Mandatstragender, ebenso wie in der eigenen Partei als prinzipiell gut wiedergegeben.

Das kommt für mich nicht in Frage, da rede ich gar nicht über die. Leute, die solche Behauptungen von sich geben, das ist schon bezeichnend. Das kränkt und demotiviert.

Ansonsten mit anderen Fraktionen hängt das natürlich von der Fraktion ab. Man hat natürlich freundliche Beziehungen zu Leuten aus [anderen Fraktionen] zum Beispiel, das [findet] bei der AfD da natürlich nicht statt.

Natürlich habe ich aus meiner persönlichen Warte ein Problem mit [den ...] politischen Tätigen aus der NPD, da [einen] interfraktionellen Weg zu finden, zumal auch von der Seite nichts kommt.

Zwei Vertreter zweier (verschiedener) kleinerer Fraktionen bemängeln das große Gewicht der beiden Volksparteien, wobei eine Person darüber hinausgehend darauf hinweist, der Umgang bliebe solange freundlich, solange die eigene kleinere Partei im Verhältnis eine geringere Relevanz aufweise.

Es ist ja so, dass die beiden großen Volksparteien die Koalition haben und im Grunde genommen, man kann Ideen haben, die für das Gemeinwohl interessant sind, da wird zuerst grundsätzlich dagegen gehalten und irgendwann später bringen sie die Idee selbst als eigene Idee, um zu zeigen, wir haben das gemacht. Dieses Monopol zu haben, wir sind die Parteien, die bestimmen, gestalten, die führen. Das macht es schon ein bisschen schwierig, weil man als kleine Partei ausgegrenzt wird. Die kleinen Parteien, auch wenn sie zusammenhalten [...], haben da keine Chance. Also wirklich nur, wenn irgendein Thema oder Anliegen sehr unter der Bevölkerung angekommen ist und die Mehrheit der Bevölkerung, also die Kommune, dafür ist, dann akzeptieren sie, dann kann man etwas durchkriegen. Ansonsten wird zuerst einmal ablehnend reagiert.

Ich glaube, persönlich würde das sicher alles freundlich bleiben, aber von den politischen Möglichkeiten her, kann ich mir vorstellen, dass es kippen würde, wenn die Relevanz größer wäre.

Mehrere Interviewte führen als Grund für die gute Kooperation mit anderen Fraktionen die Spezifika der Kommunalpolitik heran. Hier sei eine größere persönliche Nähe zwischen den politisch Engagierten vorhanden und die anstehenden Themen könnten sachorientierter verhandelt werden. Die typischen kommunalpolitischen Probleme seien weniger ideologisch und konfliktiv aufgeladen als bei den anderen politischen Ebenen wie Land oder Bund.

Klar, manchmal kommt es zu irgendwelchem Zwist oder sonst noch was, aber meistens wird das sachlich geklärt und letztendlich, man sagt auf den Dörfern, wo eine kleine Gemeinde ist, ein paar Hundert Einwohner oder bis Tausend, wo jeder jeden kennt, kann man Vieles ohne Parteibuch oder was auch immer klären, nur durch dieses Engagement. [...] Aber letztendlich die Zusammenarbeit im Stadtrat, das kann ich von meiner Seite sagen, ist sehr gut. [...] Aber man kann sachlich das alles auf jeden Fall klären.

Das läuft in der Kommunalpolitik doch mehr freundschaftlich.

Die guten Chancen in einer Gemeinde, in einem informellen Kontext einander zu begegnen, fördern den Austausch.

Das sind Gelegenheiten, wo man mit den Leuten inoffiziell redet, nicht im Ausschuss, sondern einfach frei. Und meiner Meinung erreicht man Vieles bei solchen Treffen oder auf dem Fußballplatz oder im Stadion, da trifft Leute von der anderen Partei, von der anderen Fraktion und da kann man Dinge ansprechen.

Eine entgegengesetzte Erfahrung in der Zusammenarbeit mit anderen Parteien ist bei einem Mitglied eines Beirates für Migration und Integration zu beobachten, das von einem enttäuschenden Desinteresse seitens der anderen kommunalpolitischen Akteure, vor allem der Stadtratsfraktionen erzählt.

Trotz Einladungen an alle Stadtratsfraktionen für die Sitzungen des Beirats, waren nur ganz selten ein oder zwei [der Stadtratsmitglieder] anwesend. [...] Also man könnte sagen, totales Desinteresse. [...] Die meinten, sie wissen gar nicht, was die Ausländerbeiräte machen. Aber wir hatten die alle immer eingeladen, immer.

Eine in der Kommunalpolitik wichtige Akteurin ist die (Kommunal-)Verwaltung. Über sie werden Ressourcen bereitgestellt und als Teil der Exekutive prägt sie die unmittelbare Arbeit vor Ort. Mit der Verwaltung haben die Stadt- und Gemeinderäte meistens gute Erfahrungen in der Zusammenarbeit gemacht.

Dann mache ich vielleicht mal den ersten Schritt, das Persönliche. Die Erfahrung mit der Verwaltung hier ist auf der persönlichen Ebene sehr positiv. [...] Und auch persönlich bei Problemen mit der Verwaltung, was Fraktionszuschüsse angeht, was Anträge angeht usw., ist es eine sehr gute Kooperation.

Doch in [der Gemeinde] funktioniert alles ganz gut. [...] D.h. da gab es auch Unterstützung vom OB und von der Stadt.

Also im Rückblick betrachtet, ich hatte nie Probleme mit der Verwaltung, es war immer ein sehr offenes [Verhältnis] und ich hatte auch immer offene Türen, wenn ich Fragen hatte und wurde auch immer mit den Antworten so ausschöpfend [...] bedient, bis ich zufrieden war, da gab es nie Probleme. Das muss ich schon sagen, funktioniert hier im Haus sehr, sehr gut.

Von einem Befragten wird auf die Finanzierungsschwierigkeit für integrationspolitische Vorhaben eingegangen. Das Interesse der Verwaltung sei für diese Themen durchaus vorhanden, mit der Finanzierung gäbe es aber immer wieder Probleme.

Also ich finde einige Sachen laufen gut und einige Sachen ist es schwierig. [...] Wie gesagt, ich meine jetzt in Bezug auf Integration und Teilhabe, es wird schon Einiges angeboten, diese Bereitschaft der Verwaltung ist da, zu unterstützen. [...] Wenn wir jetzt sagen, hier ist der Bedarf groß, es muss gemacht werden, ja wir müssen zuerst überprüfen, ob da Geld da ist. Okay, Geld ist nie da.

Im Unterschied zu den Stadt- und Gemeinderäten äußern sich, auf die Kooperation mit der (Kommunal-)Verwaltung bezogen, die Migrationsbeiräte kritisch. Ein herausragendes Beispiel beschreibt die administrativen Vorbereitungen zur Durchführung der Beiratswahlen: Die mangelnde Kooperation spitzte sich so-

gar in einem Gegeneinander zu.

Damals hatten wir auch zu wenig Hilfe von der Kreisverwaltung bekommen, weil die müssen nämlich eine Liste haben von allen, die eingebürgert sind oder alle, die einen Migrationshintergrund haben. Ich weiß es bis heute nicht ob wegen Datenschutz oder sonst was, haben die nicht ausgerückt. Die waren auch nicht in der Lage oder wollten den Wahlbrief nicht an die Leute zu schicken. D.h. wir mussten selbst zu jedem, den wir kannten mit einem Formular, einer Einverständniserklärung, gehen. Diese Liste haben wir dann der Kreisverwaltung gegeben und nur an diese Liste wurden die Wahlunterlagen geschickt. [...] Da hatten wir auch kein gutes Gefühl gehabt. [...] Die [Verwaltung] war schon so kontra.

Das Zusammenspiel von Migrationsbeiräten und Verwaltung scheint gerade in ländlichen Regionen defizitär zu sein. Hier sind wohl eine gezielte Sensibilisierung von Verwaltungen für die Belange von Migrantinnen und Migranten sowie eine Schulung für Migrationsbeiräte über die rechtlichen Grundlagen ihrer Arbeit besonders nötig. Zu überlegen wäre auch, mehr Menschen mit Migrationshintergrund in die Verwaltung zu integrieren, um dort eine höhere Sensibilisierung für die Bedürfnisse und Situation der migrantischen Bevölkerungsteile zu erreichen.

Ein Grund für das mangelnde Zusammenspiel mag die zum Teil unübersichtliche Struktur von Institutionen und Behörden sein, mit unklaren oder sich überlappenden Befugnissen.

Wir haben eine zu große Anzahl an Institutionen, die sich mit dem Thema auseinandersetzen. Die einzelnen Institutionen machen das alles mit Engagement und mit viel Elan und mit den besten Absichten. Aber es führt dazu, dass man keinen konkreten oder keinen strukturierten Weg hat, wie man überhaupt mit den Menschen umgeht. Jeder versucht so ein bisschen an der Nummer herumzudoktern. Aber es gibt keine Strukturen. [...] Wir wollen eigentlich eine zentrale Verwaltung, wo ich in ein Haus gehe, wo alles ist und nicht in fünf verschiedenen Einrichtungen, drei verschiedene Stempel suchen muss.

Fasst man die Berichte zusammen, so ist die allgemeine Zusammenarbeit in den Kommunalvertretungen bzw. dieser mit den Verwaltungen nutzbringend. Die Beziehungen zwischen den Migrationsbeiräten und anderen kommunalen Akteuren sind freilich noch verbesserungswürdig. Allerdings gibt es auch gute Chancen für ein konstruktives Verhältnis. Die in der Kommunalpolitik vorhandene Nähe zu anderen (politischen) Akteuren und zu bürgerschaftlichem Engagement stellt eine gute Möglichkeit bereit, unterschiedlichen Herkünften und Interessen einen gemeinsamen Raum für Austausch und Debatte bereitzustellen. Damit können die Voraussetzungen für eine Zusammenarbeit

und ein besseres Klima zwischen allen Gruppen geschaffen werden. Unterschiedliche Belange und divergierende politische Ziele können dann in einem sachlichen Rahmen verhandelt werden.

Ich wollte sagen, wir hatten Glück in [unserer Stadt], aber das ist nicht vom Himmel gefallen, sondern die gute Zusammenarbeit mit allen entscheidenden Leuten, mit Leuten, die entscheiden, Verwaltung, Politik und Sozialverbände, Caritas, Arbeiterwohlfahrt, mit allen, und mit allen ethnischen Gruppen, die von Anfang an immer beteiligt wurden. Die heutige Situation ist das Ergebnis durch das [Zusammenwirken] all dieser Faktoren.

3.3 Integration und Diskriminierung

Der Grad politischer Partizipation von Bevölkerungsgruppen wird auch vom Grad der sozialen Eingliederung beeinflusst: „Partizipation erzeugt Partizipation“¹⁵³. Dabei kann grundsätzlich von der Annahme ausgegangen werden, dass mit steigender Eingliederung auch die Teilnahme am politischen Geschehen wächst.¹⁵⁴ Hierbei hat sich in der wissenschaftlichen Auseinandersetzung und im öffentlichen Diskurs der Begriff Integration etabliert.¹⁵⁵

In Bezug auf Migration wird unter Integration der Prozess der sozialen Eingliederung von eingewanderten bzw. zugewanderten Personen und ihrer Nachkommen in der Aufnahmegesellschaft verstanden. Dieser Prozess umfasst mithin nicht nur die unmittelbare Einwanderung sondern auch die Lebensverhältnisse der zweiten sowie folgenden Generationen von Migrantinnen und Migranten. Zu unterscheiden ist hierbei die Integration bei einzelnen Akteuren, gleichsam bei Individuen von der gesellschaftlichen Kohäsion als Ganzes.¹⁵⁶

Um Integration besser bestimmen zu können, ist eine dimensionale Gliederung dieses Begriffes nützlich. In Anknüpfung an Esser werden in dieser Studie vier Dimensionen unterschieden.¹⁵⁷ Kulturation meint den Besitz von Wissen, Fertigkeiten und Kompetenzen, die sich auf die Kenntnis wichtiger Regeln für typische Situationen beziehen. Unter anderem fällt Sprache darunter. Platzierung ist die Besetzung einer bestimmten gesellschaftlichen Position durch ein Individuum, wie etwa im Bildungssystem oder auf dem Arbeitsmarkt. Interaktionen „sind ein Spezialfall des sozialen Handelns, bei dem sich die Akteure wechselseitig über Wissen und Symbole aneinander orientieren und so, und über ihre Orientierungen und ihr Handeln, Relationen miteinander bilden.“¹⁵⁸ Sie bilden die soziale Dimension der Aufnahme von Kontakten und sozialen Beziehungen ab. Die letzte Dimension ist die Identifikation, d.h. der jeweilige Akteur nimmt eine Gleichheit seiner Person und dem soziale Gebilde (hier die Gesellschaft) an, er identifiziert sich mit ihr in Form eines Wir-Gefühls. Das kann auch als eine emotionale Dimension angesehen werden.

153 Van Deth, S. 196

154 Vgl. allgemein van Deth 2001, S. 195ff. Einen Zusammenhang zwischen der Erlangung der Staatsbürgerschaft und einem Anstieg der Politischen Partizipation auf gesellschaftlicher Ebene identifiziert Allenspach 2012, S. 69ff.

155 Vgl. Caballero 2009, S. 37ff.

156 Vgl. Löffler 2011, S. 12ff; Oberndörfer 2011; Hoerder/Lucassen/Lucassen 2008, S. 46ff.

157 Vgl. Esser 2001, S. 8ff.

158 Esser 2001, S. 10.

Grundsätzlich begreifen die Befragten das Konzept von Integration als zentrale gesellschaftliche Aufgabenstellung, wobei sie unterschiedliche Schwerpunkte setzen. Integration gilt als Voraussetzung für den sozialen Zusammenhalt in einer Gesellschaft.

Der Begriff Integration bedeutet für mich ein Verstehen, ein beidseitiges Verstehen verschiedener Kulturen und das Finden eines Konsenses zu einem friedlichen und harmonischen Zusammenleben. [...] Integration ist ein Begriff, der nicht die eine Wahrheit kennt oder eine andere, sondern es ist einfach ein Begriff, der sehr breit gefächert werden kann, also auch breit verstanden werden kann. [...] Deswegen ist es nicht möglich, dass es ein Vorgang ist von einer Partei, sondern es müssen immer zwei Parteien es wollen und daran beteiligt sein. Deswegen ist es so schwierig. Es ist ein Prozess, an dem immer zwei [...] Leute betroffen sind.

Einige problematisieren den Begriff, vor allem das Fehlen spezifischer Bewertungskriterien:

Also ich habe generell eher ein Problem mit dem Wort Integration. Das ist mir oft völlig unkonkret.

Ein Befragter bevorzugt den Begriff der Inklusion, der im Sinne einer allgemeinen Diversitätsforderung nicht nur Migrantinnen und Migranten, sondern alle Bevölkerungsteile umfasst.¹⁵⁹

Ich bin sowieso eher der Fan der Inklusion, wo man jeden aufzunehmen, wie er ist, wobei Viele das auch als Synonym verstehen.

Das Konzept der Inklusion lenkt den Blick stärker auf eine allgemeine Diversität, betont dergestalt den gesellschaftlichen Pluralismus, ohne eine Bevölkerungsgruppe wie Migrantinnen und Migranten hervorzuheben. Auf diese Weise sollen Stigmatisierungsprozesse durch eine permanent evozierte Sonderrolle vermieden werden. Soziale Eingliederung wird hierbei als Handlungsauftrag Aller postuliert und nicht auf die zu erbringende Integrationsleistung eines bestimmten Bevölkerungsteils reduziert.

In diesem Sinne betonen gleich mehrere Befragte die Beidseitigkeit von Integration, die nicht als ausschließliche ‚Bringschuld‘ der Migrantinnen und Migranten aufzufassen sei.

Integration muss von beiden Seiten kommen, nicht nur die Ausländer müssen in Deutschland integriert werden, die Deutschen müssen sich auch integrieren können.

159 Der Begriff Inklusion ist ursprünglich auf die vollständige Eingliederung von Menschen mit physischer oder psychischer Beeinträchtigung bezogen, hat jedoch in den letzten Jahren eine Erweiterung erfahren. Zum Konzept vgl. Stichweh 2005.

Integration fängt von beiden Seiten an, nicht nur Ausländer, auch Deutsche.

Gleichwohl sehen viele der Befragten auch die migrantischen Bevölkerungsteile in der Pflicht. Sie fordern diese auf, sich einer sozialen und politischen Teilhabe nicht zu verweigern. Vor allem die politische Repräsentation spielt eine herausragende Rolle.

Und da fordere ich manchmal auch, wenn ihr doch Teil dieser Gesellschaft hier sein wollt, weil ihr hier leben wollt, dann solltet ihr doch die Chance auch wahrnehmen, eure Ansichten zumindest mal zur Diskussion zu stellen in den Gremien, die letztendlich diese politische Gesellschaft umsetzen.

Integration oder Inklusion ist demnach eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die sich allen Bevölkerungsgruppen stellt und von allen gemeinsam angegangen werden muss. So sind die Adressaten für integrationspolitische Maßnahmen eben nicht nur Menschen mit Migrationshintergrund, sondern auch die (nicht-migrantische) Mehrheitsgesellschaft.

Eine der zentralen Voraussetzungen für jegliche Form von Eingliederung ist die Kenntnis der jeweiligen Landessprache bzw. der Erwerb entsprechender Kenntnisse.

Man muss gewisse Sprachkenntnisse haben, um einfach die Kommunikation herzustellen. [...] Deshalb ist es wichtig, dass die Sprachkurse laufen.

Wenn man sich gut versteht, geht alles. Das fängt auch wieder mit Sprache an. Wenn man die Sprache kennt, kommt man öfter mit Menschen zusammen.

Sprache hat unmittelbaren Einfluss auf die Art, den Grad und den Umfang von Sozialkontakten. Sie ist nicht nur die primäre Voraussetzung für Menschen mit Migrationshintergrund um überhaupt handeln zu können, sondern bestimmt auch die Chancen im Bildungssystem und auf dem Arbeitsmarkt.¹⁶⁰

Vielen der Befragten ist es wichtig, dass Integration nicht nur über gesetzliche Regelungen zu erreichen ist. Sie bedarf einer grundsätzlichen Bereitschaft, freiwillig und mit Überzeugung an dem gemeinsamen Ziel einer gleichberechtigten Teilhabe zu wirken.

Die Frage ist, ob Gesetze, ich glaube nicht, dass neue Gesetze Integration fördern, weil Integration beginnt eher in den Köpfen der Leute [als] in den Gesetzen. Ich glaube nicht, dass ein Gesetz jemand zwingen kann, jemanden ehrlich zu integrieren. Vielleicht kann ein Gesetz dazu führen, dass man so tut, als würde man jemanden integrieren, weil man es muss. Ich würde sagen, dass Integration nicht gesetzlich regelbar ist, sondern es ist eine gesamtgesellschaftliche ethische Frage.

160 Vgl. Esser, 2006.

In diesem Zusammenhang findet auch die emotionale Dimension Erwähnung. Nicht nur die formale Gleichberechtigung, also die Zuweisung gleicher Rechte und Pflichten für Personen mit Migrationshintergrund, ist den Interviewpartnern wichtig. Darüber hinaus sind Akzeptanz sowie eine positive Würdigung der Person und ihrer Leistungen ein wichtiges Kriterium dafür, wie sehr sich die betreffende Person der Gesellschaft zugehörig fühlt.

Ich würde für mich persönlich Integration so beschreiben, als eine Teilhabe in einer Gesellschaft, wo meine Leistung anerkannt ist, wo ich akzeptiert bin, dann fühle ich mich wohl. [...] Ich muss Anerkennung von den Leuten bekommen.

Auch auf die strukturelle Dimension von Integration gehen die Befragten ein. Hier stehen die Positionen der Individuen im sozialen Ungleichheitsgefüge im Vordergrund. Besonders betont wird dieser Aspekt von Vertreterinnen und Vertretern der politischen Linken.

Man könnte sagen Integrationspolitik ist auch Sozialpolitik und umgekehrt.

Das ist die beste Integration, wenn man einen Arbeitsplatz hat.

Bildung nimmt hierbei eine besonders wichtige Rolle ein. Allerdings sollte sie den Befragten zufolge nicht nur als Ressourcenausstattung zwecks besserer Chancen auf dem Arbeitsmarkt angesehen werden. Vielmehr stellt sie eine basale Voraussetzung für das Zusammenleben aller Bevölkerungsteile dar. Eine interkulturelle Öffnung und curriculare Akzeptanz des gesellschaftlichen Pluralismus, die Anerkennung der Diversität als soziale Realität und mithin deren Thematisierung in den jeweiligen Bildungseinrichtungen kann Verständnis für unterschiedliche Lebenssituationen und verschiedene Lebensentwürfe schaffen. Gleichzeitig sind die Bildungseinrichtungen nicht nur Lehrräume sondern auch Erfahrungsräume. Das dort Erlebte, Ausgrenzung oder Einbeziehung, prägt die weitere Lebenssituation und die bewusste Wahrnehmung gesellschaftlicher Konfliktlagen nachhaltig. Dies gilt für die jeweiligen Minderheiten und für die Mehrheit. Der Schule, in der sehr früh Impulse gesetzt werden, kommt eine entscheidende Bedeutung zu.

Und da muss man wirklich die Rolle der Schule neu definieren. [...] Aber die Schule muss wirklich Verantwortung haben, also eine neue Rolle spielen. Die Schule ist [wichtig], alle Kinder verbringen doch ihre Zeit in den Schulen, in den Bildungseinrichtungen.

Integration bedeutet nun nicht, alle Unterschiede einzuebnen oder einer einseitigen Assimilierung das Wort zu reden. Als fundamentales Ziel der Integration gilt für die Befragten, kulturelle und habituelle Unterschiede zwischen Migrantinnen und Migranten und der Bevölkerungsmehrheit nicht als Bedrohung oder Anomie zu postulieren, sie vielmehr als Selbstverständlichkeit in einer

pluralen und diversen Gesellschaft aufzufassen, wobei hierzu eine ständige Interaktion und Auseinandersetzung, also ein stetiger Dialog zwischen allen Subjekten nötig ist.

Absolut gelungene Integration ist nur möglich, wenn man diese Unterschiede, die wir jetzt auch ansprechen, nicht mehr anspricht, also dass es selbstverständlich wird.

Also mein Verständnis von Integration, ich hatte nur einen Schlüsselmoment, aber es ist nur eine persönliche Erfahrung, also wo ich wirklich dachte, hier habe ich von Anfang an ein anderes Gefühl von Integration. Das war, als ich in Kanada war und dort in der U-Bahn saß und so ein Gefühl hatte, das ich in Deutschland nicht habe. Da saß auf dem einen Sitz eine voll verschleierte Frau und daneben saß eine Frau mit einem Bikini-Oberteil und das schien nicht interessant. Es schien völlig normal. Es war ein Bild des Alltags. Ich hatte nicht den Eindruck, dass es ein Bild ist, das man besonders wahrnimmt, es gehört irgendwie zum Alltag. Das fand ich wirklich ganz schön, weil das irgendwie auch meine Idealvorstellung wäre, dass jeder so lebt, wie er es für richtig hält, jeder sich so kleidet, wie er es für richtig hält und damit in Ruhe gelassen wird. Erstens in Ruhe gelassen wird und natürlich im Idealfall, dass es auch da so einen Austausch gibt, dass man sich kennenlernt und auf keinen Fall nur so ein Nebeneinander, weil man das nicht mitbekommt. [...] Ich denke, den größten Fehler, den Viele machen, ist, dass der Dialog aufgegeben wird. Dass das Nebeneinander verstärkt wird, aber dass es da keine Verbindung gibt zwischen den einzelnen Gruppen. Ich würde es mir wirklich so vorstellen, dass zum einen so ein Bild möglich ist, wie ich es dort gesehen habe und dass es das Normalste auf dieser Welt war [...]. Dass man miteinander spricht, dass man was mitbekommt. Das vermisste ich oft.

Mehrere Interviewpartner loben in diesen Zusammenhang die integrationspolitischen Maßnahmen in Rheinland-Pfalz.

Ich habe viel zu tun in Rheinland-Pfalz mit dem Integrationsministerium, was viele solcher [Integrations-]Projekte fördert. [...] Da haben wir schon engere Kontakte und bekommen da viel mit. Wir haben auch den Eindruck, dass in Rheinland-Pfalz sehr viel passiert im Vergleich zu anderen Bundesländern und dass es eine deutlich größere Bereitschaft gibt, sich mit diesem Thema zu befassen, als es woanders der Fall ist.

Zum Themenkomplex der Integration und der damit verbundenen Herausforderungen gehören auch Diskriminierungserfahrungen von Menschen mit Migrationshintergrund.¹⁶¹ Im Folgenden sollen sowohl die eigenen Erfahrungen der Befragten mit Diskriminierung als auch deren Einschätzung über Rassismus als gesellschaftliche Erscheinung dargelegt werden. Dabei werden in dieser

161 Vgl. Scherr 2016.

Studie Ausgrenzungsprozesse als wichtige Faktoren hinsichtlich Integration und gleichberechtigter gesellschaftlicher Teilhabe und somit für die politische Partizipation verstanden.

Rassistische Ideologeme teilen Menschen in Gruppen ein, die als homogen betrachtet werden, und unterstellen ihnen eine kollektive Identität sowie unveränderliche Merkmale und Eigenschaften. Die Menschen werden kaum als Individuen beurteilt, sondern als Stellvertretende ihrer Gruppen. Rassismus umfasst Handlungen und Einstellungen, wonach aufgrund konstruierter biologischer oder kultureller Unterschiede Angehörige anderer Personenkreise als grundsätzlich anders oder minderwertig bewertet werden.¹⁶² Rassismus ist nicht auf eine exklusive Gruppe in der Bevölkerung beschränkt. Entsprechende Einstellungsmuster können in allen Bereichen der Gesellschaft vorkommen, auch in Teilen, die selbst wiederum Opfer von Ausgrenzung sind. Des Weiteren kann Rassismus als fiktive Konstruktion sich grundsätzlich gegen jedes Individuum richten, ungeachtet seiner tatsächlichen oder vermeintlichen Herkunft. Daher sind auch schwarze Menschen mit der deutschen Staatsbürgerschaft häufig Objekt rassistischer Einstellungen. Rassistische Einstellungen bedürfen nicht des Konzepts von Rassen, eine moderne Variante davon, die Ideologie des Ethnopluralismus behauptet die essentialistische und antagonistische Differenz von Kulturen, ohne auf einen klaren biologischen Bezug zu rekurrieren.¹⁶³

Vorne weg ist zu konstatieren, dass die Befragten Rassismus und Ausgrenzung in mehr oder minder starkem Maße erlebt haben.

Bei den Berichten zu Diskriminierung sind zwei Auffälligkeiten zu erkennen. Zum einen haben fünf der Befragten während der Aufnahme deutlich zurückgenommener über ihre eigenen Erfahrungen mit Rassismus berichtet. Nach Beendigung der Aufnahme haben diese Befragten die Art und Wirkung von Diskriminierung umfangreicher und schärfer formuliert. Zu vermuten ist, dass das Artificielle der Aufnahmesituation und die Wahrnehmung seitens der Befragten, die Aufnahme als gleichsam gespeichertes und offizielles Protokoll¹⁶⁴ anzusehen, zu dieser Diskrepanz geführt hat. Ein spezifisches Muster (Parteizugehörigkeit, Geschlecht, Alter und Ähnliches) bei den Befragten ist hierbei nicht zu erkennen.

162 Vgl. Miles 1991; Balibar/Wallerstein 2014; Rommelspacher 2009 und zum übergreifenden Konzept Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit Heitmeyer 2008.

163 Vgl. El-Tayeb 2016.

164 Dies gilt trotz der Zusicherung, die Aufnahme und deren Transkription anonym und vertraulich zu behandeln. Vgl. zu möglichen Beobachtereinflüssen Schnell/Hill/Esser 1992, S. 404ff.

Zum anderen ist bei vier Befragten ein Muster hinsichtlich der Beurteilung eigener Diskriminierungserfahrungen zu beobachten. Diese Befragten werten bestimmte Erlebnisse zunächst nicht als allgemein ausgrenzend oder messen ihnen nur eine geringe Bedeutung zu. Erst im Verlauf des Interviews werden entsprechende Erlebnisse als diskriminatorisch oder rassistisch eingeordnet bzw. ihnen eine größere Bedeutung für die Befragten eingeräumt.

So erläutert ein italienischer Befragter (mit Ausnahme der Anfangszeit) keine rassistischen Erfahrungen gemacht zu haben und berichtet jedoch wenig später von allgemeinen Zutrittsverboten für Italiener.

Nein, bis auf die erste Zeit, wo die Leute mich ausgelacht haben, wenn ich Deutsch gesprochen habe. [...] Sagen wir mal so, bei den Italienern kaum. Da ist auch eine Sache, die ich oft erzähle, aber interessant. Wir waren in den 60er Jahren die ersten Fremden hier im Lande, anders aussehende, fremde junge Männer. [...] Wir waren die erste Gruppe und wir wurden auch schief angeguckt. [...] Da ist ein Foto von einem Lokal [...], Eintritt verboten für Italiener auf Deutsch und Italienisch, in zwei Sprachen.

Ein anderer Befragter verneint, selbst Rassismus erlebt zu haben bzw. das Vorhandensein desselben in der Bundesrepublik, um dann seine negativen Erfahrungen mit einer Ausländerbehörde zu erläutern.

Ich sehe auch immer wieder, dass gerade in Deutschland ist der Rassismus nicht so [vorhanden], wie gesagt wird, überhaupt nicht. [...] In Deutschland geht es mehr um Leistung und nicht wie einer aussieht. [...] Persönlich, vielleicht habe ich es nicht ernst genommen. Ich sage immer, ich bin jetzt nicht so betroffen. [...] (D)ie Ausländerbehörde in [Ort], die sind total unfreundlich. Da hatten die damals einen Käfig mit Glas sowie Panzerglas. Da kommt man rein und da fühlt man sich nicht gewollt. [...] Es war wie im Knast. [...] Sobald einer da hinkommt, bekommt er Angst. Ich gehe zu dieser Behörde und da kriegt man Angst vor dem langen Flur und vor Gestaltung. Und dass die Leute auch unfreundlich waren.

Der Befragte hatte sich allerdings über den Migrationsbeirat bei der Behörde beschwert und eine Änderung der räumlichen Bedingungen erreichen können:

Aber nachher haben die das Glas weggemacht. Und haben einen Aufenthalts- oder Warteraum, aber das ist am Ende des Flurs, geschaffen, wo man ein bisschen warten kann. So sind Sachen auch zu ändern.

Über seine ähnlichen Erfahrungen mit einer ‚Ausländerbehörde‘ berichtet ein Anderer:

Dass man Leute einfach geduzt hat bei der Ausländerbehörde. Das sind Dinge, die mich immens gestört haben, weil ich habe gewusst, das sind Leute, die hatten einen Dokortitel oder waren wie auch immer akademisch und da haben quasi [...] irgendwelche Angestellte der Stadt die dann behandelt, als

wenn sie kleine Kinder oder Deppen wären.

Einer der Befragten, die angaben, keine Ausgrenzung erlebt zu haben, betont indes die Wichtigkeit und daher den möglichen Zwang, als Deutscher wahrgenommen zu werden bzw. wahrgenommen werden zu müssen, um nicht ausgegrenzt zu werden.

Es ist auch so eine Sache. Ich selber sehe mich ja nicht als Migrant. [...] Von daher habe ich, da bin ich ehrlich, ich habe nie das Gefühl gehabt, in irgendeiner Art und Weise aufgrund meines Migrationshintergrunds benachteiligt worden zu sein. [...] Genau, das wird ausgeklammert. Also ich wurde sogar eher von denen Leuten, die vielleicht so eher rechts, vielleicht vom Gedankengut eher etwas rechts gesinnt waren, wurde ich als Deutscher aufgefasst, weil ich sonst in ihr Weltbild nicht gepasst hätte. Deswegen habe ich wirklich das Glück, dass ich Negatives oder Beschimpfungen, also ernstgemeinte Beschimpfungen, dass es bisher so nicht passiert. [...] Sondern du machst ja wirklich was, so nach dem Motto, alle anderen Ausländer arbeiten nicht. [...] Der [Name] ist ja auch Migrant, aber der macht hier alles und so, nee, nee, der [Name] ist dann Deutscher.

Der recht auffällige Befund bei denjenigen Befragten, die eingangs eigene Ausgrenzungserfahrungen zu verneinen oder zu relativieren, und dann später spezifische Erlebnisse oder Begebenheiten als diskriminierend zu beschreiben, mag in der Vermeidung einer Opferhaltung liegen. Der permanente Bezug auf die eigene Ausgrenzung und Einschränkung der persönlichen Handlungsautonomie kann zu einer Lähmung führen. Daher könnte die relativierende Wahrnehmung der Befragten hinsichtlich Rassismus als Strategie zur Bewahrung der eigenen Handlungsfähigkeit und Selbstermächtigung gelten.¹⁶⁵

Insgesamt berichten die meisten Befragten von eigenen, persönlichen Erfahrungen mit Rassismus.

Oh ja doch schon in der Schule [...]. Es sind so Dinge, die man einfach merkt, dass man so ein Stückweit unbewusst auch von den Menschen ausgegrenzt wird in Gesprächen. [...] Ich war der einzige Farbige unter 2.500 Schüler. Auch das war damals sehr eigenartig. Alle Farbigen, die ich so aus dem Bekanntenkreis habe, sind alle damals auf die Hauptschule gegangen. [...] Da hatte ich schon zu kämpfen, als Kunta Kinte verschrien zu werden oder Nigger genannt zu werden und eigentlich nicht so richtig wusste, wie du darauf reagierst. Da bin ich schon des Öfteren weinend nach Hause nachmittags gekommen.

165 Hier kann der psychologische Ansatz der Selbstwirksamkeit zur Erklärung beitragen, vgl. Bandura 1977.

Früher, als ich noch regelmäßig in Discos gegangen bin, habe ich das schon oft erlebt, dass ich nicht reingekommen bin mit meinen anderen schwarzhaarigen Kumpels so, aber sonst wurde fast jeder reingelassen. Das ist so eine Standarderfahrung, die viele Leute machen mit Migrationshintergrund, die auch einen sichtbaren Migrationshintergrund haben.

[A]ber dadurch, dass ich meine Eltern zu allen möglichen Behörden begleite, weiß ich auch, dass es leider immer noch auf der Tagesordnung steht. Also ganz aktive Erfahrungen von Ausgrenzung seitens der Institutionen oder seitens von Einzelpersonen. Da weiß ich leider, dass es zum absoluten Alltag weiterhin gehört.

Allerdings haben insgesamt die eigenen Erfahrungen mit Ausgrenzung nahezu keine unmittelbaren Auswirkungen für das politische Handeln der Befragten. Nur zwei Befragten geben an, dass Rassismus das eigene politische Engagement beeinflusst.

Aber man hat schon manchmal so das Gefühl, wenn sich [die eigenen Parteimitglieder] Gedanken darüber machen, wie man am besten nach außen wirkt, ob es dann so klug ist, einen Migranten als Spitzenkandidat zu machen oder solche Fragen schwingen dann manchmal mit. [...] Ansonsten natürlich bin ich auch schon öfter rassistisch beleidigt worden, gerade wenn man als Politiker in der Öffentlichkeit steht und egal zu welchem Thema man sich äußert, kommt das auch immer, dass man sich dahin verpissen soll, wo man hergekommen ist.

Ein Interviewpartner erläutert das Phänomen, sich als Mensch mit Migrationshintergrund gegenüber der Mehrheitsgesellschaft, auch in der eigenen Partei, besonders beweisen zu müssen. Um Anerkennung zu finden muss er mehr leisten als seine Parteikollegen ohne Migrationshintergrund.

Und da habe ich gelernt, dass man als Mensch, wenn man das heute betrachtet mit Migrationshintergrund, wo eine gewisse Anerkennung zu erreichen, mehr machen muss wie andere. Das ist heute noch so. [...] Aber auch da habe ich gemerkt, um in verantwortungsvolle Posten zu kommen, musst du mehr tun wie andere. Und das ist in vielen Belangen immer so. Auch in meiner Fraktion. Man muss beweisen, dass man Wissen hat, man muss es nicht nur haben.

Rassismus und Diskriminierung werden von den Befragten als allgemeine gesellschaftliche Erscheinung konstatiert. Dabei weisen vor allem Vertreterinnen und Vertreter der Parteien links von der politischen Mitte¹⁶⁶ auf strukturelle Bedingungen von Diskriminierung hin.

166 Mitte-Links umfasst PDL, Grüne und SPD, Mitte-Rechts FDP, CDU und CSU.

Und die Bildungspolitik, die Integrationspolitik, das geht ja ineinander. Dass Menschen zum Beispiel hier geboren sind, auf die Schule gehen und doch aufgrund ihres Hintergrunds bzw. aufgrund ihrer familiären Verhältnisse nicht weiterkommen können wie ihre Gleichaltrigen. [...] Vielleicht kann man so eine rassistische Tendenz erkennen.

Die umfangreiche Betonung von gesellschaftlichen Strukturbedingungen in der politischen Linken überrascht insofern nicht, als zum einen der Abbau struktureller sozialer Ungleichheit ein wichtiges programmatisches Element darstellt und zum anderen in deren Programmatik Migration und die Bekämpfung von Rassismus schon seit langer Zeit eine größere Rolle spielen. Somit kann von einer höheren Sensibilität bei diesem Thema ausgegangen werden.¹⁶⁷

Zusammenfassend haben die Befragten das gleiche Ziel einer Gesellschaft, in der Migrantinnen und Migranten sowie die deutsche Mehrheitsgesellschaft friedlich zusammenleben und grundsätzlich gleichberechtigt und gemeinsam handeln, so dass die Herkunft keine vordergründige Rolle mehr spielt. Die integrationspolitischen Maßnahmen sollten laut der Befragten sich sowohl an Migrantinnen und Migranten als auch an Personen ohne Migrationshintergrund richten.

Zwar geben die meisten Befragten an, dass beispielsweise Rassismus keinen unmittelbaren Einfluss auf ihr eigenes politisches Handeln habe. Allerdings legen ihre Berichte dennoch nahe, ein besonderes Augenmerk auf Erfahrungen von Diskriminierung und Exklusion zu legen und die Bekämpfung entsprechender Ressentiments und Einstellungsmuster zu einem der Schwerpunkte von Integrationspolitik zu machen.

167 Vgl. Wüst 2013, S. 215 und Roth 2017, S. 67. Am Beispiel der deutschen SPD und der französischen PS zeichnet dies Volkert 2017 nach.

3.4 Migrantische Netzwerke und Beiräte für Migration und Integration

Die meisten Befragten haben Kontakte zu migrantischen Netzwerken oder sind selbst Teil davon. Dabei bewegen sie sich nicht nur in ihrer eigenen Community, vielmehr stehen sie – auch aufgrund ihrer politischen Funktion – in einem beständigen Austausch mit vielen migrantischen Gruppen.

Wir haben eine sehr starke russlanddeutsche Community oder auch teilweise Russen, die verheiratet sind, die Aussiedler. Da habe ich sehr gute Kontakte zu dieser Community, [bei der] polnischen [Community] kenne ich auch etliche.

Die Stadt hat aus ihrem Haushalt für die Umsetzung des Integrationskonzeptes [Gelder bewilligt] und dazu sind wir in diesem Beirat mit den Sozialträgern zusammen, [...] um dann Vereine, die Integration-, Migrationsarbeit [machen] zu unterstützen mit ihren Projekten, die sie gerne haben. Von daher hat man natürlich schon einen sehr engen Kontakt zu all diesen Vereinen, zu all diesen Personen. [...] Durch den Migrationsbeirat natürlich ist man hier oder ich selbst als Farbiger sowieso dann zwischen den beiden Stühlen immer direkt verortet.

Zwei Befragte geben jedoch an, sich vornehmlich mit politisch agierenden Migrantinnen und Migranten auseinanderzusetzen. Einer davon betont deutlich, dass es ihm um politisch Handelnde ginge, der Migrationshintergrund dabei keine Rolle spiele.

Ich habe eher mit migrantischen Community zu tun, die sich bewusst politisch äußern. [...] Die Vereine, die auch relativ groß sind, aber sich wenig politisch äußern, da ist der Kontakt sehr gering oder fast gar nicht [vorhanden].

Also ich denke, inzwischen ist es für mich ziemlich zur Gewohnheit geworden, dass ich [zwischen] politischen Menschen oder nicht-politischen Menschen [unterscheide], es eher so definiere, weil egal ob Migrant [oder] Nicht-Migrant, es kommt immer darauf an, wie politisch sie eingestellt sind, ob sie jetzt Migranten sind oder nicht spielt da keine Rolle.

Wiederum zwei Befragte haben nahezu keinen Kontakt zu migrantischen Organisationen.

Erstens muss ich sagen, dass ich deutlich mehr Kontakt habe mit Menschen ohne Migrationshintergrund in der Kommunalpolitik, weil es tatsächlich auch gar nicht mal so viele gibt. Aber so in der innerstädtischen Politik eh wenig. [...] Prominente migrantische Akteure hier [...] sind auf jeden Fall nicht prominent. Die machen ihre Arbeit in ihrer Community, aber nach außen sieht man die dann vielleicht mal beim internationalen Fest oder so. Aber so im städtischen politischen Alltag komme ich da eher selten mit in Berührung.

Benötigt habe ich keine und ich habe auf Anhieb keine Kontakte gehabt. Ich war, was das betrifft, komplett integriert.

Ein Befragter, der sich hauptsächlich mit jugendpolitischen Themen beschäftigt, legt den Schwerpunkt seiner Betrachtung auf jugendpolitische Organisationen.

Kontakte zu Mitgliedern mit Migrationshintergrund aus anderen jugendpolitischen Organisationen so nicht, nein. Es gibt auch keine Organisation, die diese Migranten zusammenfasst. Es gibt den Beirat Migration Integration, es gibt die Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte in Rheinland-Pfalz [AG-ARP], aber es gibt jetzt nicht irgendwie eine Organisation, jugendliche Migranten mit politischem Engagement parteiübergreifend [zu organisieren], das gibt es nicht.

Eine größere Rolle spielen kulturelle Vereine, insbesondere Sportvereine, für die Kontaktpflege. Häufig werden auch von den Gemeinden organisierte multikulturelle Feste genannt, die Begegnungen von allen Bevölkerungsteilen ermöglichen. Die Regelmäßigkeit dieser Feste, gleichsam als institutionalisiertes Ereignis erhöht die Sichtbarkeit der Vielfalt migrantischen Lebens.

Die Arbeitsgemeinschaft der Beiräte für Migration und Integration Rheinland-Pfalz (AGARP), die als Dachorganisation der Migrationsbeiräte fungiert und die Belange der eingewanderten Bevölkerung gegenüber der Landesregierung, dem Landtag, den Parteien und der Öffentlichkeit vertritt, ist allen Befragten bekannt. Mehrere der Befragten, die entweder zu einem früheren Zeitpunkt in den Migrationsbeiräten wirkten oder sich gegenwärtig dort engagieren, haben an Tagungen und Fortbildungen der AGARP im Rahmen ihrer Arbeit teilgenommen. Bei den Aktiven ist der Informationsstand sehr hoch.

Bei den Berichten und Erfahrungen zu den Beiräten für Migration und Integration liegt eine große Bandbreite, teils sehr widersprüchlicher Einschätzungen vor. Zum besseren Verständnis der Äußerungen soll hier an die Modalitäten für die Migrationsbeiräte in Rheinland-Pfalz erinnert werden (siehe Kap. 2.3.3). In Gemeinden und Kommunen mit einer bestimmten Anzahl von ausländischen Bürgerinnen und Bürgern müssen, anderenorts können Migrationsbeiräte eingerichtet werden. Sie werden von der ausländischen Bevölkerung bzw. auf Antrag auch von Eingebürgerten gewählt. Weiterhin können die kommunalen Vertretungsorgane, z.B. der Stadtrat, auch Mitglieder (ungeachtet eines Migrationshintergrundes) für die Beiräte berufen, wobei deren Gesamtanteil ein Drittel nicht übersteigen darf. Die Migrationsbeiräte haben lediglich eine konsultative Funktion und keinerlei Entscheidungsbefugnisse.

Zwei Befragte berichten von positiven Erfahrungen in ihrer Arbeit als Migrationsbeiräte. Es zeigt sich die Wichtigkeit, möglichst alle Akteure einzubinden. Das betrifft alle Migrationshintergründe (also alle ethnischen Herkunft), Stadt- und Gemeinderäte und die Verwaltung, besonders was einen beständigen Informationsaustausch aller Beteiligten anbelangt. Ein Befragter stellt dabei das notwendige Selbstbewusstsein gegenüber der etablierten Politik heraus.

[Ich habe]von Anfang an immer die Kontakte gesucht und [mit] allen ethnischen Gruppen in [meiner Stadt] [Kontakt gehabt]. [...] D.h. wir haben die Vereine immer alle eingeladen zu Sitzungen des Beirates, auch Ausländerbeirat, immer, die sollen mitwirken, das ist für mich das Verständnis. [...] [A]lso von allen ethnischen Gruppierungen gibt es Vereine und ich habe immer mit den allen zusammengearbeitet.

Und wenn wir eine Sitzung haben ist es alleine schon so interessant, den Berichten zuzuhören, dann haben wir einen, der ist im Beirat Migration, einer berichtet aus dem Kreistag, ein anderer aus dem Stadtrat und der andere berichtet wieder von woanders. Das heißt also, wir haben einen extrem interessanten und guten Informationsfluss, wo auch die jungen Leute, die bei uns sitzen, sagen, ja es ist ja wirklich interessant. Wir sind nicht jetzt irgendwie Kinder im Sandkasten, die von den Großen etablierten Politikern vor Ort gesagt bekommen, spielt mal in eurem Sandkasten und mischt euch aber bitte nicht in die richtige Politik ein.

Vielen Befragten stößt aber die Beschränkung der Migrationsbeiräte auf eine rein beratende Funktion negativ auf.

Was mich damals schon gestört hat, war, dass nur die Beiräte praktisch nur eine Beratungsfunktion haben. [...] Was bringt mir das eigentlich, wenn ich mich politisch aufstelle oder mich wählen lasse für die Leute und ich muss eigentlich für die Leute mitentscheiden, aber ich darf das nicht, ich mache mich eigentlich schon selbst ein bisschen lächerlich. [...] Ich bin dann nur dort, um einer Funktion zu genügen. [...] Die Beiräte wurden damals als ein Ersatz, als ein politisches Angebot für die Migranten angeboten, was eigentlich nicht schlecht ist, aber es ist nicht ausreichend. Da was zu beschließen und mitgestalten ist nur möglich, wenn es an den Stadtrat weitergegeben wird und der Stadtrat bestätigt oder darüber entscheidet. Die Entscheidung trifft der Stadtrat und nicht der Beirat. Der Beirat kann nur empfehlen. [...] Es ist so ein bisschen eine Alibifunktion.

Ich weiß nicht, ob das möglich ist [...], dass die Beteiligungsmöglichkeiten der Beiräte erhöht werden müssten.

Mangelnde Kooperation bzw. Desinteresse haben bei einem Interviewpartner zu großer Enttäuschung geführt.

Zu jeder Sitzung und zu jeder Sitzung hatten wir höchstens die Beigeordnete des Bürgermeisters, weil der Bürgermeister keine Zeit hatte und vielleicht eine von den Grünen, ganz selten auch mal jemand von der Presse. Dann mussten wir uns anhören, dass der Stadtrat gar nicht wüsste, was im Ausländerbeirat ging. Das hat mich wirklich wütend gemacht, weil ich habe jedes Mal, ich [hatte] viele Jahre [den Vorsitz], ich habe jedes Mal alle eingeladen und es hat keiner abgesagt, aber [es] kam auch keiner.

Eine besonders schlechte Erfahrung lag bei einem Migrationsbeirat vor, der sogar von einem Gegeneinander von Beirat und Verwaltung spricht. Allerdings wird das Gremium selbst dafür verantwortlich gemacht, da es von vorneherein misstrauisch, destruktiv und konfrontativ den anderen Akteuren gegenübergetreten sei.

Ich würde eher sagen so eine Gegenarbeit, so eine gegensätzlich ausgerichtete. [...] Was heißt gegensätzlich. Der Beirat hatte am Anfang, [...] diese homogene Gruppe [...]. Aber der Beirat vertrat konsequent die Position, der Bürgermeister kümmert sich sowieso nicht, der interessiert sich sowieso nicht für uns und alles, was er macht, ist irgendwie gegen uns. Und ich habe wirklich einen ganz anderen Bürgermeister erlebt und zwar einen, der interessiert gewesen wäre an einer richtigen Zusammenarbeit. [...] Aber was die Zusammenarbeit angeht von der Stadtverwaltung her, also denke ich schon, dass da ein Interesse bestand, dass dieser Beirat tatsächlich ein richtig funktionierender sein soll [...]. Ich würde das lokale Problem hier ganz eindeutig bei dem Beirat sehen und deutlich weniger bei der Stadtverwaltung.

Als Grund hierfür führt der Befragte die homogene Zusammensetzung des Migrationsbeirates an. An dieser Stelle muss noch auf eine Besonderheit der Listen zur Wahl von Migrationsbeiräten eingegangen werden (siehe Kap. 2.3.3. und 6.4.). Häufig sind die Listen nach ethnischen Kriterien strukturiert, das heißt, auf den Wahllisten werden ausschließlich Personen mit der gleichen Nationalität aufgestellt. Daraus resultiert in den Beiräten ein Übergewicht der Personen mit türkischer Staatsbürgerschaft. Die zahlenmäßige Dominanz entspricht zwar der tatsächlichen Proportion in der Gesellschaft, führt aber in dem Gremium zu einem Übergewicht mit der Gefahr, dass hauptsächlich Sonderinteressen eines bestimmten Bevölkerungsteils und nicht aller Migrantinnen und Migranten vertreten werden. Ein anderer Befragter führt an, dass daher viele andere Akteure der Arbeit der Migrationsbeiräte mangelnde Legitimation zugeschrieben.

Die homogene Zusammensetzung des Beirates nach Nationalitäten, Religionen und so weiter verursacht eine verringerte Legitimität [...] [Es] besteht der Eindruck, dass diese Beiräte nur Partikularinteressen vertreten und nicht die Interessen der Bevölkerung mit Migrationshintergrund insgesamt.

Diese Kritik wird von gleich mehreren Interviewten geteilt.

Das Interesse der Bürger mit Migrationshintergrund, es sollten alle Nationalitäten repräsentiert werden. Es gibt Gruppen, die unterrepräsentiert sind. Was haben wir? Homogene Beiräte mit meistens türkischen Leuten und dann sagen die anderen, [...] was soll ich da machen? [...] Da war die Verwaltung, da hat die [einheitliche Beschaffenheit] die Legitimität ein bisschen verhindert. Die haben nur Interessen [ihrer] Landsleute, nur das und das war es. Wir sollten die Interessen aller Ausländer repräsentieren. Das ist das Problem.

Aber es ist kein Querschnitt.

Weil ich auch eigentlich nichts von diesen ethnischen, kulturellen Listen halte. Dadurch wird auch meiner Auffassung nach die politische migrantische Szene falsch abgebildet.

Was ich mir wünschen würde, ist zum Beispiel, dass der Beirat für Migration und Integration ein bisschen politisierter würde. [...] Als ich vorhin meinte, ich fände es gut, wenn man diese Beiräte politisieren würde, meinte ich tatsächlich auch, [...] dass da jetzt nicht irgendwie Parteipolitik unbedingt damit reingehört, aber dass man sich schon hinter Ideen sammeln sollte und nicht hinter Nationalitäten. Absolut. [...] So ein bisschen Politikwürze im Beirat finde ich mal gar nicht so schlecht.

Für einen anderen Befragten ist die homogene Zusammensetzung vieler Migrationsbeiräte unter bestimmten Umständen sogar von Vorteil.

Es kommt halt immer darauf an, was für Leute da aktiv sind. [...] Es kann natürlich, wenn die Volksgruppen zu groß sind, zum Überhang der Vertretung einzelner Interessen führen. Das ist die einzige Begründung, die mir dagegen einfällt. Ansonsten kann das auch, wenn so eine Gruppierung offen ist, weltoffen ist, was sie sein sollte, kann es auch ein Vorteil sein, weil sie in sich homogener ist und in sich schlagkräftiger, wortgewaltiger oder effektiver sein kann gegenüber dem Staatsapparat, sage ich jetzt mal.

In diesem Kontext ist deswegen immer wieder zu betonen, dass migrantische Menschen keine homogene Gruppe darstellen. Auch unter ihnen gibt es (selbstverständlich) Konfliktlagen und Interessensunterschiede.

So, wie sich die Erfahrungen unterscheiden, sind auch die Einschätzungen darüber verschieden, ob Migrationsbeiräte eher partizipationsfördernd oder -hemmend sind.

Ich finde sie sind integrationsfördernd, weil sie ein Bindeglied darstellen.

Ich habe die [in meiner Stadt] mitbegründet [...]. Ich finde sie für sinnvoll. [...] Wir haben in den 90er Jahren einen Kulturdezernenten, der hat uns die Tür vom Rathaus geöffnet. Davor war das Rathaus, die Politik der Stadt, die

kommunale Politik, für die meisten Migranten ein unbekanntes Wesen. Das ist heute noch so für Viele. Die erste Legislaturperiode vom Ausländerbeirat waren die Listen nach Nationalitäten [gestaltet]. Da habe ich eine italienische Liste zusammengestellt, die Kroaten haben ihre Liste, die Türken haben ihre Liste. Die Vietnamesen hatten damals ihre Liste und ihre Leute zu Wahlen ins Rathaus gebracht, einen Autodienst am Wahltag organisiert. Das ist so eine Vorstufe, wenn man so will, von politischem Engagement. Viele Leute wären ohne diese Geschichte mit dem Ausländerbeirat vielleicht überhaupt nicht in Kontakt mit der Politik gekommen. [...] Das waren meine Bemühungen bis heute noch, [ich habe] immer Leute aus allen ethnischen Gruppen animiert, mitzumachen.

Der Gedanke, die Migrationsbeiräte als Lernort für politisches Handeln zu begreifen, als Möglichkeit anzusehen, Kenntnisse zum politischen Umgang zu erhalten und zur Einübung demokratischer Verfahrensstandards wird von einem anderen Befragten näher elaboriert.

Ich sehe ihn aber trotzdem als extrem sinnvolle Einrichtung [...]. Aber es ist viel, viel wertvoller aus dem Aspekt, dass der Beirat Migration, Integration ein Einstiegstor ist für junge Leute mit Migrationshintergrund, die es sonst so gar nicht schaffen, ohne politisch, ich sage mal, sich für eine Partei zu entscheiden, Politik zu betreiben. [...] Und aus diesem Grund a) Einstieg für junge Leute in die Kommunalpolitik und b) einfach mal das üben, wie funktioniert Politik. Es ist ja Politik light. Allein mal die Systematik kennenzulernen, finde ich für junge Leute, die in dem Beirat aktiv sind, extrem wichtig und deswegen würde ich ihn sehr ungern missen, also den Beirat als Institution.

Manche weisen den Migrationsbeiräten eine nur eingeschränkt partizipationsfördernde Wirkung zu, vor allem wegen der fehlenden Entscheidungsbefugnisse sowie der unzureichenden Ressourcenausstattung.

Hemmend kann man eigentlich nicht sagen. Fördernd ja, aber in sehr begrenztem Maß. Die Beiräte müssten eigentlich aktiver werden. Um aktiver zu werden, braucht man eigentlich auch eine gewisse Finanzierung. Also man kann in dieser Form die Migrationsbeiräte nicht richtig aktivieren und auch nicht als politische Vertretung der Migranten ansehen, weil der Beirat selbst hat nur eine beratende Funktion, keine Entscheidungskompetenzen.

Schließlich stehen für einige die Migrationsbeiräte dem Integrationsziel entgegen und wirken dabei kontraproduktiv.

So wie ich die konkret erlebe, ich bin nämlich auch selber Mitglied im Migrationsbeirat [als Berufener]. So wie ich die erlebe, halte ich die für integrationshemmend. [...] Diese Beiräte, wie schon gesagt, sind eine Maßnahme, die so eigentlich gar nichts zur Integration beiträgt.

Das konkrete Beispiel, das ich kenne, war auf jeden Fall integrationshemmend,

Einige Interviewpartner beziehen sich auf Eingebürgerte, die auf Antrag hin durchaus an den Wahlen zu den Migrationsbeiräten teilnehmen dürften, es aber aus identitätspolitischen Gründen unterließen. Man darf vermuten, dass der Migrationsstatus als Stigma empfunden wird.

Viele identifizieren sich mit diesem Begriff Ausländer überhaupt nicht bzw. fühlen sich vielleicht so, aber wollen nicht damit kategorisiert werden.

Da waren so eingebürgerte Mitbürger mit Migrationshintergrund, die einen deutschen Pass hatten, die wollen sich gar nicht so ausgeben als Migranten.

Die Kritik zusammenfassend, wünschen sich die meisten Befragten eine Ausweitung der Befugnisse und bessere Mittelzuweisungen.

Es wäre schön, wenn wir mehr dürften und wenn wir mehr Geld hätten.

Einige aber haben weiterreichende Forderungen, nämlich nach einer residenz-basierten Ausweitung des Wahlrechts für alle Migrantinnen und Migranten.

Und ich glaube, es wäre einfach besser, wenn sie sich selber politisch äußern können bei Kommunalwahlen, bei Landtagswahlen, bei Bundestagswahlen, wenn sie lange genug hier wohnen.

Die Funktion, Struktur, Befugnisse und konkrete politische Ausgestaltung der Migrationsbeiräte werden also insgesamt sehr kontrovers diskutiert. Die ethnisch homogene Formation der Beiräte wird aber von den meisten Befragten ablehnend beurteilt.

3.5 Politische Partizipation

Das dieser Studie zugrundeliegende Verständnis von Politischer Partizipation begreift diese als zielgerichtetes Handeln. Dieses kann vielfältige Formen annehmen. So stehen beispielsweise verfasste Formen der Partizipation wie die Beteiligung an Wahlen und Abstimmungen nicht-verfassten Formen wie Unterschriftenlisten oder dem Kontaktieren von Politikerinnen und Politikern gegenüber. Insgesamt kann die Politische Partizipation in vier Dimensionen eingeteilt werden, die eine große Anzahl von Handlungsoptionen beinhaltet. Personen mit Migrationshintergrund steht hierbei nicht der volle Umfang der elektoralen Partizipationsmöglichkeiten zur Verfügung. Es dürfen nur deutsche Staatsbürger das aktive und passive Wahlrecht ausüben. EU-Bürger dürfen sich an den Kommunal- und EU-Wahlen beteiligen.¹⁶⁸

Als grundlegendes Ergebnis der politikwissenschaftlichen Forschung wurde in Kapitel 2.3 festgehalten, dass Personen mit Migrationshintergrund geringere Anteile bei den partizipativen Handlungen und deren Vorbedingungen (Determinanten) aufweisen, als die Gesamtbevölkerung. Diese Feststellung relativiert sich aber mit zunehmender Aufenthaltsdauer.

Das Phänomen einer geringen Beteiligung von Personen mit Migrationshintergrund zeigt sich auch in den Erzählungen der Interviewpartner dieser Untersuchung. Nahezu alle Befragten sprechen von einer geringen Beteiligung der Menschen mit Migrationshintergrund.

So etwa diese beiden Befragten, die gewählte Mitglieder eines Stadtrates sind, allerdings in unterschiedlichen Kommunen.

[...] in der politischen Welt erlebe ich es, dass es sehr wenig ausgeprägt ist, dass man Menschen, die einen Migrationshintergrund haben oder aber auch, die noch relativ jung hier sind in Deutschland, die bindet man sehr schwer ein in das politische Tägliche.

Erstens muss ich sagen, dass ich deutlich mehr Kontakt habe mit Menschen ohne Migrationshintergrund in der Kommunalpolitik, weil es tatsächlich auch gar nicht mal so viele gibt. Ich bin hier im [Ortsname] Stadtrat der Einzige, der keinen deutschen Pass hat. Also es gibt schon Leute mit Migrationshintergrund, die auch mit deutschem Akzent sprechen. In der Verwaltung habe ich auch das Gefühl, so viele haben wir da nicht mit Migrationshintergrund. D.h. in der politischen Blase ist es schon eher weniger.

Die geringe Beteiligung wird bedauert und sich ein stärkeres Engagement gewünscht. Darüber hinaus liefern die Befragten Erklärungen für die schwache Beteiligung.

168 Siehe Kapitel 2.1 und 2.3.

Zunächst geht dieser Befragte auf die schwierige Situation von Menschen mit Migrationshintergrund ein.

Aber wie gesagt, ich kann verstehen, wenn jemand irgendwie den Umzug aus einem fremden Land hierhin organisiert [hat] und dann müssen die Kinder noch in die Schule, und Sprachkurs und hier und da, dass man dann keine Zeit hat, sich politisch zu engagieren.

Außerdem wird als Argument angeführt, dass es für sprachunkundige oder bildungsferne Menschen schwierig ist, das rechtliche System von Aufenthaltstiteln und anderen migrationsbezogenen bzw. juristischen Verfahren zu durchschauen. Dies führe dann dazu, dass die Menschen sich überfordert fühlten und sich deswegen nicht engagierten.

Wenn man dieses Gespräch führt auf einer niederschweligen Art, weil oftmals nur über diesen Weg man überhaupt in der Diskussion mit den Menschen bleiben kann, dann merke ich, dass ist ihnen zu viel. Da merken sie sehr schnell sie sind überfrachtet mit dem System. Das können sie nicht und dann stirbt dieses Engagement, sich zu beteiligen.

So viele Aufenthaltstitel, Funktionsbescheinigung, Aufenthaltserlaubnis, Aufenthaltserlaubnis unbefristet, Niederlassungsrecht und Staatsangehörigkeit, doppelte Staatsangehörigkeit und was nicht noch alles, das sind so viele unterschiedliche Herangehensweisen, also rechtlich gesehen zuerst einmal ziemlich problematisch gemacht, kompliziert und nicht durchschaubar. Das ist für jemand, der der deutschen Sprache nicht mächtig ist und nicht länger in der Schule war, nicht begreifbar.

Mehrere Befragte geben an, dass das Engagement in einem migrationspolitischen Gremium problematisch sein könnte, weil man dann selbst als Migrant wahrgenommen und stigmatisiert bzw. kategorisiert wird. So etwa dieser Befragte, der selbst eingebürgert ist, und sich in einem Beirat für Migration und Integration im ländlichen Bereich engagiert.

Da waren so eingebürgerte Mitbürger mit Migrationshintergrund, die einen deutschen Pass hatten, die wollen sich gar nicht so ausgeben als Migranten.

Ebenso, dieser in einem Stadtrat beteiligte Interviewpartner.

Leute, die ich kenne, die aus England, Irland oder sonst wo kommen aus den europäischen Ländern, das ist ein anderes Thema, aber viele identifizieren sich mit diesem Begriff Ausländer überhaupt nicht bzw. fühlen sich vielleicht so, aber wollen nicht damit kategorisiert werden.

Die geringe Beteiligung wird auch dadurch erklärt, dass die Partizipationsmöglichkeiten zu den Zeiten der ersten Einwanderungsgeneration sehr gering waren, es für Migrantinnen und Migranten keine Möglichkeit gab sich politisch zu

beteiligen. Die Menschen wurden lediglich sozial betreut. Wie dieser Befragte der ersten Generation berichtet.

[...]Politik] war kein Thema. Die Leute wurden betreut und sonst nichts. D. h. die Politik war ein Thema für andere Menschen. Und das prägt sich ein in den Kopf.

Interessant ist hier, dass der Befragte dies heute nicht mehr so erlebt. Zwar gibt es immer noch Einschränkungen für Migrantinnen und Migranten ohne deutschen Pass, aber für EU-Bürgerinnen und -Bürger gibt es die Möglichkeit, sich auf der kommunalen Ebene zu beteiligen. Der Befragte selbst stammt aus einem EU-Land und ist heute stark politisch engagiert. Dieses Engagement stößt bei seinen Freunden und Bekannten hingegen eher auf Unverständnis.

Und immer wieder begegne ich, also auch unter Freunden und Bekannten, ach Politik und viele Freunde bemitleiden mich. Wenn wir uns treffen, oder ich gehe irgendwo vorbei, [...] und ach, wo kommst du her, ja wir hatten Sitzung, ach du Armer. [...] Ein anderer Freund, der mich häufig besucht, ist ein paar Jahre älter, hat damals auch Fußball gespielt, ja, das ist was für dich, ja du hättest Priester werden sollen.

Diese Textpassage spiegelt die empirischen Befunde aus der Partizipationsforschung wieder, dass Personen mit Migrationshintergrund, die Relevanz ihrer eigenen Handlungen auf das politische Geschehen auf der gesellschaftlichen Ebene als eher gering einschätzen.¹⁶⁹

Heutzutage dienen die Migranten laut Einschätzung eines weiteren Befragten als Alibi, und würden von der offiziellen Politik zu ihrem eigenen Interesse instrumentalisiert, was wiederum zu einer starken Zurückhaltung in Sachen Politischer Partizipation führe.

Und wenn man sich mit Migranten unterhält, ist immer so eine gewisse Bremsfunktion, da kommt so raus, ah, da wird das und da wird das gemacht. Bei Vielen wird einfach eigentlich gesagt, man wird zu ihren politischen Interessen missbraucht. Also nicht, weil sie Interesse daran haben jetzt Migranten in der Politik, sondern, natürlich haben sie Interesse, aber Interesse aus Eigeninteresse, um zu zeigen, ich bin auch eine Partei, die sich für die Integration einsetzt und sich für die Migration interessiert. [...] Wenn ich jetzt so voneinander getrennt Bio-Deutsche und Nicht-Bio-Deutsche betrachte, da erlebt man das. Deswegen ist immer so eine Bremsfunktion da. Wozu soll ich mich jetzt noch hier bemühen und einbringen, da ich sowieso nicht ernst genommen werde.

Dieser Aspekt wird ebenfalls von einem weiteren Interviewten geschildert, der Mitglied in einem städtischen Beirat für Migration und Integration ist.

169 Siehe Kapitel 2.3.

[...] also man kann es dann immer beobachten, dass dann der Oberbürgermeister im Moschee-Verein mal einen Tee mittrinkt, aber [...] es gibt keine städtischen Maßnahmen, um die Leute wirklich einzubinden. Es gibt so ein Pflichtprogramm, dass man sozusagen die Migranten wahrnimmt, indem man die politische Führerschaft hier anspricht und sich mit denen immer wieder mal ablichten lässt, aber ein tatsächlicher Wille, die Leute politisch mitzunehmen, findet meiner Auffassung [nach] nicht statt.

Zu berücksichtigen ist auch die stärkere soziale Benachteiligung von Migrantinnen und Migranten im Vergleich zu anderen Gruppen.

[...] wir wissen, dass Leute mit Migrationshintergrund es noch schwieriger haben, eine Wohnung zu finden, für die Leute sind ja Versäumnisse auf dem Wohnungsmarkt nochmals schlimmer. D.h. die Felder, die Migrantinnen und Migranten ganz besonders hart treffen, werden von der Stadtpolitik meiner Auffassung nach nicht ausreichend behandelt und dadurch werden Migrantinnen und Migranten noch einmal doppelt davon betroffen.

Weiterhin spielt das individuelle Zeitbudget eine wichtige Rolle:

Aber wie gesagt, ich kann verstehen, wenn jemand irgendwie den Umzug aus einem fremden Land hierhin organisiert und dann müssen die Kinder noch in die Schule, und Sprachkurs und hier und da, dass man dann keine Zeit hat, sich politisch zu engagieren.

Allerdings gibt es auch Stimmen, die trotz der hemmenden Faktoren eine stärkere Beteiligung der Migrantinnen und Migranten selbst einfordern und erwarten, dass sie die Partizipationsmöglichkeiten, die ihnen zur Verfügung stehen, beispielsweise die Mitarbeit in Parteien auch nutzen, wie dieser in einem Stadtrat engagierte Befragte verdeutlicht.

Ja, man hat [einen] sehr guten Kontakt [...]. Bis zu dem Punkt, wo man sagt, wollt ihr euch denn nicht politisch engagieren. Da fängt es dann auch auf der Gegenseite an, zu sagen, also nee, das ist der Schritt, den ich nicht will. Und da fordere ich manchmal auch, wenn ihr doch Teil dieser Gesellschaft hier sein wollt, weil ihr hier leben wollt, dann solltet ihr doch die Chance auch wahrnehmen, eure Ansichten zumindest mal zur Diskussion zu stellen in den Gremien, die letztendlich diese politische Gesellschaft umsetzen. Das sind nun mal die Parteien. Es heißt nicht, dass ihr alle zu der Partei hier müsst. Es gibt genügend andere. Wir haben diese Wahl.

Die Interviewten dieser Studie wurden als Expertinnen und Experten der kommunalpolitischen Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund befragt. In dieser Eigenschaft konnten sie auch gezielte Auskünfte über die Funktionsweise der Politischen Partizipation auf der kommunalen Ebene geben. Hierbei kann anhand der Einflussmöglichkeiten zwischen denen unter-

schieden werden, die legitimiert sind politische Entscheidungen zu treffen und denen, die lediglich beratende Funktionen ausüben. Erstere sind die gewählten Bürgermeister und weitere Amtsträger, sowie Stadtrats bzw. Kreistagsmitglieder, die in ihrem Gremium über die Belange der Stadt bzw. des Landkreises entscheiden (im Folgenden Ratsmitglieder genannt). Letztere sind die in lediglich beratender Funktion tätigen Mitglieder der Migrationsbeiräte (im Folgenden Beiratsmitglieder genannt). Diese können die entsprechenden Gremien (des Kreistages oder Stadtrates) in Belangen der Migrationspolitik beraten.¹⁷⁰

Aus der Forschung ist bekannt, dass die Bereitschaft zur Übernahme politischer Ämter von Personen mit Migrationshintergrund sich nicht von Ihren Kollegen ohne Migrationshintergrund unterscheidet. In beiden Gruppen sind lediglich 18 Prozent bereit ein solches Amt zu übernehmen.¹⁷¹ Die Ratsmitglieder sind als diejenigen zu sehen, die von der Partizipation der Bevölkerung beeinflusst werden. Es sind aber auch Handelnde, in dem sie Entscheidungen treffen, die durch das Verfahren demokratisch legitimiert sind. Dieser Befragte, selbst Amtsträger im ländlichen Bereich, beschreibt dies folgendermaßen:

[...] die Leute kommen auf jemanden zu, wenn die irgendwelche Probleme haben und das reicht von ganz persönlichen Problemen bis zu banalen Sachen, aber da sage ich, da ist man als Kommunalpolitiker dieser Empfänger, dieser Receiver, für die ganze Geschichte.[...] man muss lenken, man muss Impulse geben, ohne Frage, Entscheidungen treffen, klar, aber man muss auch für die Leute da sein.

Im Kreistag bzw. Stadtrat wird in Abstimmungen entschieden, was umgesetzt werden soll. Dabei kann es auch zu Meinungsverschiedenheiten und Auseinandersetzungen kommen. Der Befragte betont, dass solche Auseinandersetzungen fast immer sachlich geklärt werden können.

[...] manchmal kommt es zu irgendwelchem Zwist oder sonst noch was, aber meistens wird das sachlich geklärt. [...] Bis jetzt sind es wenige Beschlüsse oder Entscheidungen, die wir im Stadtrat getroffen haben, um eine knappe Mehrheit zu bekommen, sondern man hat versucht, im breiten Konsens das alles voranzutreiben.

Allerdings ist diese Konsensfindung mit einem erhöhten zeitlichen Aufwand verbunden.

Weil das ist nicht für die [eigene Partei], [...] sondern das ist für die Stadt und das müssen auch die Kollegen von [den anderen Parteien] auch wollen. Und dann diskutieren. Deshalb dauern nicht selten die Ratsitzungen ziemlich lange.

170 gesetzlich geregelt ist die Arbeit der Beiräte für Migration und Integration in §56 der Gemeindeordnung und in §49a der Landkreisordnung.

171 Vgl. Kornelius 2009, S. 102.

Die Entscheidungen der Gremien werden in Ausschüssen vorbereitet, deren Mitglieder aufgrund von Vorschlägen der Gemeinde- oder Stadtratsmitglieder von diesen gewählt werden.¹⁷² Dieser Befragte, Mitglied eines Stadtrates, betont die Wichtigkeit vor allem des Finanz- und Hauptausschusses, an dem er beteiligt ist.

[...] gekrönt halt durch den Haupt- und Finanzausschuss, der quasi den wirtschaftlichen Rahmen einer Stadt komplett bestimmt. Einfach bestimmt, was wir hier machen, welchen Kindergarten wir hier bauen, welche Straße repariert wird, welche Leitung verlegt wird, wie wir wo irgendwie finanziell uns über Wasser halten in einer Stadt, die nichts hat. All diese Themen sind natürlich dort widergespiegelt.

Er erläutert weiter, wie die im Ausschuss besprochenen Themen dann über ihn an seine Fraktion kommen, die schließlich eine Entscheidung im Stadtrat fällen muss.

[...] dann diskutieren wir vor den Ausschüssen rum und das, was letztendlich im Ausschuss besprochen oder diskutiert wird, trage ich dann der Fraktion vor und wir sammeln dort dann auch die Themen bezogen auf das, was haushaltsmäßig in den Schulen passiert.

Hier nimmt der Kommunalpolitiker auch eine Vermittlerrolle ein. Ähnlich wie seine Vermittlerrolle zwischen Bevölkerung und der Institution Stadtrat muss er hier zwischen den in Ausschüssen besprochenen Sachthemen und seiner Fraktion bzw. dem Stadtrat an sich vermitteln, in dem die Entscheidungen getroffen werden.

Die Entscheidungsfindung verläuft in den Beiräten für Migration und Integration ähnlich. Ein befragtes Beiratsmitglied spricht von Treffen vor der eigentlichen Sitzung, die auch das oben zitierte Stadtratsmitglied erwähnte. Allerdings beschreibt dieser Befragte, dass es hierbei darum ginge, Sachen gegen den Widerstand der offiziellen Stellen durchzusetzen. Deswegen sei es nötig sich vorher abzustimmen.

Und eine Woche vorher treffen wir uns inoffiziell. [...] Meistens sind alle dabei. Da kommen schon ein paar Migrationsbeauftragte dazu und dann sprechen wir über die Sachen. Wir haben das Gefühl, wenn wir bei der offiziellen Sitzung Dinge sagen, stoßen wir gegen eine Wand. Unsere Schriftführerin arbeitet im Amt [...] und sie fühlt sich immer angegriffen bei einigen Sachen. Dann macht sie einen Stopp. Vorher vereinbaren wir schon, wir bleiben stark, wir lassen nicht locker. Wir fordern das und das, wir sagen hier und da. Und wenn wir da sind, dann sind wir einig meistens.

172 Vgl. Gemeindeordnung §§44 ff.

Die Entscheidungsfindung und das Prozedere in den Beiräten wurden teilweise als sehr problematisch angesehen (siehe Kapitel 3.4). Auch hier wird die Entscheidungsfindung als zeitaufwändiger Prozess angesehen, der auch mit der geringen Häufigkeit der Treffen des Beirates verknüpft sind.

Das waren zwar teilweise mehrstündige Sitzungen, aber die Termine dazwischen, die waren eher rar.

Ein Befragter eines anderen Beirates für Migration im ländlichen Raum berichtet hingegen, zwischen den zweimonatlichen offiziellen Sitzungen fänden noch weitere Treffen statt, die privat organisiert würden.

Die normalen Sitzungen sind sechsmal im Jahr [...] Außerhalb der offiziellen Sitzungen haben wir auch Sitzungen, die wir so privat machen, dann treffen wir uns einfach.

Eine typische Vorgehensweise schildert er folgendermaßen

Wir versuchen den Kontakt herzustellen und gucken, was ist das Anliegen, wo kann ich Hilfe holen oder wo kann ich Rat holen. Da gucke ich, wer kann von den Leuten, die ich kenne, weiterhelfen. Dann schicke ich den zu den Leuten. Ich persönlich kann so direkt nicht viel helfen. Ich mache die Kontakte und gucke, wo Hilfe sein könnte. Dann nehme ich einige Sachen auf, Problematiken und Sorgen, und das berichte ich bei den Sitzungen.

Dieses Beiratsmitglied begreift sich und seine Funktion als Hilfestellung für Menschen mit Migrationshintergrund, die mit Ihren Problemen zu ihm kommen können und er versucht dann eine Lösung zu finden. Damit ähnelt er sehr dem oben beschriebenen Amtsträger, für den auch das Helfen bzw. Klären von Anliegen der Bürgerinnen und Bürger an erster Stelle steht.

Man muss gucken, wie man das weiterleitet oder wie man mit einer Sache umgeht, manchmal reicht nur eine kurze Antwort als Hilfe. In anderen Fällen braucht man länger. Manchmal kann man nicht helfen, dann ist es so. Aber was man auf jeden Fall machen kann, man kann denjenigen anhören und seine Meinung dazu sagen, vielleicht Hilfestellung geben, aber es geht nicht immer zu helfen.

Zusammenfassend sehen die Befragten eine geringe Beteiligung von Menschen mit Migrationshintergrund an der Politischen Partizipation. Sie machen dafür strukturelle und historische Gründe aus. Die wahrgenommene geringere Partizipation ist auch durch die Bedingungen des Einwanderungslandes Deutschland begründet, die weiter oben unter den Stichworten Integration und Diskriminierung beschrieben wurden.¹⁷³ Weitere hemmende Faktoren sind zeitliche Ressourcen, die von spezifisch aus der Einwanderungssituation entstehenden

173 Siehe Kapitel 3.3.

zusätzlichen Anforderungen (Spracherwerb, Kenntnis der Verfahrensabläufe und Regeln, aufenthaltsrechtliche Bestimmungen etc.) in Anspruch genommen werden und die besondere Betroffenheit von sozialen Problemen.

Die Politische Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund ist stark in die Kontexte der jeweiligen Institutionen eingebunden, in denen sie sich engagieren. Hier herrschen Verfahrensfragen und gesetzliche Regelungen vor, die Handlungen reglementieren und strukturieren. Auf der individuellen Ebene sind die Vorgehensweisen bestimmt von einem starken individuellen Engagement und der Motivation, eine Art Nachbarschaftshilfe zu leisten.

3.6 Zusammenfassung der Forschungsergebnisse

Der folgende Abschnitt fasst zunächst die Resultate aus den einzelnen Themenblöcken zusammen. Im Anschluss sollen kursorisch einige Ergebnisse zu begünstigenden und benachteiligenden Einflussfaktoren Politischer Partizipation aufgeführt werden.

Interaktion mit anderen Akteuren

Als kommunalpolitisch Handelnde stehen alle Befragten in einem beständigen Austausch mit anderen lokalen Akteuren. Zwei Gruppen der Befragten können unterschieden werden, zum einen diejenigen, die in den Beiräten für Migration und Integration als gewählte Beiräte wirken und zum anderen die Mandatstragenden der kommunalen Vertretungsorgane in Stadt- oder Gemeinderat.

Zwischen den Gruppen bestehen Unterschiede: Die Stadt- und Gemeinderäte interagieren viel ausgeprägter mit anderen politischen Akteuren und sind in innerparteiliche Strukturen eingebunden, was nicht für die drei parteilosen Migrationsbeiräte gilt. Die (politische) Interaktion mit anderen und die politische Binnenkohäsion sind bei den Stadt- und Gemeinderäten stärker als bei den Mitgliedern der Migrationsbeiräte.

Die Befragten bewerten das Verhältnis in der eigenen Partei bzw. Fraktion jeweils als gut. Die Zusammenarbeit sowie der persönliche Umgang mit anderen in der eigenen Partei wird von fast allen als vertrauensvoll und sachorientiert beschrieben. Die innerparteiliche Demokratie ist für die Befragten zufriedenstellend. Die Kooperation und der Austausch mit anderen Parteien und Fraktionen wird, mit Ausnahme rechtspopulistischer oder extrem rechter Mandatstragender als prinzipiell gut bewertet. Die Interviewten führen als Grund für die gute Kooperation mit anderen Fraktionen die größere Sachorientierung und die größere persönliche Nähe in der Kommunalpolitik heran.

Eine entgegengesetzte Erfahrung in der Zusammenarbeit mit anderen Parteien ist bei einem Mitglied eines Beirates für Migration und Integration zu beobachten, das von einem enttäuschenden Desinteresse vor allem seitens der Stadtratsfraktionen erzählt.

Mit der Verwaltung haben die Stadt- und Gemeinderäte meistens gute Erfahrungen in der Zusammenarbeit gemacht, wobei die geringen Finanzmittel beklagt werden. Im Unterschied zu den Stadt- und Gemeinderäten äußern sich die Migrationsbeiräte kritisch zur Verwaltung. Das Zusammenspiel von Migrationsbeiräten und Verwaltung scheint gerade in ländlichen Regionen defizitär zu sein.

Insgesamt jedoch ist die Zusammenarbeit in den Kommunalvertretungen bzw. dieser mit den Verwaltungen nutzbringend. Die Beziehungen zwischen den Migrationsbeiräten und anderen kommunalen Akteuren sind freilich noch verbesserungswürdig.

Integration und Diskriminierung

Grundsätzlich begreifen die Befragten das Konzept von Integration als zentrale gesellschaftliche Aufgabenstellung. Integration gilt als Voraussetzung für den sozialen Zusammenhalt in einer Gesellschaft, wobei sie sowohl Menschen mit und ohne Migrationshintergrund betrifft. So sind die Adressaten für integrationspolitische Maßnahmen eben nicht nur Menschen mit Migrationshintergrund, sondern auch die nicht-migrantische Mehrheitsgesellschaft.

Vielen der Befragten ist es wichtig, dass Integration nicht nur über gesetzliche Regelungen zu erreichen ist. Darüber hinaus sind Akzeptanz sowie eine positive Würdigung der Person und ihrer Leistungen ein wichtiges Kriterium dafür, wie sehr sich die betreffende Person der Gesellschaft zugehörig fühlt und inwieweit sie ihr eigenes Handeln als wirkmächtig in der Gesellschaft betrachtet, was eine Voraussetzung für Politische Partizipation darstellt.

Sozial- und Bildungspolitik werden als zentrale Schlüsselfelder für integrationspolitische Maßnahmen begriffen.

Insgesamt berichten die meisten Befragten von eigenen, persönlichen Erfahrungen mit Rassismus. Allerdings geben die Befragten an, die eigenen Erfahrungen mit Ausgrenzung hätten insgesamt nahezu keine unmittelbaren Auswirkungen für deren politisches Handeln. Dennoch lässt sich aus den geschilderten Erfahrungen der Interviewpartner die Notwendigkeit von Antidiskriminierungsmaßnahmen ableiten.

Migrantische Netzwerke und Beiräte für Migration und Integration

Die meisten Befragten haben Kontakte zu migrantischen Netzwerken oder sind selbst Teil davon. Dabei bewegen sie sich nicht nur in ihrer eigenen Community, vielmehr stehen sie in einem Austausch mit vielen migrantischen Gruppen.

Bei den Migrationsbeiräten bemängeln viele der Befragten die Beschränkung der Migrationsbeiräte auf eine rein beratende Funktion. Die meisten Befragten wünschen sich eine Ausweitung der Befugnisse und bessere Mittelzuweisungen.

Die Erfahrungen bezüglich der Migrationsbeiräte sind unter den Befragten sehr widersprüchlich. Einige sind insgesamt zufrieden, andere entwickeln eine deutliche Kritik. Die Kritik bezieht sich auf den national homogenen Charakter vieler Listen in den Migrationsbeiräten. Das heißt, auf den Wahllisten werden ausschließlich Personen mit der gleichen Nationalität aufgestellt. Die zahlenmäßige Dominanz bestimmter migrantischer Bevölkerungsteile führt in dem Gremium zu einem Übergewicht mit der Gefahr, dass hauptsächlich Sonderinteressen eines bestimmten Bevölkerungsteils vertreten werden. Die ethnisch homogene Formation der Beiräte wird von den meisten Befragten ablehnend beurteilt.

Politische Partizipation

Nahezu alle Befragten sprechen von einer geringen Beteiligung der Menschen mit Migrationshintergrund. Die geringe Beteiligung wird bedauert und sich ein stärkeres Engagement gewünscht. Darüber hinaus liefern die Befragten Erklärungen für die schwache Beteiligung: mangelnde Sprachkenntnisse, bürokratische Hindernisse, soziale Benachteiligung von Migrantinnen und Migranten und ein geringes individuelles Zeitbudget.

Allerdings gibt es auch Stimmen, die trotz der hemmenden Faktoren eine stärkere Beteiligung der Migrantinnen und Migranten selbst einfordern und erwarten, dass sie die Partizipationsmöglichkeiten, die ihnen zur Verfügung stehen, häufiger nutzen.

Die Politische Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund ist stark in die Kontexte der jeweiligen Institutionen eingebunden, in denen sie sich engagieren. Auf der individuellen Ebene sind die Vorgehensweisen bestimmt von einem starken individuellen Engagement und der Motivation, eine Art Nachbarschaftshilfe zu leisten.

Aus den Befragungen können einige Einflussfaktoren bestimmt werden, die als Tendenzen zu begreifen sind¹⁷⁴:

Partizipationsfördernde Einflussfaktoren

- hinreichende Sprachkenntnisse
- politische Sozialisation mit gesellschaftspolitischem Anspruch
- Vernetzung mit anderen Akteuren
- höhere Zahl von Migrantinnen und Migranten bzw. Migrantenorganisationen
- Aufmerksamkeit und Interesse von anderen Akteuren (Parteien u.a.)
- vorhandene Entscheidungsbefugnisse (auch bei Wahlrechten)
- kulturelle und ethnische Diversität in Vereinen und Verbänden
- ausreichendes Zeitbudget

Partizipationshemmende Einflussfaktoren

- mangelnde Sprachkenntnisse
- geringe Vernetzung mit anderen Akteuren
- geringe Zahl von Migrantinnen und Migranten vor Ort
- Desinteresse bei anderen Akteuren bezüglich der eigenen Belange
- fehlende Entscheidungsbefugnisse (auch bei Wahlrechten)

174 Diese Einflussfaktoren und ihre Interdependenz müssen in der Forschung noch genauer betrachtet werden, z.B. in Form von quantitativen Erhebungen.

- kulturelle und ethnische Segregation und Homogenität in Vereinen und Verbänden
- geringes Zeitbudget

ambivalente Einflussfaktoren

- Diskriminierungserfahrungen: können demotivierend oder mobilisierend wirken
- urbane Regionen mit besseren Interaktions- und Kommunikationsmöglichkeiten, aber unpersönlicher
- rurale Regionen mit geringeren Vernetzungsmöglichkeiten, aber größere persönliche Nähe
- Berufliche Tätigkeit: Zeitmanagement
- Familienstrukturen: Vereinbarkeit von Politik und Familie

4. Empfehlungen

In diesem Abschnitt sollen, auf den theoretischen Erwägungen (siehe Kap. 2.1) und empirischen Erkenntnissen (siehe Kap. 2.2. und 2.3) sowie auf den Erläuterungen der Interviewten beruhend (siehe Kap. 3)¹⁷⁵, einige Empfehlungen ausgearbeitet werden. Die Förderung von Politischer Partizipation zur Stärkung und Festigung des demokratischen Prozesses ist hierbei das normative Leitmotiv. Die Vorschläge sollen Denkanstöße zu einer allgemeinen Debatte liefern und unterschiedliche Akteurinnen und Akteure für dieses Thema sensibilisieren.

Migration und Gesellschaft in der öffentlichen Diskussion

Die Gesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland muss sich der Tatsache stellen, dass sie faktisch zu einer Einwanderungsgesellschaft geworden ist (siehe Kap. 2.2).¹⁷⁶ Über 18 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund (das sind 24 Prozent der Bevölkerung) leben hier, viele davon seit mittlerweile mehreren Generationen. Selbst wenn man es wollte, ließe sich diese demographische Entwicklung nicht mehr rückgängig machen. Daher kann es nur darum gehen, Strukturen auszubauen und Entwicklungen anzustoßen, die ein Zusammenleben Aller befördern im Sinne eines diversitätsorientierten Selbstverständnisses, das den bestehenden gesellschaftlichen Pluralismus anerkennt. Die Vielfalt an Hintergründen lässt sich indes nicht nur auf die ethnische Herkunft beschränken. Die gesellschaftliche Vielfalt in der Bundesrepublik umfasst viel mehr, unterschiedliche Familienkonzepte, regionale Eigenheiten, sexuelle Diversität, demographische Mannigfaltigkeit, subkulturelle Ausdifferenzierung etc. gehören auch dazu.¹⁷⁷ In diesem Verständnis stellt der Migrationshintergrund nur ein Merkmal neben vielen anderen dar, dergestalt er nicht mehr als Kriterium in der öffentlichen Diskussion dominierte. Individuen besitzen mehr als eine einzige Eigenschaft und sollten auch so wahrgenommen werden.

Die Vielfalt bietet ferner Chancen in einer sich beständig ändernden Wirklichkeit, Multiperspektivität erhöht die Adaptionsleistung der Gesellschaft. Insofern sollte ein offensives und selbstbewusstes Bekenntnis zur Einwanderungsgesellschaft erfolgen.¹⁷⁸ Selbstverständlich ist diese nicht konfliktfrei und wird es auch zukünftig nicht sein. So gibt es beispielsweise ein Konkurrenzproblem zwischen weniger qualifizierten Einheimischen und bildungsaffinen, sozial aufstiegsorientierten Einwanderinnen und Einwanderern. Anstelle nun letztere für die missliche Situation der ersteren verantwortlich zu machen und einen Ausgrenzungsdiskurs zu vollziehen, könnte eine Bildungsförderung für

175 Deren Aussagen werden hier, wie im Kap. 3, als kursiv und eingerückte Zitate kenntlich gemacht.

176 Vgl. Treibel 2016.

177 Vgl. Merx 2011.

178 Vgl. Treibel 2016, S. 5.

die weniger Qualifizierten erfolgen.¹⁷⁹ Sozialpolitik, Bildungspolitik und Integrationspolitik stehen daher gleich auf mehreren Ebenen in einer wechselseitigen Beziehung. Die Lebensbedingungen von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund zu verbessern ist eine der wichtigsten integrationspolitischen Maßnahmen.¹⁸⁰

Ich will damit sagen, dieser rechtliche Status für Migranten müsste im Grunde genommen zeit- und bedarfsentsprechend korrigiert werden. D.h. eine annehmbare nachvollziehbare und zeitgemäße Integrationspolitik bzw. Integrationskonzept generell in der Bundesrepublik Deutschland, da müssen wir dranbleiben.

Um die Integration zu erleichtern sind ebenfalls Verbesserungen des Rechtsstatus anzudenken. Der Abbau von Restriktionen beim Aufenthaltsrecht, die leichtere Ermöglichung einer beruflichen Betätigung (z.B. hinsichtlich der Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse) und der Abbau von Hürden bei Einbürgerung sind Ansätze, die eine Identifikation für Migrantinnen und Migranten mit basalen Elementen - wie Rechtsstaat, Wohlfahrt und Demokratie - dieser Gesellschaft ermöglichen können. Gleichzeitig können diese Maßnahmen auch zur Radikalisierungsprävention (gleich welcher Ausprägung) beitragen. Die Annahme ist hierbei, dass Personen, die sich als akzeptierter Teil der Gesellschaft wahrnehmen, sich eher mit ihr und ihren Werten identifizieren. Gerade für die Politische Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund ist es wichtig, das politische Geschehen in der Bundesrepublik zu ihrem eigenen Anliegen zu machen. Migrantinnen und Migranten sollte Vertrauen geschenkt und somit ihr politisches Interesse stimuliert werden. Ihr Beitrag zur Gesellschaft ist nicht mehr aber auch nicht weniger wichtig wie der anderer Bevölkerungsteile.¹⁸¹

Wahlrecht ist für mich ein gewisses Vertrauen [...] ich vertraue dir, du gehörst hier her und du kannst was machen und dann fühlt er sich verantwortlich. Also das wäre ein politisches Angebot an die Migranten, um sie teilhaben zu lassen, mitgestalten zu lassen.

Weiterhin wäre zu überlegen, den traditionellen Migrationsbegriff zu modernisieren und Migration nicht nur als einmalige, auf ein Ziel ausgerichtete Bewegung zu begreifen, sondern auch temporäre Niederlassungen zu berücksichtigen. Schließlich haben auch Menschen, die sich nicht dauerhaft ansiedeln, soziale und politische Partizipationsrechte. Hier sollten neuere handlungstheoretisch und prozessorientiert begründete Ansätze genutzt werden.¹⁸²

179 Vgl. Preuß 2016, S. 282f.

180 Vgl. Geißler 2014.

181 Vgl. Roth 2017.

182 Vgl. Lucassen 2005.

Bildung und Sprache

Der Bildung kommt eine Schlüsselfunktion zu.¹⁸³ Dies gilt nicht nur für Migrantinnen und Migranten, sondern für alle. Bildung kommt nicht nur der Gesellschaft allgemein zugute, besonders die Politische Partizipation profitiert davon. Auf Aggregatsebene gilt: je höher der Bildungsgrad, desto höher das Interesse und die Kompetenz, die komplexe soziale und politische Wirklichkeit zu begreifen und an politischen Debatten teilnehmen zu können.

Besondere Bedeutung hat hierbei die Vermittlung deutscher Sprachkenntnisse, als Voraussetzung für Teilnahme am gesellschaftlichen Leben überhaupt. Dennoch kann es nützlich sein, den Migrantinnen und Migranten Informationen auch in ihrer jeweiligen Landessprache anzubieten. Dies könnte nicht nur die demokratischen Institutionen und den Aufbau des politischen Systems in der Bundesrepublik betreffen, sondern sollte auch die Partizipationsmöglichkeiten und deren Voraussetzungen umfassen. Dies wäre eine Doppelstrategie, deutsche Sprachkenntnisse zu vermitteln und parallel dazu an die vorhandenen Sprachkenntnisse der Migrantinnen und Migranten anzuknüpfen.

Antidiskriminierung

Nicht nur die Berichte der Interviewpartnerinnen und -partner lassen die Notwendigkeit von Antidiskriminierungsmaßnahmen erkennen. Wer Teil einer Gesellschaft sein soll, darf nicht ausgegrenzt werden. Auch die deutsche Mehrheitsgesellschaft muss für dieses Thema sensibilisiert werden. Rassismus und andere Formen von Diskriminierung betrifft alle und unterminiert die Grundlagen eines friedlichen Zusammenlebens. Ungeachtet dessen, dass Diskriminierung für die Betroffenen eine abwertende und erniedrigende Erfahrung darstellt, ist sie für Politische Partizipation und die demokratische Struktur als Ganzes schädlich.¹⁸⁴

Parteien und politische Verbände

Parteien und politische Verbände sollten sich mehr für Menschen mit Migrationshintergrund öffnen und in ihre Agenda integrationspolitische Strategien und Zielbestimmungen aufnehmen. Die Bedürfnisse, Belange und Lebenswirklichkeit von Migrantinnen und Migranten müssen ernst genommen und Teil des politischen Willensbildungsprozesses werden. Hierzu können sie sich an migrantische Interessenvertretungsorganisationen wenden und mit ihnen kooperieren. Die beste Auskunft über die eigene Situation können die Betroffenen selbst geben. Nicht nur in inhaltlicher Hinsicht gilt es, migrantische Themen zu inkludieren, auch die persönliche Repräsentanz von Migrantinnen und Migranten in politischen Verbänden und in den Strukturen des

183 Vgl. Tracy 2011 und Böhmer 2017.

184 Vgl. Klare 2017 und Wüst/Faas 2018, S. 18.

politischen Systems (Parteiensystem, Parlamentarisches System usw.) wäre auszubauen, um als akzeptierter Teil des politischen Alltags in der Gesellschaft sichtbar zu sein. Das könnte auch eine Vorbildfunktion einnehmen, insbesondere für junge Menschen mit Migrationshintergrund, die zu politischem Handeln animiert.

Wie gesagt, es wäre schöner, wenn wir mehr Migranten hätten in der Politik. Ich finde, es gibt schon eine Unterrepräsentierung. [...] Aber wie gesagt, ich kann verstehen, wenn jemand irgendwie den Umzug aus einem fremden Land hierhin organisiert und dann müssen die Kinder noch in die Schule, und Sprachkurs und hier und da, dass man dann keine Zeit hat, sich politisch zu engagieren. Aber man sollte trotzdem irgendwie repräsentiert sein am Ende.

Dabei ist eine Instrumentalisierung zu vermeiden. Wenn Kandidatinnen oder Kandidaten nur aus Imagegründen bzw. als Alibi von Parteien nach außen präsentiert werden, wird dies schnell von den Betroffenen erkannt und führt zu Demotivierung. In diesem Zusammenhang sollten alle politischen Akteure darauf achten, bei Sitzungen, Tagungen und Veranstaltungen von migrantischen Institutionen präsent zu sein. Es ist verheerend, wenn beispielsweise zu Sitzungen der Migrationsbeiräte (siehe unten) keine Vertreterinnen und Vertreter der Parteien anwesend sind. Das verstärkt den Eindruck von Belanglosigkeit, Desinteresse und vermittelt, dass migrantische Anliegen nicht ernst genommen werden. Nicht zuletzt soll darauf hingewiesen werden, dass Politikerinnen und Politiker eine besondere Verantwortung haben, mit dem Thema Migration und Integration besonders sorgsam umzugehen. Der Kreislauf an sich jeweils überbietender und steigernder Rhetorik gegen migrantische Menschen in Wahlkampfzeiten ist zu durchbrechen. Es gibt keine sachliche Begründung, alle politischen Themen zu ethnisieren.

Die Kommunalpolitik eignet sich besonders gut als Einstieg in den politischen Prozess. Ihr Charakteristikum, im Vergleich zu anderen politischen Ebenen leichter einen Konsens herbeiführen zu können und die Nähe zu den Bürgerinnen und Bürgern und zu den migrantischen Organisationen, bietet eine Möglichkeit, auf einer zunächst niederschweligen Ebene partizipationsferne Bevölkerungsteile über konkrete Fragestellungen in das politische System zu integrieren. Wie die Berichte der Befragten zeigen (siehe Kap. 3.1), sind caritatives Engagement und Nachbarschafts- bzw. Selbsthilfe oft eine Vorstufe zu eigentlichem politischem Handeln. Daran kann ebenfalls angeknüpft werden. Ferner ist in diesem Zusammenhang noch darauf hinzuweisen, dass einige der Befragten Stadt- und Gemeinderäte zuerst in den Migrationsbeiräten aktiv waren und sich dann erst parteipolitisch engagierten.

Migrantische Communities und Organisationen

Wie viele der Befragten feststellten, ist Integration eine beidseitige Angelegenheit. Insofern sind auch die migrantischen Communities und Organisationen gefordert, sich in den politischen Alltag einzubringen.¹⁸⁵ Den migrantischen Organisationen kommt die Verantwortung zu, sich als Teil der Gesellschaft zu begreifen und sich nicht in Parallelstrukturen zurückzuziehen. Auch sie dürfen nicht den Fehler begehen, alle Themen zu ethnisieren und sich auf eine (Opfer-)Rolle zu beschränken.

Unterrepräsentierte Gruppen [sind] für die Beiräte zu sensibilisieren bzw. die Beiratsarbeit attraktiv zu gestalten, zum Beispiel für Flüchtlinge, jüngere Menschen oder Frauen mit Migrationshintergrund. Spezielle Seminar- und Workshopkonzepte für diese Zielgruppen zu entwickeln. Auch Seminare und Coachings sind für berufene [im Interview betont] Mitglieder relevant, um sie auf die Beiratstätigkeit vorzubereiten.

Bis zu dem Punkt, wo man sagt, wollt ihr euch denn nicht politisch engagieren. Da fängt es dann auch auf der Gegenseite an, zu sagen, also nee, das ist der Schritt, den ich nicht will. Und da fordere ich manchmal auch, wenn ihr doch Teil dieser Gesellschaft hier sein wollt, weil ihr hier leben wollt, dann solltet ihr doch die Chance auch wahrnehmen, eure Ansichten zumindest mal zur Diskussion zu stellen in den Gremien, die letztendlich diese politische Gesellschaft umsetzen. Das sind nun mal die Parteien. Es heißt nicht, dass ihr alle zu der Partei hier müsst. Es gibt genügend andere. Wir haben diese Wahl.

Demokratische Teilhabe bedarf des Engagements möglichst vieler. Das ist aufwendig, zeitraubend, gelegentlich ärgerlich und dennoch unabdingbar.

Kulturvereine in den migrantischen Communities sind wichtig. Sie bieten einen Raum, die eigene Sprache zu sprechen, sich über gemeinsame Erfahrungen auszutauschen, den Kontakt zu den Herkunftsländern zu pflegen und Solidarität zu ermöglichen. Wenn die Aktivität sich jedoch ausschließlich in einem ethnisch homogenen Raum entfaltet, führt dies zu Spaltung in der gesamten Gesellschaft, schließlich ist es das Gegenteil von Integration, nämlich freiwillige Separation.

„Mitgliedschaften in Vereinen wirken sich dann positiv auf politisches Engagement für das Gemeinwesen aus, wenn diese Mitgliedschaften zu einer gruppenübergreifenden, brückenbauenden Integration in die Gesellschaft führt, nicht aber Unterschiede zwischen Gruppen verfestigen.“¹⁸⁶

185 Vgl. Hunger/Metzger 2017.

186 Wüst/Faas 2018. S.14.

Verwaltung

Auf Verwaltungsebene sind zwei grundsätzliche Strategien sinnvoll. Zum einen ist die personelle Einbeziehung von Personen mit Migrationshintergrund in die Verwaltungsstrukturen zu nennen. Dies dient zudem einer erhöhten Visibilität von migrantischer Präsenz in der Öffentlichkeit. Zusätzlich sollten zum anderen die Verwaltungen und deren Mitarbeitende für interkulturelle Spezifika sensibilisiert und geschult werden.¹⁸⁷

Zum anderen sollte gerade auf kommunalpolitischer Ebene versucht werden, möglichst viele Institutionen (Behörden, Ämter oder Beratungsstellen) und Ressourcen zu bündeln und die Zahl an bürokratischen Hindernissen für Migrantinnen und Migranten zu verringern.

So viele Aufenthaltstitel, Funktionsbescheinigung, Aufenthaltserlaubnis, Aufenthaltserlaubnis unbefristet, Niederlassungsrecht und Staatsangehörigkeit, doppelte Staatsangehörigkeit und was nicht noch alles, das sind so viele unterschiedliche Herangehensweisen, also rechtlich gesehen zuerst einmal ziemlich problematisch gemacht, kompliziert und nicht durchschaubar.

Ob es sinnvoll ist, die Wahlen zu Stadtrat und Migrationsbeiräten zusammenzulegen, bleibt unklar. Für eine Zusammenlegung spricht eine erhoffte politische Mobilisierung von Migrantinnen und Migranten im Rahmen einer gesteigerten politischen Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit zu Wahlkampfzeiten. Einzuwenden ist dagegen, dass eine Zusammenlegung eine spaltende Wirkung haben könnte, da ein Zweiklassenwahlrecht (Deutsche versus Ausländer) deutlicher sichtbar würde.

Wissenschaft und Politische Bildung

In der empirischen Sozialforschung und in den amtlichen Statistiken ist das Merkmal Migrationshintergrund noch viel umfangreicher als bislang zu berücksichtigen, und zwar nicht nur in Bezug auf die dezidiert migrantenspezifischen Forschungsfelder und Themenkomplexe. Der Migrationshintergrund sollte neben Geschlecht, Alter, Beruf usw. grundsätzlich immer für die standarddemographischen Daten erhoben werden. Eine Stigmatisierung ist dabei natürlich zu vermeiden, aber um wissenschaftliche Erkenntnisse zu gewinnen, ist es unerlässlich den Personenkreis und seine Bedingungen etc. zu bestimmen und in die Analyse einzubeziehen.

Die politische Bildung sollte sich zielgerichtet an die migrantischen Bevölkerungsteile richten und für diese spezifische Inhalte und Formen entwickeln. Aufbau und Funktionsweisen des politischen Systems, demokratische Grundelemente und die Partizipationsmöglichkeiten sind hier unter anderem zu nennen. Um einen besseren Zugang zu den Migrantinnen und Migranten zu erhal-

187 Vgl. Bolten 2012.

ten, sollten mehrsprachige Publikationen in Betracht gezogen werden. Ferner ist zu überlegen, inwieweit bestimmte Publikationen auch in einfacher oder leichter Sprache¹⁸⁸ veröffentlicht werden könnten, was übrigens auch einem Teil der autochthonen bildungsfernen Bevölkerung zugutekäme.

Ein unmittelbarer Praxisvorschlag wäre, von Seiten der Landeszentrale für politische Bildung neben dem obligaten Grundgesetz ein spezielles Informationset mit unterschiedlichen Informationen bereitzustellen, das nach Einbürgerungen den Betreffenden überreicht werden könnte, und beispielsweise über die Möglichkeit zu unterrichten, dass man als Eingebürgerter (auf Antrag) auch mit deutschen Pass an den Wahlen zu den Migrationsbeiräten teilnehmen kann.

Zu den Beiräten für Migration und Integration

Die Migrationsbeiräte sollten in der (nicht nur migrantischen) Öffentlichkeit stärker wahrgenommen werden, was einer Ausweitung der Öffentlichkeitsarbeit gleichkommt, wobei darunter nicht nur schriftliche Informationen fallen. Informationsveranstaltungen direkt vor Ort, gegebenenfalls auch mehrsprachig, z.B. in Gemeindezentren oder Begegnungsräumen wie Weltcafés können ein probates Mittel sein. Man darf nicht warten, dass die Migrantinnen und Migranten auf die Beiräte zugehen, vielmehr muss man sie aktiv und unmittelbar ansprechen. Allerdings sind den Migrationsbeiräten dafür auch Ressourcen bereitzustellen.

Weiterhin sollte es eine stärkere Einbindung der Migrationsbeiräte in die kommunale Arbeit von Stadt- oder Gemeinderat und Verwaltung geben.

Beiräte sind nicht immer gut informiert über die [Arbeit der] verschiedenen kommunalen Ausschüsse. Sie würden eine aktive Einladung zur Teilnahme sehr begrüßen.

Als Problem erweist sich der bereits erwähnte (siehe Kap. 3.4) national homogene Charakter vieler Wahllisten zu den Migrationsbeiräten und zwar in zweifacher Hinsicht. Erstens zementieren national strukturierte Listen ethnisierte Partikularinteressen mit der Gefahr, irgendwann nur noch Klientelpolitik für die eigene Community zu betreiben. Zweitens führt das anteilmäßige größere Gewicht der türkeistämmigen Community zu entsprechenden Disparitäten in den Migrationsbeiräten, was sich in einer Dominanz zu Ungunsten der an-

188 „Leichte Sprache [...] hat das Ziel, Menschen mit Leseschwierigkeiten die Teilhabe an Gesellschaft und Politik zu ermöglichen. Sie folgt bestimmten Regeln, die unter maßgeblicher Mitwirkung des Vereins Mensch zuerst entwickelt wurden, und zeichnet sich unter anderem durch kurze Hauptsätze aus, weitgehenden Verzicht auf Nebensätze, die Verwendung von bekannten Wörtern, während schwierige Wörter erklärt werden.“, Kellermann 2014. Einfache Sprache ist etwas komplexer, hat aber auch die Vereinfachung zum Ziel.

deren Migrationshintergründe äußert. Der türkeistämmigen Community kann nun nicht ihre Zahl vorgeworfen werden, aber die Verantwortlichen für die homogenen Zusammenschlüsse sollten sich schon der Frage stellen, ob eine rein ethnische Perspektive auf Dauer günstig für die politische Teilhabe ist.

Tatsächlich wäre eine Politisierung der migrantischen Selbstvertretung zu befördern. Sie müssen hierfür nicht die etablierte Politiklandschaft der Mehrheitsgesellschaft, gleichsam migrantisch spiegeln. Aber in den Communities gibt es neben übergreifenden migrantischen Interessen auch divergierende und widersprüchliche Positionen und genau diese sollten im politischen Alltag sichtbar abgebildet werden.

Mehrere Befragte wünschten sich neben einer besseren finanziellen Ausstattung eine Ausweitung der Befugnisse der Migrationsbeiräte, d.h. mehr Entscheidungskompetenzen. Unter demokratietheoretischen Gesichtspunkten ist diese Forderung zu problematisieren. Die Legitimation eines nur von einem Teil der Bevölkerung gewählten Gremiums, das aber unter Umständen Entscheidungen für die Gesamtbevölkerung trifft, ist in einem nur geringen Maße vorhanden. Exklusive Entscheidungsbefugnisse von Partikulargremien sind auch verfassungsmäßig schwierig zu begründen. Jedoch gibt es wiederum das berechnete Anliegen, als Migrantinnen und Migranten mehr Gewicht im politischen Entscheidungsprozess zu erhalten. Als Vorschlag zur Lösung dieses Dilemmas schlagen die Autoren der vorliegenden Studie eine intensiv und breit geführte Diskussion zur Einführung eines allgemeinen kommunalen Ausländerwahlrechts vor.¹⁸⁹

Zur Diskussion über ein allgemeines kommunales Ausländerwahlrecht

Die Einführung eines residenzbasierten, allgemeinen Kommunalwahlrechts für Ausländerinnen und Ausländer und die Beibehaltung der Migrationsbeiräte könnten eine sinnvolle Kombination bilden. Die Beiräte könnten, ähnlich wie Jugend- oder Seniorenbeiräte in den Kommunen, als beratendes Organ agieren und der migrantischen Minderheit eine Stimme geben, während - durch die Einbeziehung aller Einwohnerinnen und Einwohner einer Kommune bei den Wahlen - die Entscheidungen von Stadt- und Gemeinderäten umfänglich legitimiert wären. Inwieweit das Wahlrecht darüber hinaus noch zu modifizieren wäre (beispielsweise die Möglichkeit für EU-Bürgerinnen und -Bürger auch auf regionaler bzw. Landesebene wählen zu dürfen) könnte dann in der Zukunft erörtert werden.

189 Zur Diskussion über Wahlrecht und Migrationsstatus und zu einer kritischen Sicht vgl. auch Dormal 2016.

Aber ich würde ein kommunales Wahlrecht für alle Ausländer befürworten [...] weil sie leben ja mit uns.

Grundsätzlich finde ich aber, sollte die Richtung in eine andere gehen, dass man das Wahlrecht einfach erweitert, also dass man einfach sagt, es ist völliger Quatsch, als Pole darf ich hier bei einer Kommunalwahl mitwählen, aber als Perser oder Iraner darf ich das nicht, auch wenn ich fünf Jahre hier gewohnt habe. Das sollte man auf jeden Fall ausweiten, weil das wäre eine tatsächliche Beteiligung. [...] Ich glaube, es ist ein integrativer Bestandteil davon, wenn man an der Demokratie teilhaben möchte, dass man da mitwählen können muss.

5. Literatur

Arzu, Meltem u.a.: Politische Teilhabe in der Einwanderungsgesellschaft. Berlin 2017 (hgg. von Christian Pfeffer-Hoffmann)

Arzheimer, Kai: Politikverdrossenheit. Bedeutung, Verwendung und empirische Relevanz eines politikwissenschaftlichen Begriffs. Opladen 2002

Balibar, Etienne; Wallerstein, Immanuel: Rasse Klasse Nation. Ambivalente Identitäten, 3. Auflage, Hamburg 2014

Bandura, Albert: Self-Efficacy: Toward a Unifying Theory of Behavioral Change. In: Psychological Review, 2/1977, S. 191–215

Barber, Benjamin: Starke Demokratie. Hamburg 1994

Berlinghoff, Marcel: Geschichte der Migration in Deutschland. <https://www.bpb.de/gesellschaft/migration/dossier-migration/252241/deutsche-migrationsgeschichte> (Abruf:02.12.2018)

Bernauer, Thomas u.a.: Einführung in die Politikwissenschaft 2015. Baden-Baden

Blätte, Andreas; Wüst, Andreas M.: Der migrationspezifische Einfluss auf parlamentarisches Handeln: Ein Hypothesentest auf der Grundlage von Redebeiträgen der Abgeordneten des Deutschen Bundestags 1996-2013. In: Politische Vierteljahresschrift 2/2017, S. 205-233

Böhmer, Anselm: Sprache, Kultur, Arbeit? Zur Inklusion neu Zugewanderter durch Bildung. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, 27-29/2017, S. 21-26

Böhnke, Petra: Ungleiche Verteilung politischer Partizipation. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 1-2/2011: Postdemokratie, S. 18-25

Bolten, Jürgen: Interkulturelle Kompetenz. Erfurt 2012 (hgg. von der Landeszentrale für politische Bildung Thüringen)

Brinkmann, Heinz Ulrich: Soziodemografische Zusammensetzung der Migrationsbevölkerung. In: Brinkmann, Heinz Ulrich; Sauer, Martina (Hrsg.): Einwanderungsgesellschaft Deutschland, Wiesbaden 2016, S. 145-176

Brinkmann, Heinz Ulrich; Sauer, Martina (Hrsg.): Einwanderungsgesellschaft Deutschland. Entwicklung und Stand der Integration, Wiesbaden 2016

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge: Migrationsbericht 2015, Nürnberg 2016

Bundeswahlleiter, Der: Wahl zum 19. Deutschen Bundestag am 24. September 2017. Heft 4: Wahlbeteiligung und Stimmabgabe der Frauen und Männer nach Altersgruppen, 2018

Bundeswahlleiter, Der: Ergebnisse der Bundestagswahlen: <https://www.bundeswahlleiter.de/bundeswahlleiter.html> (eigene Berechnungen; aufgerufen am 01.11.2018)

Caballero, Claudio: Ausländerbeiräte in der Krise? Einflussgrößen der Wahlbeteiligung bei Ausländerbeiratswahlen in Rheinland-Pfalz. Mainz 2003 (hgg. von der Landesbeauftragten für Ausländerfragen Rheinland-Pfalz)

Caballero, Claudio: Integration und politische Unterstützung. Eine empirische Untersuchung unter Ausländern. Wiesbaden 2009

Ceyhan, Sara Yasemin: Die politische Integration der zweiten Migrantengeneration in der Bundesrepublik Deutschland: Eine quantitativ-empirische Analyse der politischen Partizipation auf Grundlage des European Social Surveys. Mainz (Universität Mainz Magisterarbeit) 2012 (zitiert nach Wüst/Faas 2018)

Crouch, Colin: Postdemokratie. Frankfurt/M 2008.

Crouch, Colin: Neue Formen der Partizipation. Zivilgesellschaft, Rechtspopulismus und Postdemokratie. In: Forschungsjournal Soziale Bewegungen. Analysen zu Demokratie und Zivilgesellschaft. Vol. 3, S. 143 - 153, 2016

Diekmann, Andreas: Empirische Sozialforschung. Grundlagen, Methoden, Anwendungen, 10. Aufl., Reinbek bei Hamburg 2003

Dormal, Michel: Wählen ohne Staatsbürgerschaft? Das Ausländerwahlrecht in der demokratiethoretischen Diskussion. In: Politische Vierteljahresschrift 3/2016, S. 378-402

El-Tayeb, Fatima: Deutschland postmigrantisch? Rassismus, Fremdheit und die Mitte der Gesellschaft. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, 14-15/2016, S. 15-21

Esser, Hartmut: Integration und ethnische Schichtung. In: Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung, Arbeitspapiere 40/2001

Esser, Hartmut: Migration, Sprache und Integration. Frankfurt/M. und New York 2006

Esslinger, Detlef: Endlich Gastgeber. SZ vom 1. Mai 2011, <https://www.sueddeutsche.de/politik/-mai-oeffnung-des-arbeitsmarktes-fuerchtet-euch-nicht-1.1091447>; Abruf: 02.12.2018

Flick, Uwe (Hrsg.): Qualitative Forschung: Ein Handbuch. Reinbek bei Hamburg 2000

Flick, Uwe: Qualitative Sozialforschung. Eine Einführung, 3. Aufl., Reinbek bei Hamburg 2010

Fuchs, Dieter; Roller, Edeltraut: Einstellungen zu Demokratie und Sozialstaat. In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Datenreport 2018. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland. Bonn 2018, S. 358-381 (hgg. von Statistisches Bundesamt und Wissenschaftszentrum Berlin)

Gabriel, Oscar W.; Völkl, Kerstin: Politische und soziale Partizipation. In: Gabriel, Oscar W.; Holtmann, Everhard (Hrsg.): Handbuch Politisches System der Bundesrepublik Deutschland. 3., vollst. überarb. und erw. Aufl., München und Wien 2005, S. 523–573

Gabriel, Oscar W.: Politikverdrossenheit in Deutschland. In: Gesellschaft. Wirtschaft. Politik. Sozialwissenschaften für politische Bildung, 4/2017, S. 537-546

Gaiser, Wolfgang; Gille, Martina; de Rijke, Johann: Bürgerschaftliches Engagement und Verantwortungsübernahme bei 18- bis 33-Jährigen. In: Betz, Tanja/ Gaiser, Wolfgang/ Pluto, Liane (Hrsg.): Partizipation von Kindern und Jugendlichen - Forschungsergebnisse, Bewertungen, Handlungsmöglichkeiten. Schwalbach/Ts 2010

Geißel, Brigitte; Abels, Gabi; Kratt, Heike: Politische Partizipation im Wandel: Demokratische Wende oder alter Wein in neuen Schläuchen? Ergebnisse und Ausblick. In: femina politica. Vol. 1, S. 72 - 76, 2001

Geißler, Rainer: Deutschland unterwegs - von einem Gastarbeiterland zu einem modernen Einwanderungsland. In: Gesellschaft. Wirtschaft. Politik. Sozialwissenschaften für politische Bildung, 4/2014, S. 505-518

Gesemann, Frank; Roth, Roland: Integration ist (auch) Ländersache! Schritte zur politischen Inklusion von Migrantinnen und Migranten in den Bundesländern. 2. vollst. überarb., korr. u. erw. Aufl., Berlin 2015

Greiffenhagen, Martin: Politische Legitimität in Deutschland. Gütersloh 1997

Güllner, Manfred: Nichtwähler in Deutschland. Berlin 2013

Hamburger, Franz; Koepf, Thomas: Migration und Intergration: Rheinland-Pfalz als Einwanderungsland. In: Sarcinelli/Falter/Mielke/Benzner (Hrsg.): Politik in Rheinland-Pfalz, Wiesbaden 2010

Hattenhauer, Dr. Merle: Bevölkerung mit Migrationshintergrund 2015. Im Schnitt deutlich häufiger ohne Schulabschluss, In: Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz Nr. 4/2017, Bad Ems 2017

Heitmeyer, Wilhelm: Ideologie der Ungleichwertigkeit. Kern der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit. In: Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): Deutsche Zustände. Folge 6. Frankfurt/M 2008, S. 31-39

Helfferich, Cornelia: Die Qualität qualitativer Daten. Manual für die Durchführung qualitativer Interviews, 2. Aufl., Wiesbaden 2005

Hoerder, Dirk; Lucassen, Jan; Lucassen, Leo: Terminologien und Konzepte in der Migrationsforschung. In: Bade, Klaus J. u.a. (Hrsg.): Enzyklopädie Migration in Europa. Vom 17. Jahrhundert bis zur Gegenwart. 2. Aufl., München 2008, S. 28-53

Hofmann, Wilhelm; Riescher, Gisela: Einführung in die Parlamentarismustheorie. Darmstadt 1999

Hunger, Uwe; Metzger, Stefan: Von der Verleugnung zur Akzeptanz? Selbstverständnis und Fremdwahrnehmung von Migrantenorganisationen im Wandel. In: Groß, Torsten u.a. (Hrsg.): Engagierte Migranten - Teilhabe in der Bürgergesellschaft. Schwalbach/Ts 2017, S. 80-85

Huth, Iris: Politische Verdrossenheit: Erscheinungsformen und Ursachen als Herausforderungen für das politische System und die politische Kultur der Bundesrepublik Deutschland im 21. Jahrhundert. Münster 2004

Jagusch, Birgit; Koepf, Thomas: Evaluation der Reform der Ausländerbeiräte in Rheinland-Pfalz. Abschlussbericht. Mainz 2013

Kaase, Max: Partizipation. In: Nohlen, Dieter (Hrsg.): Wörterbuch Staat und Politik. Neuaufl., München 1995, S. 521-527

Kaase, Max: Politische Beteiligung. In: Greiffenhagen, Martin/Greiffenhagen, Sylvia (Hrsg.): Handwörterbuch zur Politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland, 2. Aufl., S. 349 - 355, Wiesbaden 2002

Kellermann, Gudrun: Leichte und Einfache Sprache – Versuch einer Definition. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, 9-11/2014, S. 7-10

Kevenhörster, Paul: Politikwissenschaft. Band 1: Entscheidungen und Strukturen der Politik. 2. Aufl. Opladen 2003

Klare, Heiko: Rassismuskritik und Antidiskriminierung als *Conditio sine qua non* der Interkulturellen Öffnung. In: Groß, Torsten u.a. (Hrsg.): Engagierte Migranten - Teilhabe in der Bürgergesellschaft. Schwalbach/Ts 2017, S. 125-131

Konietzka, Dirk; Kreynefeld, Michaela: Die Verwertbarkeit ausländischer Ausbildungsabschlüsse. In: Zeitschrift für Soziologie, Jg. 30, Heft 4, 2001, S. 267-282

Knoepfel, Peter u.a.: Politikanalyse. Opladen/Farmington Hills 2011

Kornelius, Bernhard: Demokratie und Integration in Deutschland – Politische Führung und Partizipation aus Sicht von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund: Ergebnisse einer repräsentativen Befragung in Deutschland. In: Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): Demokratie und Integration in Deutschland. Politische Führung und Partizipation aus Sicht von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund, Gütersloh 2009, S. 11-130

Kornelius, Bernhard; Roth, Dieter: Politische Partizipation in Deutschland. Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage. Gütersloh 2004 (hgg. von der Bertelsmann Stiftung)

Kuckartz, Udo: Einführung in die computergestützte Analyse qualitativer Daten. 2. Aufl., Wiesbaden 2007

Küpper, Beate; Zick, Andreas; Krause, Daniela: PEGIDA in den Köpfen - Wie rechtspopulistisch ist Deutschland? In: Melzer, Ralf u.a. (Hrsg.): Wut, Verachtung, Abwertung. Rechtspopulismus in Deutschland. Bonn 2015, S. 21-43

Landesregierung Rheinland-Pfalz: 5. Zuwanderungs- und Integrationsbericht der Landesregierung Rheinland-Pfalz 2011-2015. Mainz 2015

Lehni, Rainer: Deutsche Aussiedler sind keine Migranten. Siebenbürgische Zeitung. 5. April 2011

Löffler, Berthold: Integration in Deutschland. Zwischen Assimilation und Multikulturalismus. München 2011

Lucassen, Jan: Temporal Migration from a Historical Perspective. In: Geisen, Thomas (Hrsg.): Arbeitsmigration. WanderarbeiterInnen auf dem Weltmarkt für Arbeitskraft. Frankfurt/M und London 2005, S. 37-49

Mayring, Philipp: Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken, 12. überarb. Aufl., Weinheim und Basel 2015

Mediendienst Integration: Politische Teilhabe. Abgeordnete mit Migrationshintergrund im 19. Deutschen Bundestag. Berlin 2017

Menning, Sonja: Wahlverhalten und politische Partizipation älterer Menschen. In: Deutsches Zentrum für Altersfragen (Hrsg.): GeroStat Report Altersdaten, 03/2009. Berlin 2009

Merkens, Hans: Auswahlverfahren, Sampling, Fallkonstruktion. In: Flick/Kardoff/Steinke (Hrsg.): Qualitative Forschung. Ein Handbuch, Reinbek bei Hamburg 2004, S. 286-299

Merx, Andreas: Diversity Management. In: Meier-Braun, Karl-Heinz; Weber, Reinhold (Hrsg.): Deutschland Einwanderungsland. Begriffe - Fakten - Kontroversen. München 2011, S. 245-248

Michelsen, Danny; Walter, Franz: Unpolitische Demokratie. Zur Krise der Repräsentation. Berlin 2013

Miles, Robert: Rassismus. Einführung in die Geschichte und Theorie eines Begriffs. Hamburg 1991

Müssig; Stefanie; Worbs; Susanne: Politische Einstellungen und politische Partizipation von Migranten in Deutschland. Nürnberg 2012 (Working Paper 46 aus der Reihe „Integrationsreport“, Teil 10, der Forschungsgruppe des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge)

Naegele, Gerhard: Politische und soziale Partizipation im Alter – 13 Thesen zu einer „dialogfähigen Reformdebatte“. In: Theorie und Praxis der sozialen Arbeit, 2/2008, S. 93-100.

Niedermayer, Oskar: Bürger und Politik. Politische Orientierungen und Verhaltensweisen der Deutschen. Wiesbaden 2005

Niedermayer, Oskar: Krise der Parteien oder des Parteiensystems? In: Politikum. Analysen - Kontroversen - Bildung. Vol. 4/2015, S. 36-43

Oberndörfer, Dieter: Zuwanderung und Integration im demokratischen Verfassungsstaat. In: Meier-Braun, Karl-Heinz; Weber, Reinhold (Hrsg.): Deutschland Einwanderungsland. Begriffe - Fakten- Kontroversen. München 2011, S. 45-48

Oltmer, Jochen: Globale Migration: Geschichte, Gegenwart, Zukunft. <http://www.bpb.de/gesellschaft/migration/dossier-migration/252254/globale-migration> (Abruf: 28.11.2018)

Özcan, Mutlu (Hrsg.): Politik ohne Grenzen. Migrationsgeschichten aus dem Deutschen Bundestag. Berlin/Kassel 2016

Panagiotidis, Jannis: Postsowjetische Migranten in Deutschland. Perspektiven auf eine heterogene „Diaspora“. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, 11-12/2017, S. 23-30

Pickel, Gert: Jugend und Politikverdrossenheit. Zwei Kulturen im Deutschland nach der Vereinigung. Opladen 2002

Preuß, Madlen: Deutsch genug? Die deutsche Mehrheitsbevölkerung und ihre Bedingungen der Mitgliedschaft. In: Gesellschaft. Wirtschaft. Politik. Sozialwissenschaften für politische Bildung, 3/2016, S. 281-288

Roller, Edeltraud; Rudi, Tatjana: Explaining Level and Equality of Political Participation. The Role of Social Capital, Socioeconomic Modernity, and Political Institutions, in: Meulemann, Heiner (Hrsg.): Social Capital in Europe - Similarity of Countries and Diversity of People? Multi-level Analyses of the European Social Survey 2002. Leiden 2008

Rommelpacher, Birgit: Was ist eigentlich Rassismus? In: Melter, Claus; Mecheril, Paul (Hrsg.): Rassismuskritik. Band 1: Rassismustheorie und -forschung. Schwalbach/Ts 2009, S. 25-38

Roßteutscher, Sigrid: Soziale Partizipation und Soziales Kapital. In: Kaina, Viktoria; Römmele, Andrea (Hrsg.): Politische Soziologie. Ein Studienbuch. Wiesbaden 2009, S. 163-180

Roth, Roland: Sinkende Wahlbeteiligung - eher Normalisierung als Krisensymptom. In Starzacher, Karl u.a. (Hrsg.): Protestwähler und Wahlverweigerer. Krise der Demokratie. Köln 1992, S. 58-68

Roth, Roland: Politische Partizipation von Migrantinnen und Migranten. In: Groß, Torsten u.a. (Hrsg.): Engagierte Migranten - Teilhabe in der Bürgergesellschaft. Schwalbach/Ts 2017, S. 61-74

Roth, Roland; Rucht, Dieter: Neue Soziale Bewegungen. In: Greiffenhagen, Martin; Greiffenhagen, Sylvia (Hrsg.): Handwörterbuch zur politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland, Wiesbaden 2002, S. 296-303.

Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration: Integration im föderalen System: Bund, Länder und die Rolle der Kommunen. Jahrgutachten 2012 mit Integrationsbarometer. Berlin 2012

Sauer, Birgit: Die Allgegenwart der „Androkratie“: feministische Anmerkungen zur „Postdemokratie“. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 1-2/2011: Postdemokratie, S. 32-36

Schäfer, Armin: Der Verlust politischer Gleichheit. Warum die sinkende Wahlbeteiligung der Demokratie schadet. Frankfurt/M 2015

Schmidt, Jan-Hinrik: Politische Sozialisation und Partizipation von Jugendlichen im Internet. In: Forschungsverbund Deutsches Jugendinstitut e.V./Technische Universität Dortmund (Hrsg.): Politische Partizipation Jugendlicher im Web 2.0 - Chancen, Grenzen, Herausforderungen. Dortmund 2015, S. 11-38

Schmidt, Manfred G.: Demokratietheorien - Eine Einführung. Wiesbaden 2000

Schnaudt, Christian; Weinhardt, Michael; Liebig, Stefan: Die politische Partizipation Jugendlicher und junger Erwachsener in Deutschland: Weniger teilnahmslos und politikverdrossen als gedacht. In: Gesellschaft. Wirtschaft. Politik. Sozialwissenschaften für politische Bildung, 2/2017, S. 189-200

Schneekloth, Ulrich: Jugend und Politik: Zwischen positivem Gesellschaftsbild und anhaltender Politikverdrossenheit. In: Shell Deutschland Holding (Hrsg.): Jugend 2015. Eine Generation im Aufbruch, Hamburg und Frankfurt/M 2015, S. 153-200

Schnell, Rainer; Hill, Paul B.; Esser, Elke: Methoden der empirischen Sozialforschung. 3., überarb. u. erw. Aufl., München und Wien 1992

Schönwälder, Karen; Sinanoglu, Cihan; Volkert, Daniel: Vielfalt sucht Rat. Ratsmitglieder mit Migrationshintergrund in deutschen Großstädten. Berlin 2011

Schöne, Helmar: Deutschland auf dem Weg in die Postdemokratie? In: Politikum. Analysen - Kontroversen - Bildung. Vol. 4/2015, S. 4-17

Schwan, Gesine: Wählen Frauen anders als Männer? In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, 42/2018, S. 37-44

Statistisches Bundesamt: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerung mit Migrationshintergrund - Ergebnisse des Mikrozensus 2016. Fachserie 1, Reihe 2.2, Wiesbaden 2017

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz: Menschen mit Migrationshintergrund in Rheinland-Pfalz. Ergebnisse des Mikrozensus 2006, Statistische Analysen No. 10/2008, Bad Ems 2008

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz: Bevölkerung mit Migrationshintergrund - Ergebnisse des Mikrozensus 2016. Bad Ems 2018

Stein, Wolfgang Hans: Vertriebene, Flüchtlinge und andere Zonenfremde in Rheinland-Pfalz. In: Rheinland-Pfalz entsteht. Beiträge zu den Anfängen des Landes Rheinland-Pfalz in Koblenz 1945-1951. Hrsg. v. F.-J. Heyen. Veröffentlichung der Kommission des Landtages für die Geschichte des Landes Rheinland-Pfalz, Bd. 5. Boppard 1984, S. 235-260

Stichweh, Rudolf: Inklusion und Exklusion: Studien zur Gesellschaftstheorie. Frankfurt/M 2005

Tracy, Rosemarie: Spracherwerb und sprachliche Vielfalt im Kontext der Migration. In: Meier-Braun, Karl-Heinz; Weber, Reinhold (Hrsg.): Deutschland Einwanderungsland. Begriffe - Fakten- Kontroversen. München 2011, S. 149-152

Treibel, Annette: Für ein selbstbewusstes Einwanderungsland. In: Gesellschaft. Wirtschaft. Politik. Sozialwissenschaften für politische Bildung, 1/2016, S. 5-9

van Deth, Jan W.: Soziale und politische Beteiligung: Alternativen, Ergänzungen oder Zwillinge? In: Koch, Achim; Wasmer, Martina; Schmidt, Peter (Hrsg.): Blickpunkt Gesellschaft 6. Politische Partizipation in der Bundesrepublik Deutschland. Empirische Befunde und theoretische Erklärungen. Opladen 2001, S. 195-219

van Deth, Jan W.: A conceptual map of political participation. In: Acta Politica 49/2014, S. 349-367

United Nations 2017: Population Facts. <http://www.un.org/en/development/desa/population/migration/publications/populationfacts/docs/MigrationPopFacts20175.pdf> (Abruf 29.11.2018)

Vicente, Miguel: Die Arbeit der Integrationsbeiräte in Deutschland. In: Forschungsjournal Soziale Bewegungen, 2/2011, S. 38-43

Volkert, Daniel: Parteien und Migranten. Inkorporationsprozesse innerhalb der SPD und der französischen PS. Bielefeld 2017

Weber, Max: Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss der verstehenden Soziologie. 5., rev. Aufl. (zuerst 1925). Tübingen 1980

Westle, Bettina: Politische Partizipation und Geschlecht. In: Koch, Achim; Wasmer, Martina; Schmidt, Peter (Hrsg.): Politische Partizipation in der Bundesrepublik Deutschland: Empirische Befunde und theoretische Erklärungen. Opladen 2001, S. 131-168

Wiesendahl, Elmar: Moderne Demokratietheorie, Frankfurt/M 2000

Wüst, Andreas M.: Wie wählen Neubürger? Politische Einstellungen und Wahlverhalten eingebürgerter Personen in Deutschland. Opladen 2002

Wüst, Andreas M.: Wahlen und politische Repräsentation. In: Meier-Braun, Karl-Heinz; Weber, Reinhold (Hrsg.): Deutschland Einwanderungsland. Begriffe - Fakten - Kontroversen. München 2011, S. 214-217

Wüst, Andreas M.: Dauerhaft oder temporär? Zur Bedeutung des Migrationshintergrundes für Wahlbeteiligung und Parteiwahl bei der Bundestagswahl 2009. In: Schmitt-Beck, Rüdiger (Hrsg.): Wählen in Deutschland. Sonderheft 45 der Politischen Vierteljahresschrift. Baden-Baden 2012, S. 157-178

Wüst, Andreas M.: Immigration into Politics. Immigrant origin Candidates and Their Success in the 2013 Bundestag Election. In: German Politics and Society 32/2014, S. 1-15

Wüst, Andreas M.; Faas, Thorsten: Politische Einstellungen von Menschen mit Migrationshintergrund. Berlin 2018 (hgg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung)

Die Autoren

Luis Caballero und Stefan Diehl arbeiten als Sozialwissenschaftler zu den Themen Rechtspopulismus, extreme Rechte, Antisemitismus, Rassismus und Demokratietheorie.

Im Jahr 2007 führten sie eine Multiplikatorenbefragung über demokratiefeindliche Einstellungen und Diskriminierungserfahrungen in einem Wiesbadener Stadtteil durch. In den Jahren 2008-2009 führten Sie eine quantitative empirische Untersuchung unter Beteiligung der Stadt Wiesbaden über demokratiefeindliche Einstellungsmuster eines Wiesbadener Stadtteils durch. 2014 erarbeiteten sie im Auftrag der Landeszentrale für politische Bildung in Rheinland-Pfalz eine Studie zum Umgang mit der NPD in rheinland-pfälzischen Kommunalparlamenten. Eine aktualisierte Auflage folgte im Jahr 2016.

Landeszentrale für politische Bildung Rheinland-Pfalz

Am Kronberger Hof 6 ■ 55116 Mainz
Tel.: 0 61 31 - 16 29 70
E-Mail: lpb.zentrale@politische-bildung-rlp.de
Homepage: www.politische-bildung-rlp.de



ISBN 978-3-89289-047-8